DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dienstag, 27. November 1984 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 278 - 48. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Nachfolger: Der Oberbürgermeister von Friedrichshafen, Martin Herzog, soll Nachfolger des verstorbenen baden-württembergischen Wirtschaftsministers Eberle werden.

Rumäniendeutsche: Die Ausreise von Rumäniendeutschen ist ins Stocken gekommen. Waren es von Juli bis Anfang Oktober täglich 40 bis 50 Aussiedler, so kommen seit Mitte Oktober nur durchschnittlich zehn pro Tag. (S. 12)

Gemeinnützigkeit: Der Bundesfinanzhof sprach einer Bürgerinitiative gegen den Bau einer Entsorgungsanlage für Atommüll die Gemeinnützigkeit zu. Die Begründung: Der „weite Bereich Umweltschutz" als Satzungszweck lasse verschiedenartige Betätigungen zu.

Amts-Pause: Bundesverkehrsminister Dollinger hat dem Wunsch des früheren Flick-Managers von Brauchitsch entsprochen, das Amt als Vizepräsident des Bundesbahnverwaltungsrats ruhen zu lassen. Als Grund nennt von Brauchitsch die „Belastung" durch das Bestechungsverfahren.

„Friedensbewegung": Die 8 christlichen Gruppen wollen den Koordinationsausschuß der „Friedensbewegung" verlassen, falls er nicht zu einem „Beratungsgremium über friedenspolitsche Fragen" wird. Gestern lehnte der Ausschuß die Forderung ab.

China: Erstmals in der Geschichte der Volksrepublik dürfen US-Kriegsschiffe zu „Freundschaftsbesuchen" chinesische Häfen anlaufen, wenn die USA vorher über diplomatische Kanäle darum ersuchten, teilte der KP-Generalsekretär mit. (S. 5)

Wahlsieg: Sieger der Präsidentschatswahl in Uruguay ist nach ersten Teilergebnissen Julio Sanguinetti, Vertreter der sozialdemokratischen Colorado-Partei. Nach Auszählung der Hälfte aller Stimmen lag er mit einem Vorsprung von 80 000 Stimmen uneinholbar vor den Vertretern der Blanco-Partei, der Frente Amplio und der Union Civica (S. 8)

Universität geschlossen: Wegen anhaltender Auseinandersetzungen zwischen Studenten und Polizisten ist die Al-Ahzar-Universität von Kairo für zwei Wochen geschlossen worden. Auslöser der Proteste war der Tod eines Studenten, der von einem Polizeiwagen überfahren worden war.

Ausreise: 92 sowjetische Juden haben in einem Brief an den Obersten Sowjet die Erlaubnis zur Ausreise nach Israel gefordert. Da die Knesset ihnen bereits die Staatsbürgerschaft Israels zuerkannt habe, handele es sich bei ihrer Ausreise nur um eine Rückführung.

Heute: Kabinettsentscheidung zur Ergänzungsabgabe. Etatdebatte im Bundestag.

ZITAT DES TAGES

» Ich werde mich wie immer voll und ganz für Inter einsetzen, aber ich fühle mich keineswegs als Rächer «

Der Kapitän der deutschen Nationalmannschaft, Karl-Heinz Rummenigge, vor dem Europapokal-Spiel HSV gegen Inter Mailand (S. 11) FOTO: DIE WELT

WIRTSCHAFT

Commerzbank: Die Commerzbank wird mit einem Betriebsergebnis von mehr als einer Milliarde Mark 1984 ihr Rekordergebnis von 1983 (1,2 Milliarden) fast erreichen, teilte der Vorstandsvorsitzende mit. Mit einem über dem Vorjahr liegenden Gewinn hätten besonders die Auslandstöchter gut abgeschnitten. (S. 13 und 15)

US-Etatdefizit: Das im laufenden Etatjahr auf 210 Milliarden Dollar anschwellende US-Haushaltsdefizit soll mit Beginn des Etats 1986 auf 165 bis 170 begrenzt werden. (S. 13)

Frankreich: Mit dem Aufbau der Compagnie Financière de Suez und der Crédit Commercial de France hat Paris die Umstrukturierung seines nationalen Bankwesens abgeschlossen. (S. 14)

Lizenz: 42 Auslandsbanken aus 19 Ländern – darunter auch die Deutsche Bank – haben Lizenzen zur Aufnahme des vollen Bankgeschäfts in Australien beantragt. Bisher durften ausländische Banken nur Repräsentanzen eröffnen.

Börse: An den deutschen Aktienmärkten hielt die freundliche Tendenz an. Am Rentenmarkt nahm die Nachfrage nach festverzinslichen Papieren zu. WELT-Aktienindex 159,0 (158,1); BHF-Index 102,480 (102,358). Dollarmittelkurs 3,0547 (3,0140) Mark; Goldpreis je Feinunze 336,90 (342,00) Dollar.

KULTUR

„Tage Neuer Musik": Neue alte und alte neue Musik präsentierte die von Josef A. Riedl konzipierte Veranstaltung „Tage Neuer Musik" in Bonn. Höhepunkte waren die Auftritte von Harald Lillmeyer und Dieter Schnebel. (S. 19)

Ausstellung: „Kunstschätze und Lebensstil eines japanischen Fürsten der Shogun-Zeit" stellt Münchens Haus der Kunst aus. Die Präsentation gewährt vor allem einen Einblick in das öffentliche und private Leben. (S. 19)

SPORT

Fußball: Der HSV bangt weiter um den Einsatz seines Spielmachers Magath (Muskelverhärtung) für das morgige Europapokalspiel gegen Inter Mailand. (S. 11)

Schach: Bei der Mannschafts-Weltmeisterschaft in Saloniki erreichte das deutsche Team ein 2:2 gegen Indien und rutschte auf den 25. Rang ab. (S. 11)

AUS ALLER WELT

Rekordpreis: Das Paul-Getty-Museum hat bei einer Auktion die Zeichnung „Mars und Venus, von Jupiter an Vulkans Schmiede überrascht" des niederländischen Malers Goltzius für 640 000 Mark ersteigert, ein Rekordpreis für Holland. 1954 war für die Zeichnung 300 Mark gezahlt worden.

Tee-Vergiftung: Das Bundesgesundheitsamt hat Meldungen über Gesundheitsschäden durch Pestizide im Tee als falsch zurückgewiesen. Die Rückstände lägen weit unter dem Erlaubten. (S. 20)

Wetter: Heiter bis wolkig. Meist trocken. Zwischen 6 und 11 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

NATO: Es wird dauern, bis wir Abrüstungsergebnisse sehen

WELT-Gespräch mit Lord Carrington / Bonn „Pfeiler des Bündnisses"

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

In seinem ersten Gespräch mit einer überregionalen deutschen Zeitung, mit der WELT, hat der neue NATO-Generalsekretär Lord Carrington davor gewarnt, in die Wiederaufnahme von Rüstungskontroll-Verhandlungen zwischen Washington und Moskau zu große Hoffnungen zu setzen. Carrington sagte: „Ich hoffe, niemand wird sagen, das goldene Zeitalter habe begonnen, alle Lösungen liegen um die nächste Ecke, jetzt reden sie wieder miteinander, wir werden die Atomwaffen los, wir betreten den Garten Eden."

In dem WELT-Gespräch sagte Carrington weiter: „Zur Verhandlung stehen sehr, sehr schwierige Themen. Sie sind äußerst kompliziert, nicht zuletzt die Frage der Verifizierung eines Abkommens. Ich glaube, es wird eine lange Zeit dauern, bis wir wirkliche Ergebnisse von Verhandlungen sehen werden."

Carrington führte das Gespräch in seinem Arbeitszimmer – dem sogenannten Private Office – im Brüsseler NATO-Hauptquartier. Dies ist der Raum, in dem vor ihm der Niederländer Joseph Luns elf Jahre die nordatlantische Allianz führte.

Die Sorge, die Öffentlichkeit könne zu viel von der Begegnung am 7. und 8. Januar in Genf zwischen dem amerikanischen Außenminister George Shultz und dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko erwarten, schien ihn zu beschäftigen, denn Carrington fügte hinzu: „Ich glaube, es wäre ein großer Fehler, die Erwartungen der Menschen zu steigern. Wir werden viel Geduld und Zähigkeit aufbringen müssen."

Wie steht es mit dem kürzlich vom NATO-Rat angenommenen FOFA-Plan des NATO-Oberbefehlshabers, General Bernard Rogers? FOFA steht für „Follow-On Forces Attack", den Angriff auf die nachfolgenden Kräfte des Gegners in der Tiefe des Gefechtsfeldes. Signalisiert dieser Plan nicht eine Abkehr von der defensiven Verteidigungsplanung und, wie von Kritikern behauptet, eine Hinwendung zu einer neuen Offensivstrategie der NATO? Dazu Carrington:

„Nein. Bei FOFA handelt es sich nur um eine Weiterführung der bestehenden Doktrin, die besagt, daß wir uns nicht passiv verhalten und zurücksetzen, wenn uns der andere angreift. Es entstehen neue Mittel, mit denen wir unsere Waffenwirkung hinter die Linien des Gegners bringen können. Darin liegt keine Änderung der Strategie. Das ist schon immer unser Plan gewesen. Wir hatten bisher Flugzeuge vorgesehen, jetzt können wir auch Raketen und ähnliche Waffen dafür benutzen."

Die WELT wiederholt die gelegentlich in der Öffentlichkeit gestellte Frage, warum er sich als NATO-Generalsekretär nicht mit seinem Amtskollegen vom Warschauer Pakt treffe, um die Probleme zwischen Ost und West zu entschärfen.

Carrington lacht: „Mit Vergnügen würde ich mich mit ihm treffen, wenn es ihn geben würde." Weiter amüsiert: „Der Warschauer Pakt wird von einem Sowjetgeneral geleitet. Die NATO ist eine freie Allianz von 16 souveränen Nationen, die zu dem Zweck zusammengekommen sind, sich zu verteidigen. Damit ihre Organisation irgendeine Einheit darstellt, hat man einen zentralen Stab gebildet, dem ein Zivilist vorsteht, gegen-

● Fortsetzung Seite 12

Platzen die Parteispenden-Verfahren?

Bundesfinanzhof in München meldet Bedenken gegen das Vorgehen der Strafjustiz an

DW. München

Bedenken gegen das Vorgehen der Strafjustiz in den Parteispenden-Verfahren hat der Bundesfinanzhof (BFH) in München angemeldet. In einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur AP sagte ein Sprecher dieses höchsten deutschen Finanzgerichts gestern, ein „echter Wiederaufnahmegrund" solcher Verfahren könne darin liegen, daß ein Betroffener wegen Steuerhinterziehung strafrechtlich verurteilt wird, noch bevor die Finanzgerichte bis zur höchsten Instanz über den tatsächlichen Steueranspruch entschieden hätten. Das mögliche Vorgehen der Strafjustiz verglich der Sprecher des Bundesfinanzhofes mit einer Verurteilung wegen Mordes, ohne daß die Existenz einer Leiche bewiesen wäre.

Die Finanzgerichte könnten allerdings erst dann tätig werden, wenn beim Betroffenen eine Steuernachforderung im Zusammenhang mit Parteispenden eingegangen sei und dieser dagegen den Rechtsweg beschreite. Die Strafjustiz sei zwar bislang nicht verpflichtet, das Verfahren bis zur Entscheidung der Finanzgerichte auszusetzen. In schwierigen Fällen sei das aber normalerweise üblich. Der Sprecher des Bundesfinanzhofes verwies darauf, daß sich auch BFH-Präsident Franz Klein in diesem Sinne geäußert habe.

Das Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" hatte schon in seiner jüngsten Ausgabe über angebliche Pläne der Bonner Koalition berichtet, die Abgabenordnung dahin zu ändern, daß Strafverfahren in Steuersachen bis zum Abschluß des finanzgerichtlichen Verfahrens nicht mehr nur ausgesetzt werden können, sondern auch müssen. Damit, so der „Spiegel", würden alle anstehenden Parteispendenverfahren – zumindest vorerst – hinfällig.

Bei der Steuerbefreiung für den Flick-Konzern hat sich die nordrhein-westfälische Landesregierung nach den Worten von Finanzminister Diether Posser in einem „gewissen Zielkonflikt" befunden. Posser erklärte gestern in Düsseldorf, der Landesregierung seien die von dem Konzern für die Steuerbefreiung geltend gemachten Umstrukturierungspläne wegen der Verbesserung der Ertragslage und der Arbeitsplatzsituation an Rhein und Ruhr „durchaus sinnvoll und plausibel" erschienen. Andererseits hätte das Land nach seinen Worten „wenigstens einen Teil" der Körperschaftsteuer des 1,9-Milliarden-Gewinns aus dem Verkauf der Daimler-Benz-Aktien „ganz gerne kassiert". Wenn die Steuerbefreiung für Flick in den 70er Jahren vollständig abgelehnt worden wäre, hätte allein das Land Nordrhein-Westfalen nach Possers Angaben rund 500 Millionen Mark aus der veranlagten Körperschaftsteuer erhalten.

CDU-Präsidium stützt Geißlers Position

Ersatz für Zwangsanleihe bleibt umstritten / Steuerreform soll nicht gefährdet werden

HEINZ HECK/DW. Bonn

Im Streit um einen Ersatz für die verfassungswidrige Zwangsanleihe hat das Präsidium der CDU gestern den Wunsch vieler Unionspolitiker nach einem sozialen Ausgleich in der Steuer- und Finanzpolitik gestützt und damit auch dem Generalsekretär Heiner Geißler Schützenhilfe gegeben. Nach sechsstündigen Beratungen, an denen auch Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg teilgenommen hatte, hieß es, die CDU halte das Ziel der Abgabe, „einen sozialen Ausgleich herbeizuführen", nach wie vor für richtig, auch wenn der Weg dazu nach Meinung des Bundesverfassungsgerichts gegen das Grundgesetz verstößt. Es müsse deshalb eine Lösung gefunden werden, die „sowohl rechtlich unumstritten als auch sozial gerecht ist".

Damit spitzte sich der Streit in der Koalition über eine Ersatzlösung weiter zu. Unter Vorsitz von Stoltenberg wird heute eine siebenköpfige Kommission Denkmodelle erörtern. Sie werden voraussichtlich morgen Gegenstand eines Koalitionsgesprächs sein.

Das CDU-Präsidium erinnerte in seiner Erklärung die CSU an das 1983 gemeinsam beschlossene Wahlprogramm. Darin war sogar eine nicht rückzahlbare Investitionshilfeabgabe vorgesehen. Während die CSU jetzt – wie die FDP – eine andere Belastung für Besserverdienende ablehnt, hält die CDU das damals vereinbarte Ziel nach wie vor für richtig. Es gelte, eine rechtlich unumstrittene und sozial gerechte Lösung zu finden. Zugleich unterstreicht das Präsidium die Notwendigkeit, das Gesetz über die geplante Steuerreform termingerecht in die parlamentarischen Beratungen einzubringen und zu verabschieden.

In diesem Satz wird vor allem Stoltenbergs Absicht deutlich, die geplante und vom Kabinett beschlossene Steuerreform nicht zu gefährden. Um dennoch auch Besserverdienende an den Sparmaßnahmen zu beteiligen, setzt sich in der CDU die Vorstellung durch, den Beziehern eines zu versteuernden Jahreseinkommens von 50 000/100 000 Mark an (Ledige/Verheiratete) 1986 und 1987 die vorgesehene spezifische Tarifentlastung nicht zu gewähren (WELT vom 19. November), den von 1988 an geltenden Tarif aber nicht zu ändern. Dies würde die Steuerentlastung in den beiden Jahren schätzungsweise um jeweils zwei Milliarden vermindern.

Aber auch diese Überlegungen stoßen auf den entschiedenen Widerstand der FDP. Wie der Sprecher des Wirtschaftsministeriums, Vogel, gestern erklärte, war noch offen, ob Minister Bangemann, der Mitglied der Stoltenberg-Kommission ist, den heutigen Termin werde wahrnehmen können (in der letzten Sitzung am 16. November wurde er durch seinen Staatssekretär Otto Schlecht vertreten). Falls er daran teilnehme, dann sicher nicht, um Ersatzlösungen oder eine neue Steuer zu beschließen. Auf die Frage, ob sich Bangemann mit dem von der CDU favorisierten Modell einer Entlastungsverschiebung für Besserverdienende einverstanden erklären könnte, erwiderte Vogel: „Kann ich mir nicht vorstellen. Ich glaube nein." Im Deutschlandfunk lehnte Bangemann alle Ersatzlösungen ab.

Tschernenko in Paris erwartet

DW. Paris

Die für 1985 geplante Reise des sowjetischen Staats- und Parteichefs Tschernenko nach Frankreich wird vermutlich der erste Auslandsbesuch des 73jährigen seit seiner Machtübernahme im vergangenen Februar sein. Die Visite war von Präsident Mitterrand angekündigt worden, ohne daß ein Termin genannt wurde. Westliche Diplomaten in Paris äußerten allerdings die Auffassung, die Reise werde für das Frühjahr vorbereitet. Ursprünglich war in Moskau erwartet worden, daß Tschernenko seine erste Reise ins Ausland einem den Sowjets verbündeten Staat abstattet. Die Reise ins westliche Ausland mit dem Ziel Frankreich sei zugleich deshalb naheliegend gewesen, weil der Kreml schon seit längerem versucht, die Beziehungen zu Frankreich zu verbessern. Äußeres Indiz dafür ist auch, daß die Politik von Mitterrand in den sowjetischen Medien weniger häufig kritisiert wird als die anderer wichtiger Staaten der westlichen Allianz.

Seerecht: Genscher ohne Mehrheit

HH. Bonn

Mit einer Kampfabstimmung über die Haltung der Bundesregierung zur Zeichnung der Seerechtskonvention wird in der heutigen Kabinettssitzung gerechnet. Nach der Koalitionsvereinbarung vom vergangenen Dienstag gilt als sicher, daß Bonn einen Konsens in der Europäischen Gemeinschaft über die Zeichnung durch die Brüsseler Kommission ebenso wie Großbritannien nicht durch Veto verhindern wird. Jedoch wird Bonn selber die Konvention nicht zeichnen. Die Frist läuft am 9. Dezember ab. Außenminister Genscher befürwortet trotz seiner ablehnenden Haltung gegenüber bestimmten Teilen der Konvention – vor allem der Regelung über den Meeresbergbau – die Zeichnung des Gesamttextes und wird sich heute im Kabinett überstimmen lassen müssen. Er bleibt damit bei seiner Haltung, die er auch im Ministerrat vertreten hat, mit der er sich aber in Bonn nicht hat durchsetzen können.

Deutsche nicht „europamüde"

DW. Stuttgart

Die Deutschen sind nach den Erkenntnissen des Instituts für Demoskopie in Allensbach nicht „europamüde". Zwar sind die meisten Einwohner vom gegenwärtigen Stand der europäischen Integration enttäuscht und zugleich gelangweilt angesichts des „Auf-der-Stelle-Tretens" der Gemeinschaft. Doch erwarteten sie optimistisch ein weithin sichtbares und überzeugendes Signal zu einem „weiterführenden Spurt".

Die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland reagiert nach den Allensbacher Untersuchungen „ganz unmittelbar" auf neue Schritte innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, die zur Integration führen können. Deutliches Beispiel dafür sei die jüngste deutsch-französische Grenzabfertigungsvereinbarung. Die Untersuchung kommt zu dem Schluß, daß der Europa-Gedanke mit jedem konkreten Schritt aus der Lethargie herausgeholt werden könne.

DER KOMMENTAR

Glemps Warnung

CARL GUSTAF STRÖHM

Kurz vor seinem Abflug nach Rom und nach einem einstündigen Gespräch mit Lech Walesa hat der bisher eher zurückhaltende polnische Primas Kardinal Glemp einige Fragen und Forderungen an die polnische Regierung gerichtet, die sich weiterhin in tiefes Schweigen über die Fortschritte und möglichen Resultate der Untersuchung des Mordfalls Popieluszko hüllt.

Der Hirtenbrief, den Glemp von den Kanzeln verlesen ließ, zeigt, daß nicht nur der Primas, sondern der gesamte polnische Episkopat mit dem Verhalten der Warschauer Regierung im Falle Popieluszko höchst unzufrieden ist. Glemp weist darauf hin, daß seit der Ermordung des Priesters ein Monat vergangen ist und die Kirche wie auch die polnische Öffentlichkeit aber noch immer auf eine „endgültige und vollgültige Erklärung" zu dessen Tod warteten. Zwischen den Zeilen kann man hier die Forderung erkennen, das Regime müsse die Hintermänner des Mordes nun endlich beim Namen nennen – so peinlich das den polnischen Kommunisten auch sein mag.

Ferner bedankte sich Glemp „bei allen Polen, bei allen ausländischen Freunden und Regierungsvertretern" für die Solidarität und die Beileidsbezeugungen anläßlich der Ermordung des Priesters. Auch hier muß man die Formulierung genau lesen, um ihren Sinn zu erkennen. Denn Glemp will damit offenbar festhalten, daß zwar sehr viele Polen, aber kein einziger polnischer Regierungsvertreter das Beileid zum Tode Popieluszkos ausgesprochen hat. Nur ausländische Regierungen haben kondoliert. Interessant ist, daß der polnische Primas – anders als das kommunistische Regime – diese Beileidsbezeugungen keineswegs als unzumutbare Einmischung in polnische Angelegenheiten, sondern als Geste menschlicher Solidarität wertet. Einer Solidarität, die den Polen gerade in ihrer jetzigen Lage willkommen ist.

Kein Ereignis hat seit dem August 1980, als durch eine große Streikbewegung die Gewerkschaft „Solidarität" entstand, so tief in die polnische Entwicklung eingegriffen und den seelischen Zustand der Nation so stark verändert wie der gewaltsame Tod dieses jungen katholischen Priesters. Es ist, als habe Popieluszko durch sein Martyrium die Menschen aus der Apathie emporgerissen – und als habe er in seinem Tod mehr noch als in seinem Leben das Regime in tiefe Verlegenheit gestürzt. Vieles, was sich in diesen Tagen auf der polnischen Szene vollzieht, und das gilt auch für Ereignisse, die auf den ersten Blick gar nichts mit dem Mord zu tun haben, ist ein Reflex auf die Erschütterungen einer dunklen Oktobernacht an der Weichsel.

Glemp fordert von Warschau die „volle Wahrheit"

Kirche mit Ermittlungen im Fall Popieluszko unzufrieden

DW. Warschau

Die polnischen Bischöfe haben in aller Offenheit darauf hingewiesen, daß sie mit dem Stand der Ermittlungen im Mordfall Popieluszko unzufrieden sind. Die Kirche, erklärte Primas Jozef Kardinal Glemp in einem Hirtenbrief, warte nach wie vor „auf die endgültige und voll gültige Klärung des Mordes an Pfarrer Popieluszko". Damit hat die Kirche in Polen durch ihren Primas wieder Kritik an der Regierung in Warschau zum Ausdruck gebracht. Dem Episkopat geht es offensichtlich darum, das beweist der Hirtenbrief, genaue Auskunft über die Hintermänner der drei verhafteten Mitglieder des Staatssicherheitsdienstes zu erhalten. Die als Täter bezeichneten Personen schweigen, wie aus unterrichteten Kreisen verlautete.

Glemp nannte das Begräbnis von Pater Popieluszko eine „Reifeprüfung für die Bevölkerung", die nicht an ihrem Schmerz verzweifelt sei, weil sie an den Sieg des Guten und an die Wahrheit glaube. Von besonderer Bedeutung ist die Passage in dem Hirtenbrief, in der allen Polen und allen „ausländischen Freunden und Regierungsvertretern" für ihre Solidaritäts- und Beileidsbotschaften zum Tod des Priesters gedankt wird. Die Veröffentlichung des Textes vor der Begegnung Kardinal Glemps mit dem Papst ist offensichtlich ein Signal, daß sich die polnischen Bischöfe nicht mit einer Politik der Beschwichtigung durch das Warschauer Regime zufriedengeben wollen. Darauf deutet auch hin, daß der Generalrat der Bischofskonferenz das „Klima der Einschüchterung" in Polen anprangerte.

Glemp traf gestern im Vatikan ein. Die Situation nach der Ermordung Popieluszkos steht im Mittelpunkt seiner Gespräche mit dem Papst. Popieluszko genoß die besondere Sympathie von Johannes Paul II. Am Sonntag hatte Glemp mit Arbeiterführer Walesa gesprochen.

Das Regime unternimmt alle Anstrengungen, um die Kirche in seine Politik einzubeziehen. Zum zweiten Mal innerhalb dieses Jahres wurde nahezu der gesamte Vorstand des 1981 gegründeten „Polnischen Katholisch-Gesellschaftspolitischen Verbandes" (PZKS) ausgewechselt. Ein Warschauer Gericht erklärte jetzt die „Wahlen" auf der Hauptversammlung vom Juli für ungültig. Damals waren Kräfte zum Zuge gekommen, die gute Verbindungen zum ZK-Sekretär Milewski unterhalten. Milewski, so wird vermutet, ist in den Mord an Popieluszko verwickelt. Primas Glemp hatte dem Organ der PZKS im Sommer dieses Jahres untersagt, sich weiterhin als „katholische Wochenzeitung" zu bezeichnen. Der neue Vorsitzende, der Sejm-Abgeordnete Zbigniew Zielinski, kündigte an, daß er umgehend wieder Verbindung mit dem Primas aufnehmen wolle. Sein Verband verstehe sich als Bindeglied zwischen der Amtskirche und der Jaruzelski-nahen „Patriotischen Bewegung der Nationalen Erneuerung" (PRON). Der PZKS war bis Mitte des Jahres federführend für Kontakte mit katholischen Kreisen im Westen, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland.

Libanons Armee verstärkt Kontrolle über Beirut

Erste Phase des neuen Sicherheitsplanes ist angelaufen

DW. Beirut

In der libanesischen Hauptstadt Beirut ist gestern die erste Phase des neuen Sicherheitsplanes angelaufen, mit dem die Regierung Kämpfe unter den verschiedenen Miliz-Gruppen unterbinden und ihren Kontrollbereich ausweiten will. Drei Heeresbrigaden bezogen Posten an Schlüsselpositionen – am See- und am Flughafen, an Regierungsgebäuden und an den Übergängen an der Demarkationslinie zwischen den moslemischen Vierteln im Westen und dem christlichen Ostteil Beiruts.

Die Operation hatte bereits am Sonntag beginnen sollen, sie wurde nach internem Streit innerhalb der Regierung um 24 Stunden verschoben. An der Kontrollaktion sind rund 6000 Soldaten beteiligt. Nach Angaben aus Militärkreisen stießen sie am Montag zunächst auf keinerlei Widerstand. Die Führung der christlichen und der moslemischen Kampfverbände hatten ihre Gruppen angewiesen, sich kooperativ zu zeigen und die Straßen zu räumen. Die libanesische Armee hat sich selbst zehn Tage Zeit gegeben, um den neuen Sicherheitsplan voll in die Tat umzusetzen. Am kommenden Sonntag soll die Armee dann auch die Kontrolle über die Küstenstraße von der Madfun-Brücke – 40 Kilometer nördlich Beiruts – bis zu den israelischen Linien im Süden übernehmen. Im Anschluß daran ist geplant, daß die libanesischen Truppen am 9. Dezember die Fernstraße nach Damaskus öffnen, die bislang von christlichen und drusischen Milizen blockiert wird.

Der Sicherheitsplan soll nicht nur der inneren Befriedung dienen. Er zielt zugleich darauf ab, den Nachweis zu erbringen, daß die Armee in der Lage wäre, nach dem beabsichtigten Abzug der Israelis die von Tel Aviv geforderte Sicherheit im Süden des Landes zu gewährleisten. In dieser Frage hatte es bislang immer wieder Bedenken der Israelis gegeben, die auch eine Einigung in den Abzugsverhandlungen verhinderten. Die Beiruter Regierung sperrt sich nämlich dagegen, der von Israel finanzierten „südlibanesischen Armee" weiter eine Rolle zuzugestehen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hose zum Badengehen

Von Peter Gillies

Das Regierungslager ist weiter vom Charme des Nebensächlichen fasziniert. Es rangelt um die Frage, ob und wie man sogenannte Gut-, aber auch Besserverdienende mit einer Strafsteuer belegt, nachdem sich die bisherige Abgabe als verfassungswidrig erwies. FDP und CSU sind dagegen, die CDU ist vielleicht dafür, vielleicht aber auch nicht.

Nachdem die Debatte mangels Disziplin und mitunter auch mangels Sachkenntnis im sogenannten Grundsätzlichen landete, ist an einige Erkenntnisse zu erinnern, die auch die Union hatte, als sie noch nicht regierte. Hauptproblem bleibt doch wohl die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Diese wiederum wird nur über eine Belebung der Konjunktur und insbesondere der Investitionen gelingen. Das bedingt einsatzbereite, risikofreudige und leistungsmotivierte Unternehmer. Ingenieure, Kaufleute und Facharbeiter – alles „Besserverdienende".

Denen eine Zusatzsteuer aufzuerlegen, obgleich sie bereits die höchste Steuerlast tragen, ermuntert schwerlich zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Oder einfacher: Glaubt ein Arbeitsloser allen Ernstes, er würde schneller wieder eingestellt, wenn sein Abteilungsleiter, Werkmeister oder Prinzipal fünf Prozent mehr Steuern zahlten?

Sollte das die Logik sein, müßte der Spitzensteuersatz nicht bei 56 oder 61 Prozent liegen, sondern bei hundert Prozent. Es ist schon fatal genug, daß die Steuerreform, bevor sie überhaupt in Sicht kommt, zerredet ist. Jetzt gar dient sie manchen als Vehikel, die Steuern vor allem für jene wieder zu erhöhen, die man eigentlich entlasten wollte. Dabei kann es nicht sozial sein, den Leistungswillen noch mehr zu schwächen und die Schattenwirtschaft weiter zu fördern.

Sozial ist es vielmehr, die Staatsausgaben dort zu kürzen, wo sie aus dem Ruder gelaufen sind. Wer darin Unausgewogenheit vermutet, sollte bedenken, daß die Sozialleistungen aus nichts anderem als aus der Leistung kommen.

Daß uns dieses die Öffentlichkeit langweilende Thema auf Dauer erhalten bleibt, läßt auf Führungsschwäche schließen. Daß es gar bis zur Koalitionskrise hochstilisiert wird, gerät in die Nähe der Komik. Da hat Hans Apel schon eher den Nagel aufs Auge getroffen, wenn er sagt, Genscher „wird irgendetwas schlucken müssen, was die soziale Badehose ist".

Königlicher Rat

Von Peter M. Ranke

Alle Ratschläge, die König Hussein der in seinen Mauern tagenden „Befreiungsfront" des entmachteten Yassir Arafat gegeben hat, hätte er längst verwirklichen können. Er warnte vor dem „Alles oder Nichts", mahnte zu einer flexiblen Haltung und Anpassung an die Realitäten und sprach von der Formel „Frieden gegen Land", die eine Grundlage des ägyptisch-israelischen Friedensvertrages ist.

Hätte der König selber danach gehandelt, sähe es besser aus um den Frieden in Nahost. Aber Hussein wartete siebzehn Jahre seit 1967, ehe er gegenüber Arafats Desperados nun von der „letzten Chance" sprach. Er bekam die zu erwartende Antwort. Der „bewaffnete Kampf" gegen Israel müsse verstärkt werden, tönte der Killer von München, Abu Iyad. Und als „gemeinsame Friedensinitiative" will der Arafat-Rest der PLO nur den Fes-Plan von 1981 gelten lassen, der den Palästinensern eine Staatlichkeit verspricht, sie aber den Israelis ebenso verweigert wie Verhandlungen und Friedensvertrag.

Wie vor dem „Schwarzen September" 1970 dürfen nun Arafats Leute sich wieder in Jordanien aufhalten. Ihre Hoffnung auf Aussöhnung mit dem noch radikaleren Flügel in Damaskus haben sie keineswegs begraben. Daher werden sie Hussein keine Zugeständnisse machen. Der König kann nur seinen Beduinentruppen, der Polizei und den Geheimdiensten befehlen, auf der Hut zu sein und die PLO-Palästinenser ebenso kurz am Zügel zu halten, wie Syrien das macht.

Mit einem PLO-Ableger in Amman schränkt König Hussein seine politische Handlungsfähigkeit ein und riskiert israelische Gegenschläge, falls er den Guerillas freie Hand zu Terroroperationen läßt. Oder betrachtet er sie als Bundesgenossen gegen Syrien? Oder hat der König resigniert?

Hussein hat sich vielen Illusionen über die Palästinenser hingegeben, jedenfalls bis zum blutigen Krieg um Amman 1970. Sechzig Prozent der Bevölkerung seines Königreiches sind heute Palästinenser. Ob mit oder ohne Arafat: Eines Tages werden sie in Jordanien herrschen, in einem Teil Palästinas. Dann ist eine Verständigung mit Israel eher möglich als heute.

Platz-Angst

Von Enno v. Loewenstern

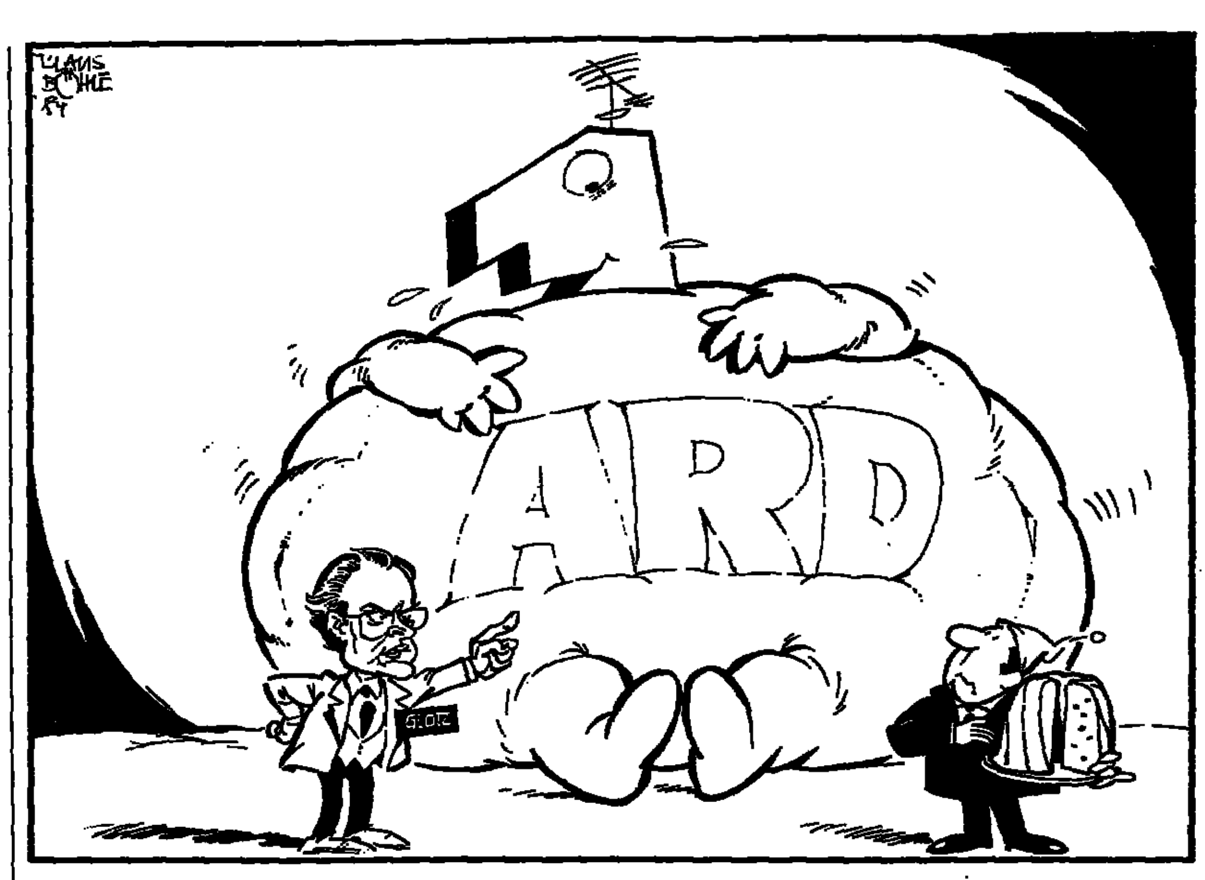
Die Angst des öffentlich-rechtlichen Fernsehens und seiner Nutznießer vor der Zukunft nimmt psychopathische Züge an. Man ruft nach einer noch beständigeren Bestands- und Entwicklungsgarantie, die praktisch auf einen Blankoscheck für alle Zukunft hinauslaufen soll: was ihr verlangt, kriegt ihr.

Wo nicht, droht SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, könnte die ARD platzen. (Und das ZDF, fügen ARD-Kreise hinzu). Da aber das pp. Publikum dazu neigt, darauf mit Applaus statt mit Tränen zu antworten, ruft Glotz: wehe, wehe – dann würden die Funkhäuser in den SPD-regierten Ländern „auf Deubel komm raus" Anzeigen akquirieren, ohne Rücksicht auf bisherige Beschränkungen.

Da sollen wohl die Union und die Verleger in die Knie gehen und dem Monopol alles versprechen, einschließlich der immerwährenden Subventionserhöhung. Verfassungsrechtler mögen sich darüber amüsieren, wie man hier Landtage (deren Abgeordnete ihrem Gewissen verpflichtet sind) für ewig verpflichten will, Geld zu bewilligen. Unternehmer werden sich darüber amüsieren, wie man sie hier ganz selbstverständlich als nützliche Idioten vereinnahmt, ein notorisch unternehmerfeindliches Fernsehsystem am Leben zu erhalten.

Doch selbst wenn sie so instinktlos wären – es wäre nicht genug. Nicht einmal der WDR wäre so durchzufüttern. Aber da steht noch in Hamburg der NDR (was macht der, wenn die beiden CDU-regierten Länder aus seiner Finanzierung aussteigen?); in Bremen steht eine Mini-Anstalt und, falls Lafontaine gewönne, gäbe es für seine Partei noch was Kleines mit großen Geldnöten. Nein, wenn ARD und ZDF platzen, dann kommt die Freiheit des Fernsehens tatsächlich über Nacht.

Vielleicht empfindet die Union das als Unglück. Einen vernünftigen Grund gäbe es allerdings nicht dafür. Der CDU-Politiker Remmers sagte soeben, die Union wolle die heilige Kuh des öffentlich-rechtlichen Fernsehens nicht antasten, sie wolle nur ein kleines Kälbchen (freies Fernsehen) daneben stellen. Ihre Wähler werden aufmerksam beobachten, ob für die Union die Freiheit wirklich nichts als ein kleines Kälbchen ist.



„Gib ihr gebührend ab – sonst platzt sie!" KLAUS BÖHLE

Pflicht zur Bundestreue

Von Rupert Scholz

Die grün-roten Manöver in Hessen und ihr – vorübergehendes? – Scheitern im Zusammenhang mit dem Streit um die Atomwerke Nukem und Alkem werfen Schlaglichter auf eine der bedeutsamsten Pflichten von Bund und Ländern im Bundesstaat bzw. auf deren Problematik: nämlich die Pflicht zur verfassungsmäßigen Zusammenarbeit, zur Achtung der gegenseitigen Zuständigkeiten und zur Wahrung eines Mindestmaßes an innerstaatlicher Homogenität. Der Bundesstaat lebt aus der Balance zwischen Einheit und Vielfalt, gesamtstaatlicher Uniformität und regionaler Verschiedenheit sowie aus der hierauf gegründeten, differenzierten Abschichtung von zentralen Bundeskompetenzen einerseits und dezentralen Länderkompetenzen andererseits.

Das tatsächliche Kompetenzschwergewicht liegt in der Gesetzgebung heute beim Bund, in der Ausführung der Gesetze dagegen bei den Ländern. Gerade im Zusammenspiel von Bundesgesetzgebung und Länderexekutiven muß sich dieses besondere Balanceverhältnis bewähren, gerade hier müssen Bund und Länder ihre Bereitschaft zur gegenseitigen Rücksichtnahme – kurz auch „Bundestreue" genannt – beweisen, und hier müssen die Länder im übrigen dafür sorgen, daß zwischen ihnen insgesamt keine allzu großen Unterschiede in der Gestaltung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebensverhältnisse erwachsen. Insoweit hat nicht nur der Bund über seine Gesetzgebung, sondern haben auch die Länder über ihre Zuständigkeiten für das genannte Maß an innerstaatlicher Homogenität zu sorgen.

Hierin liegt keine zentralistische Bevormundung der Länder; denn die Länder haben ihrerseits – über den Bundesrat – das unmittelbare Recht der Teilnahme an der Bundesgesetzgebung und verfügen damit über das geeignete Forum zur Einbringung länderspezifischer und gegebenenfalls auch oppositioneller Interessen. Soweit jedoch bestimmte Bundesgesetze gelten, müssen diese von den Ländern einwandfrei ausgeführt werden. Hier besteht kein politischer Spielraum, namentlich nicht für partei- oder koalitionspolitische Oppositionsmanöver gegenüber Bonn.

Hieran hat man sich in Hessen nicht gehalten. Das Atomrecht steht in der ausschließlichen Zuständigkeit des Bundes. Über Nukem und Alkem durfte in Hessen nicht politisch gehandelt oder gar entschieden werden. Das gleiche gilt etwa in den Bereichen der Verteidigungspolitik, des Luftverkehrs und des öffentlichen Dienstes. Kein Bundesland und keine Gemeinde ist berechtigt, gegen die Verteidigungspolitik des Bundes, etwa durch die Reklamierung sogenannter „atomwaffenfreier Zonen", zu opponieren; kein Bundesland darf den bundeseinheitlich funktionierenden Luftverkehr durch die Verhinderung bestimmter Baumaßnahmen (Startbahn West!) oder durch die einseitige Verfügung von Nachtflugverboten oder ähnliches inhibieren; kein Bundesland darf schließlich die grundsätzliche Einheit in der Gestaltung des öffentlichen Dienstrechts etwa durch systemwidrige Veränderungen des Personalvertretungsrechts oder durch einseitiges Vorprellen im Besoldungsrecht aufsprengen.

In allen drei Fällen ist das Land Hessen „vorn" gewesen. Das gleiche gilt im Ausländerrecht, wo die hessische Regierung einseitig erweiterte Nachzugsmöglichkeiten geschaffen hat, die von den Regelungen des Bundes abweichen und – in der Konsequenz – alle Bundesländer in Mitleidenschaft ziehen; denn wer hindert Ausländer, die gegen das bundeseinheitlich geltende Recht nach Hessen einreisen durften, ihren künftigen Aufenthalt in anderen Bundesländern zu nehmen? Es mutet fast grotesk an, wenn der Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann die Hessische Landesregierung zum bundestreuen Verhalten aufruft und der hessische Innenminister von ihm „Landestreue" fordert.

Der Bund verfügt für den Fall, daß ein Land die ihm zur Ausführung aufgegebenen Bundesgesetze nicht einwandfrei vollzieht, vor allem über die Mittel der Bundesaufsicht. Darüber hinaus gibt es die schwere Waffe des Bundeszwanges. In der Geschichte der Bundesrepublik hat es des Einsatzes dieser Waffe glücklicherweise noch nicht bedurft. Bisher blieb der prinzipielle Konsens über die gemeinsame bundesstaatliche Grundverantwortung und die wechselseitige Pflicht zur Rücksichtnahme und Bundestreue unangetastet, gleichgültig welche parteipolitischen Konstellationen hier und dort jeweils regierten. Selbstverständlich darf sich auch der Bund nicht in Fragen der politischen Regierungsverantwortung und Koalitionsbildung in einem Bundesland einmischen; andererseits darf jedoch auch kein Land seine innenpolitischen Probleme zu Lasten des Bundes austragen.

Im übrigen geht es nicht nur um das Verhältnis von Bund und Ländern. Es geht auch um das Verhältnis der Länder untereinander. So kann kein Bundesland eine Wirtschafts- oder Energiepolitik betreiben, die die eigene Wirtschafts- und Finanzkraft zu Lasten der anderen, dann zum Finanzausgleich verpflichteten Länder unverhältnismäßig schwächt oder die energiepolitisch Maßnahmen trifft, die durch erhöhte Luft- oder Wasserverschmutzung Umweltschäden in anderen Bundesländern befürchten lassen.

Die bundesstaatliche Ordnung des Grundgesetzes hat sich bisher nicht nur bewährt, sondern sie hat auch alle Optionen für eine gerechte und leistungsfähige Zukunftsgestaltung offengehalten. Sie wird jedoch nur dann dauerhaften Bestand haben, wenn alle Beteiligten ihrer Pflicht zum bundestreuen Verhalten durch Rücksichtnahme auf den jeweils anderen, durch Wahrung des nötigen Maßes an innerstaatlicher Homogenität und durch Achtung der sensiblen Kompetenzbalancen zwischen Bund und Ländern genügen. Das hessische Gegenbeispiel muß rechtzeitige Warnung für alle sein.

GAST-KOMMENTAR



Der Staatsrechtslehrer Professor Dr. Rupert Scholz ist Berliner Senator für Bundesangelegenheiten FOTO: H. W. HÖFT

IM GESPRÄCH Julio Sanguinetti

Der Sieger in Uruguay

Von Werner Thomas

Fast alle Kontrahenten hatten sich auf ihn eingeschossen. Er wurde immer wieder zum Wunschkandidaten der diskreditierten Militärs gestempelt. Daß Julio Maria Sanguinetti dennoch gewinnen konnte, demonstrierte die Reife der Wähler. Sie ließen sich weniger von der Denunzierungskampagne als von den Argumenten und Qualitäten des attackierten Mannes beeinflussen.

Der nächste Präsident Uruguays ist einer der erfahrensten Politiker des Landes, obgleich er gerade erst 48 wurde. Seine politische Laufbahn umfaßt 30 Jahre. Mit 26 saß er bereits im Parlament. Mit 36 erhielt er den Posten des Industrie- und Handelsministers im Kabinett des damaligen Präsidenten Jorge Pacheco Areco.

Abrupt endete dann 1973 die steile Karriere mit der Machtübernahme der Militärs. Sanguinetti verlor seine politischen Rechte bis 1981. Fast alle Parteipolitiker teilten dies Schicksal.

Der in der Hauptstadt Montevideo geborene Jurist und Journalist läßt sich ungern ideologisch einordnen. Seine Colorado-Partei, die fast alle Präsidenten des Landes stellte, pendelt trotz ihres Namens (Rot) in der politischen Mitte. Sanguinetti hört es jedoch gern, wenn er als Pragmatiker und Realist bezeichnet wird.

Er zählt zu den Architekten eines Abkommens mit den Streitkräften, das Südamerikas kleinster Nation (drei Millionen Einwohner) nun die Rückkehr zur Demokratie ermöglichte. Im August dieses Jahres garantierten die Colorados und zwei andere Parteien, die linke „Breite Front" und die konservative Bürgerunion, den Uniformträgern einige Konzessionen für die Zukunft: So sollen Menschenrechtsvergehen der Vergangenheit lediglich von Militärgerichten geahndet werden und die Kommandeure der drei Waffengattungen im nationalen Sicherheitsrat vertreten sein.

Die Partido Nacional, die andere Traditionspartei, beteiligte sich nicht an diesen Verhandlungen, weil ihr Führer Wilson Ferreira wegen angeblicher Kontakte zu den marxistischen Tupamaros-Rebellen Anfang der 70er Jahre im Gefängnis sitzt. Alberto Zumaran, 44, kandidierte für Ferreira. Sanguinetti, bisher Generalsekretär der Colorados, konterte alle Angriffe mit dem Hinweis, die Militärs seien nur so zum Machtverzicht zu bewegen gewesen. „Das ist keine ideale Situation", gestand er, jedoch: „Besser Wahlen unter diesen Umständen als überhaupt keine Wahlen."



Realist und Pragmatiker: Sanguinetti FOTO: UPI

Der Sproß italienischer Einwanderer, gebildet und musisch begabt, ist kein Volkstribun. Er war kein feuriger Wahlkämpfer. Seine Reden reflektierten jedoch Sachkenntnis und sie konzentrierten sich auf ein Problem, das die Uruguayer am meisten beschäftigt: die desolate Wirtschaftssituation. Das Realeinkommen des Durchschittsbürgers sank seit 1972 um fast 45 Prozent. Die Militärs mußten schwere Kritik einstecken. Sie hätten die Industrie zerstört und das Land ruiniert, schimpfte der Politiker. Der Wiederaufbau sei nur möglich, wenn alle Opfer brächten.

Die meisten politischen Beobachter stimmten darin überein, daß Julio Maria Sanguinetti vor allem deshalb gewann, weil er das bessere Wirtschaftsprogramm präsentierte und als Fachmann überzeugen konnte. Ideologische Gesichtspunkte hätten keine große Rolle gespielt. Der Pragmatismus siegte über die Ideologie.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE PRESSE

Die hannoversche Zeitung kommentiert die FDP:

Drei Monate vor dem Führungswechsel an der Parteispitze gebärden sich die Freien Demokraten sprunghafter, ja selbstmörderischer als beim Streit um Sinn oder Unsinn der Bonner Wende. Wenn gar, wie nun in Berlin geschehen, ein Drittel der Delegierten aus Gründen der „Selbstachtung" mit dem Antrag überkommt, sich im Frühjahr nicht an den Wahlen zu beteiligen, ist die Grenze politischer Naivität erreicht. Derlei Ränkespiele einer Partei könnten dem Wähler normalerweise egal sein. Doch wenn nach den notorisch unberechenbaren Grünen noch eine zweite parlamentarisch wichtige Gruppierung gleichsam ausflippt, trifft das die Funktionsfähigkeit dieser Demokratie.

WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU

Die Dortmunder Zeitung meint zur Jungen Union:

Der Bundeskanzler, der Selbstkritik nur beschränkt fähig, fand einen Schuldigen für das miserable Ansehen seiner Regierung: Da 70 Prozent der Journalisten gegen ihn eingestellt seien, sei es auch mit der Selbstdarstellung der Koalition nicht so, wie es eigentlich sein müßte. Die Junge Union, als Nachwuchsorganisation von CDU und CSU immerhin ein namhafter Teil der Partei, sieht das offensichtlich anders: Von „Schwachstellen" war beim JU-Deutschlandtag die Rede, von „Skandalen und Pannen", von „Fettnäpfchen", in die das Kabinett Kohl stapfe. So einhellige Kritik an den Spitzenleuten war von den Partei-Junioren seit Jahren nicht zu hören.

Allgemeine Zeitung

Das Mainzer Blatt sieht einen drohenden Vertrauensverlust für die Regierung:

Mit ihren Forderungen pro und contra Ergänzungsabgabe haben Koalitionspolitiker an diesem Wochenende einmal mehr die Kalkulierbarkeit ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik in Frage gestellt. Und sc mancher Leistungsträger der Gesellschaft, der sich an das Wort des Kanzlers erinnert, Leistung und Risikobereitschaft müßten sich wieder lohnen, mag sich getäuscht fühlen. Wieder droht ein Stück von dem verlorenzugehen, was diese Koalition so dringend braucht: Vertrauen. Dies gilt auch für den Fall, daß sich der Vorschlag durchsetzen sollte, die Vergünstigungen der Steuerreform für die Besserverdienenden um zwe oder drei Jahre zu verschieben.

SÜDWEST PRESSE

Die Ulmer Zeitung geht auf die Kommerzialisierung des Sports ein:

Die Leichtathleten haben der Verlockung des Dollars widerstanden. Ihr Nein zu einer zeitlichen Verlegung der Wettbewerbe bei den Olympischen Sommerspielen 1988 ir Seoul und damit zu einer Live-Übertragung in den USA ist eine erfreu liche Absage des Sports an die balc übermächtige Kommerzialisierung.

Zwei Generale und eine Grundsatzfrage im Gericht

Der Einfluß der amerikanischen Medien auf die Politik / Von Günter Friedländer

Mehr als hundert Journalisten aus aller Welt finden sich täglich in den beiden Gerichtssälen in New York ein, in denen zwei Generäle „bahnbrechend" genannte Prozesse gegen zwei Giganten unter den nordamerikanischen Massenmedien führen. Beide verlangen Ersatz für Schäden, die eine ihrer Ansicht nach unwahre Berichterstattung ihrem Namen zufügte: General William Westmoreland, US-Kommandant im Vietnamkrieg, fordert 120 Millionen Dollar vom Fernsehnetz CBS; General Ariel Scharon, Israels Verteidigungsminister im Libanonkrieg, 50 Millionen Dollar von der Zeitschrift „Time".

Die US-Medien sehen die Prozesse in einem größeren Zusammenhang. Ein Kommentar des Washington Post Service sagt mit Recht, es gehe um mehr als Geld: Aus den Prozessen könnten sich in Zukunft „erhebliche Konsequenzen für das Verhalten der amerikanischen Presse" ergeben. Dabei geht es nicht nur um die verwikkelte Rechtsfrage, wann wegen „Leichtfertigkeit" (recklessness) bei Falschberichterstattung wieviel zu zahlen ist und wieweit die Untersuchung der recklessness in die inneren Bereiche des Zeitungs- und Fernsehmachens hineingreift. Viel schwerer wiegt, daß die Kritik der Öffentlichkeit an den Medien wächst, besonders an dem, was oft „Arroganz" genannt wird, wie sie etwa in der Propaganda eines Nachrichtenprogramms sichtbar wird: „Wenn wir es nicht berichten, ist es nicht geschehen." Die Öffentlichkeit ist längst nicht mehr bereit, jede Entscheidung gegen die Medien als „Angriff auf die Freiheit" zu verstehen; vielmehr sehen viele bei den Medien die Gefahr der Selbstherrlichkeit.

Als das Fernsehen um Erlaubnis bat, Verfahren des Obersten Gerichtes der USA zu filmen, sagte der Oberste Richter Warren Burger: „So lange ich hier sitze, wird es hier kein Fernsehen geben", weil es dem Fernsehen in erster Linie um „Shows" gehe. Und in der oft kritisierten „New York Times" konnte man auf der Meinungsseite lesen: „Jeder weiß: Die Angriffe der Medien gegen Personen des öffentlichen Lebens sind manchmal unfair, unehrlich, unsorgsam, niedrig und eigenen Interessen dienend."

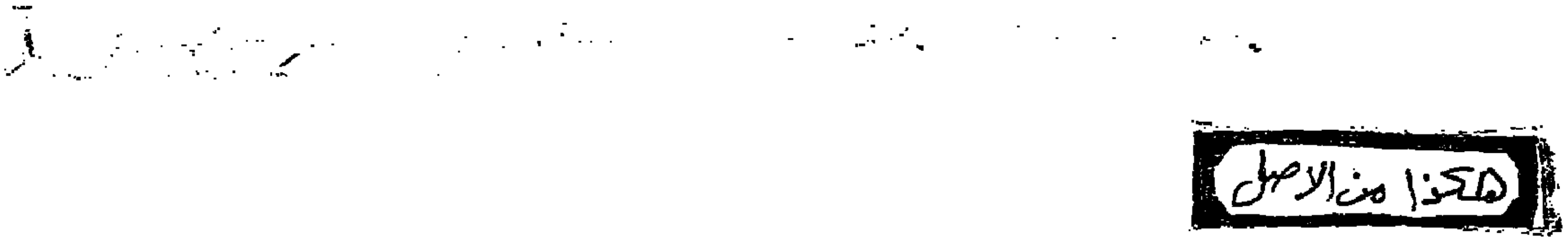
So wird im Zusammenhang mit den beiden Prozessen offen gefragt: Wie weit beeinflußt verzerrte oder gar falsche Berichterstattung das Bild, das sich das Publikum von Ereignissen in der Welt macht, und wie werden durch den dadurch geschaffenen Druck der öffentlichen Meinung Regierungsentscheidungen beeinflußt?

Dies untersuchen akademische Studien, die langfristig eine tiefergreifende Wirkung haben dürften als die beiden Sensationsprozesse. Die „Kubanisch-amerikanische Stiftung" hielt in Washington ein Seminar ab, in dem man fragte: Wer stürzte Kubas Diktator Batista? Die Geschichte scheint das bereits mit dem Namen Fidel Castro beantwortet zu haben. „Falsch", sagt Professor Carlos Ripoll von der Universität der Stadt New York. „Nicht Castros Guerrilleros stürzten Batista, sondern (Kubas) korrekt über Batistas Übergriffe berichtende Presse." Wogegen ja nichts einzuwenden wäre – wenn sie sich und den Kubanern nicht dadurch einen Super-Batista eingehandelt hätte, bei dem es keine korrekt berichtende Presse gibt.

Fachleute analysierten die Rolle der liberalen amerikanischen Medien bei der Festigung der Macht Fidel Castros, den sie vom Beginn an idealisierten. Als typisches Beispiel wurde die immer noch einflußreiche Fernsehsprecherin Barbara Walters zitiert, die von Castros „sanftem, mildem Redestil und seinen eleganten Felduniformen" schwärmte. (Amerikanische Journalisten wiederum legten dar, daß die europäische Presse die unausgeglichene Berichterstattung der amerikanischen noch übertraf.) Scharf kritisierte man die „Arroganz" derer, die über Lateinamerika berichten, ohne die Sprache und Geschichte zu kennen.

Zur falschen Berichterstattung gehört die immer wieder aufgetischte Legende, die verständnislose Politik der USA habe Kuba (und heute Nicaragua) in die Arme der Sowjetunion getrieben. Die Zeitschrift „Policy Re view" der konservativen „Heritag Foundation" verfolgt die Berichter stattung der „New York Times", ir der Herbert Matthews damal schrieb: „Hier gibt es keine kommu nistische Revolution ... Kein Kom munist besetzt einen kontrollie renden Posten." Oder: „In den Auge nahezu all seiner Landsleute ist Dok tor Fidel Castro der größte Held ihre Geschichte." Nach den Worten de Präsidenten Eisenhower „macht Matthews ganz allein aus Castro e nen Nationalhelden". Das alles wie derholt sich heute mit der Ve herrlichung der sandinistischen Com andantes.

Amerikas Medien sehen sich plötz lich auf der Anklagebank, weit jer seits der Personenfrage Westmore land oder Sharon. Der Prozeß der Be wertung ihrer Rolle in der Vergar genheit, wie etwa im Vietnamkrie hat begonnen. Er zwingt sie zu Nachdenken darüber, wie sie künfti ihrer selbstgestellten Aufgabe als B richterstatter gerecht werden.



Wenig Land, wenig Wasser – aber eine Menge Ideen

Die geplante Erweiterung der EG um Spanien und Portugal läßt die israelische Landwirtschaft um ihre Exportchancen bangen. Doch hat man hier am Rande der Wüste schon so viel Ideenreichtum gezeigt, daß sich auch für deutsche Bauern ein Blick nach Israel lohnt.

Von H.-J. MAHNKE

Abdul Razek, einem Araber in Israel, geht es seit Jahren immer besser. In Tira, im Bezirk Hadera, rund 50 Kilometer nördlich von Tel Aviv, baut er seit 17 Jahren Erdbeeren an. Direkt neben seinem Haus, das er im vergangenen Jahr gebaut hat und es nicht nur von der Größe, sondern auch vom Aussehen her mit einer deutschen Patrizier-Villa aufnimmt, liegt das Feld.

Auf den ersten Blick sieht es hier wie beim Spargelanbau aus. Allerdings sind die Beete nicht so hoch, sondern abgeflacht, halbrund. Vor allem: Der Boden ist mit einer direkt aufliegenden Plastikfolie überspannt, aus der nur die Erdbeerpflanzen herausragen. Unkraut, das dem Boden Nährstoffe entzieht, gibt es daher nicht. In Abständen von einigen Zentimetern sind in die Folie kleine Löcher gestanzt. So kann das Wasser im Boden versickern.

Über dem Beet wölben sich im Abstand von einem Meter leicht gebogene Eisenstangen. Wenn es kalt wird, kann darüber eine zweite Plastikhaut gezogen werden, die tagsüber, wenn die Sonne scheint, zur Seite geschoben wird. Die Erträge sind so gut, daß es sich Abdul Razek leisten kann, nur die Hälfte seiner 1,2 Hektar zu bewirtschaften.

Der größte Teil der Erdbeeren wird exportiert, vor allem nach Europa. Und zwar konzentrieren sich die Lieferungen in die Bundesrepublik auf die Monate Januar bis März, also auf die Zeit, wenn Angebote aus Spanien noch nicht in größeren Mengen zur Verfügung stehen. Auf solche Nischen haben sich die Israelis spezialisiert, sie haben sie bei Avocadofrüchten, bei Speisezwiebeln, aber auch bei Blumen gefunden.

Doch nicht nur diese Chance haben sie genutzt. „Im Interesse der Verbraucher können wir auf das Angebot aus Israel nicht verzichten, vor allem in Hinblick auf die Qualität der Früchte", betont Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle, der in der vergangenen Woche das Land besucht hat. Er findet das, was Israel aus seiner Landwirtschaft gemacht hat, beeindruckend.

Stolz berichtet Professor Gad Loebenstein, der Direktor des ältesten landwirtschaftlichen Forschungsinstituts ARO, über die Zucht von Blumen, die nicht nur wunderschön aussehen, sondern auch wieder duften, über Früchte, die nicht nur stets die gleiche Form haben, sondern auch wieder ihren ursprünglichen typischen Geschmack. Es wird an Pflanzen gearbeitet, die gegen Salzwasser resistent sind. Auf einigen Flächen wird bereits Baumwolle, die es vor dreißig Jahren im Land noch gar nicht gab, inzwischen zum wichtigsten Agrarprodukt geworden ist, mit salzhaltigem Wasser benetzt. In den nächsten Jahren sollen die Abwässer der Großstadt Tel Aviv aufgearbeitet werden, um so Teile der Negev-Wüste zum Blühen zu bringen.

Immerhin: Die Quantität des Wassers, die in Israel zur Verfügung steht, konnte in den vergangenen zwölf Jahren nicht mehr gesteigert werden, trotzdem kletterte die Produktion auf das Doppelte. Und Gad Loebenstein meint, daß in den nächsten zehn Jahren nochmals 40 bis 50 Prozent möglich seien, wenn die Forschungsergebnisse genutzt werden.

Obwohl nur rund 15 Prozent des Bodens landwirtschaftlich genutzt werden können, der größte Teil ist Wüste, kann die Landwirtschaft das Geld im Export verdienen, das sie für den Import solcher Produkte – vor allem von Futtermitteln und Getreide – ausgeben muß, die selbst nicht rationell produziert werden können. Bei Milch ist die Erzeugung so hoch, daß, wie in der Bundesrepublik, Produktionsquoten eingeführt wurden.



Südfrüchte für die Europäer: Israels Landwirte haben für ihre Produkte Marktnischen entdeckt
FOTO: LOCHON/STUDIO X

Obwohl nur noch rund fünf Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft leben, spielt sie für den Zionismus eine weit über das Wirtschaftliche hinausgehende Rolle. Daher waren Besiedlung und Wiederurbarmachung des Landes von Anfang an eine nationale und gesellschaftliche Aufgabe. Es entstanden neue genossenschaftliche Siedlungsformen, wie die Kibbuzim und Moshavim. Während im Kibbuz nicht nur der Ein- und Verkauf und die Produktion, sondern auch der Konsum gemeinschaftlich organisiert und nur das Wohnen privat gestaltet wird, produziert und lebt im Moshav jeder auf seinem Land, das der für 49 Jahre zur Verfügung stellt.

In den vergangenen Jahren gab es Probleme, die nur zum Teil hausgemacht waren. So trieb die galoppierende Inflation die Zinsen nach oben, starke Kürzungen und Erhöhungen der Subventionen wechselten sich ab. Aber auch die Konkurrenz wurde stärker, häufig weil sie die israelischen Entwicklungen übernahm, was sich gerade auf den Absatz von Zitrusfrüchten auswirkte, dem bisherigen Hauptprodukt des Landes. Der Kursanstieg des Dollar führte dazu, daß Israel für die Importe immer mehr bezahlen muß, während es bei Exporten, die nach Europa gehen, weniger erhält.

Die Schwierigkeiten konnten zum Teil dadurch gemildert werden, daß in den Dorfkooperationen Industriebetriebe entstanden. Heute stammen bereits 55 Prozent der Einkommen der Kibbuzim aus der gewerblichen Produktion: als da wären Auto-Zubehör, leichte Kräne, Computerteile, Werkzeuge oder chemische Produkte. Diese Möglichkeit sollte auch in der Bundesrepublik, so Kiechle, verstärkt geprüft werden.

Jetzt grassiert eine neue Furcht, die Erweiterung der Gemeinschaft um Spanien und Portugal. Gegenwärtig deckt die EG rund die Hälfte ihres Verbrauchs an Orangen aus eigener Produktion; wenn Spanien mit von der Partie ist, steigt die Quote auf 90 Prozent. Auch in anderen Bereichen rechnen die Israelis mit Einbußen, wenn sie nicht zu den gleichen Bedingungen wie die Spanier anbieten können, auch wenn es eine mehrjährige Übergangsfrist geben sollte.

Ignaz Kiechle konnte keine Zusagen machen. Er hat jedoch noch einmal bekräftigt, daß sich die Bundesregierung bei den Verhandlungen für die Belange des Landes einsetzen werde. Wie eine Lösung aussehen könnte, läßt sich gegenwärtig schwer abschätzen, da auch die Beitrittsverhandlungen mit Spanien noch laufen. Zumindest müßte es, so Ignaz Kiechle, doch wohl möglich sein, daß Israel den bisherigen Umfang der Lieferungen in die Gemeinschaft halten kann. In den Zeiten, in denen es das Angebot bereichert, sollte es nicht vom Markt ferngehalten werden.

Abdul Razek könnte mit seinen Erdbeeren damit leben, auch wenn es nicht mehr so steil wie in den vergangenen Jahren bergan gehen wird. Aber die findigen Außenhandelsorganisationen suchen bereits nach neuen Produkten und Märkten. „Wenn die Tomaten nicht mehr gehen, versuchen wir es mit Samen", keimt bei Gad Loebenstein neue Hoffnung.

Ein Wall gegen die Lawine aus Müll

In den letzten dreißig Jahren hat sich der Hausmüll verfünffacht: Zwanzig Millionen Tonnen sind es jetzt jedes Jahr. Ein Ausweg heißt für Bonn Mehrweg statt Einweg.

Von EBERHARD NITSCHKE

Im September dieses Jahres hoffte Bonn noch auf „Freiwilligkeit", jetzt ist die Bundesregierung zu schleunigen Zwangsmaßnahmen entschlossen: Entgegen der Absprache hat eine große Discount-Kette nicht das Versprechen eingelöst, Einwegverpackungen mit Rücksicht auf den Umweltschutz ausreichend durch Mehrwegverpackungen zu ersetzen. Eine „Lex Aldi", benannt nach dem Übeltäter, dem das Bundesinnenministerium „gesellschaftspolitisch unverantwortliches Handeln" vorwirft, soll bis Mitte 1985 Abhilfe schaffen.

Nach Darstellung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger (CSU), hat die Filialgruppe „Aldi" der Gebrüder Albrecht die Umstellung auf umweltfreundliche Verpackungen „systematisch unterlaufen". Schon im Oktober 1982 habe die Verpackungsindustrie zugesichert, daß sich der Anteil an Einwegverpackungen, die für die nicht mehr zu bewältigenden Müllberge der Städte sorgen, nicht erhöhe. Damals wurden kohlensäurehaltige Getränke in der Bundesrepublik Deutschland zu 75 Prozent in Mehrwegverpackungen auf den Markt gebracht, seither hat sich dieser Anteil aber immer mehr zugunsten der Ex-und-Hopp-Behältnisse für flüssige und feste Lebensmittel verlagert.

In einem Referenten-Entwurf für eine vierte Novelle des Abfallbeseitigungsgesetzes war vorgesehen gewesen, daß Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann durch Rechtsverordnung vorschreiben könne, welche Mengen bestimmter Erzeugnisse in bestimmten Verpackungen in Ladengeschäften vorrätig gehalten und angeboten werden müssen. Gegen diesen Plan war im Sommer dieses Jahres das Bundeswirtschaftsministerium aufgestanden. Aus diesem Hause machte man geltend, daß mit einer derartigen Maßnahme „tief in die Sortimentspolitik und in die Vertriebsstrukturen eingegriffen" werde. Der Passus erschien dann in einem abgeänderten Entwurf zum Abfallbeseitigungsgesetz nicht mehr, weil man in Bonn auf die Freiwilligkeit hoffte.

Damit war freilich schon Friedrich Zimmermanns Amtsvorgänger Gerhart Baum 1977 gescheitert. Bereits 1980 zeigte sich, daß sein Appell an die Vernunft genauso im Eimer war wie die jährlich sechsstellige Tonnenmenge von Weißblechdosen und die wesentlich kostspieligeren Millionen Aluminiumdosen in der deutschen Müllmenge.

Aluminiumdosen sind Sparsamkeitsaposteln schon deswegen suspekt, weil ihre Herstellung einen 22mal größeren Energieaufwand beansprucht als die normale Blechdose und weil man Aluminium nicht wie anderes Blech mit Magneten aus dem Abfall herausfischen kann – im Jahre 1983 immerhin auf diese Weise 240 000 Tonnen.

In Berlin wurde, um Abhilfe zu schaffen, daher im Sommer dieses Jahres ein Experiment gestartet. „Retourdosen-Automaten" in Handelsketten-Filialen, jeder für rund 4500 Mark angeschafft, nehmen alte Dosen auf und spenden dafür pro Stück drei Pfennig als Gutschein, der an der Kasse eingelöst werden kann. In den ersten 14 Tagen des Versuchs trugen die Berliner, in deren Stadt anders als im Bundesgebiet schon ein Viertel aller Getränke in Aluminium und Weißblech verkauft wird, 100 000 Dosen zurück, bis Jahresende werden es etwa zwei Millionen sein. Ein großer Schwachpunkt dabei: Gerade das Aluminium, für das die Schmelzen das größte Interesse haben, fiel in zu geringen Mengen an.

Nach 50 000 Toten kommt El Salvador langsam zur Ruhe

Die Sabotageakte der Regierungsgegner in El Salvador nehmen zu. Und dennoch: Das politische Klima hat sich seit der Wahl Napoleon Duartes zum Präsidenten spürbar entspannt. Nur scheinbar ein Widerspruch.

Von WERNER THOMAS

Der Flug von Nicaragua nach El Salvador dauert nur 25 Minuten. Doch es ist eine Reise zwischen zwei Welten.

In Managua grassiert das Kriegsfieber. An strategischen Straßen stehen sowjetische Panzer. Schüler heben Schützengräben aus. Hausfrauen tätigen Hamsterkäufe. Auf dem Sandino-Flughafen läuft ein Fernsehgerät, der Nachrichtensprecher nennt Reagans Wahlsieg eine „Gefahr für die Menschheit". Man muß sieben Kontrollen passieren, um endlich die Gangway der Boeing 737 der panamaischen Gesellschaft „Copa" zu erreichen.

Der internationale Flughafen El Salvadors, am Pazifik gelegen, wirkt dagegen ruhig. Leichte Musik rieselt aus den Lautsprechern. Die Beamten stempeln schnell den Paß, das Gepäck wird nur flüchtig kontrolliert. Der Taxifahrer schildert während der nächtlichen Fahrt in die 40 Kilometer entfernte Hauptstadt die Situation aus seiner Sicht: „Es geht langsam aufwärts. Wir haben Vertrauen, wir haben Hoffnung."

El Salvador im November 1984 – eine veränderte Nation. Ein Hauch von Frieden liegt in der Luft. Zum ersten Mal seit dem Beginn des blutigen Guerrilla-Konfliktes, der mehr als 50 000 Todesopfer in fünf Jahren forderte, äußern die Gesprächspartner Optimismus. Viele Menschen glauben, endlich das Licht am Ende des Tunnels zu sehen.

Die Hauptstadt pulsiert. Der Autostrom rollt bis in die späten Abendstunden. Die neuen japanischen Fahrzeuge fallen auf. Die Vertreter des gehobenen Mittelstandes gehen wieder aus. Die Restaurants entlang des Escalon-Boulevards sind gut besucht. Die salvadorianische Fluglinie „Taca" muß ständig ihre Büros erweitern. Viele Flüge sind für Wochen ausgebucht. Die Grundstückspreise sind innerhalb der letzten zwölf Monate um 100 Prozent gestiegen. Zahlungskräftige Emigranten wollen wieder aus Miami, Mexiko oder Guatemala zurückkehren.

Die veränderte politische Atmosphäre frappiert. Ein Rundfunksender läßt den kubanischen Revolutionsbarden Silvio Rodriguez singen, unpolitische Lieder freilich, aber immerhin. Die Nachmittagszeitung „El Mundo" druckt Schlagzeilen, die einen antiamerikanischen Trend signalisieren. Das rechte Lager verhält sich auffallend unauffällig.

Der ehemalige Präsidentschaftskandidat Robert d'Aubuisson tritt kaum noch in Erscheinung. Die Duarte-Regierung ergriff energische Maßnahmen gegen die Todesschwadrone. Die Zahl der Opfer paramilitärischer Gruppen ging erheblich zurück. Die Zeitungen veröffentlichen keine Fotos vermißter Personen mehr. Oberst Nicolas Caranza, der frühere Direktor der berüchtigten Finanzpolizei („Policia hacienda"), die oft mit Killer-Kommandos in Verbindung gebracht wurde, ist heute Militärattaché in Madrid.

Ein Besuch bei seinem Nachfolger, Rinaldo Golcher, gehört für den politischen Beobachter zu den eindrucksvollsten Salvador-Erlebnissen. Der 44jährige Oberst hat die düstere Geheimdienstorganisation seiner Behörde aufgelöst. Er ließ belastete oder verdächtige Beamte festnehmen oder in Kampfgebiete schicken. Zum ersten Mal bemüht sich die „Policia hacienda" um gute Beziehungen zur Bevölkerung. Golcher veranstaltet Kinderfeste, verteilt Geschenke an Slumbewohner und empfängt Schulklassen. „Wir wollen Vertrauen schaffen. Mit Präsident Duarte begann eine neue Ära", sagt er.

Der christdemokratische Politiker, der seit dem 1. Juni dieses Jahres als gewählter Präsident regiert, bewegte diese Wende. Selbst erklärte Anhänger der Guerrilla-Organisation Farabundo Marti (FMLN) und d'Aubuisson-Wähler bestätigen ihm den Willen, dem leidgeprüften Land den langersehnten Frieden zu bringen.

Der erste direkte Dialog zwischen der Duarte-Regierung und den Rebellen am 15. Oktober in der kleinen Kirche von La Palma (Provinz Chalatenango) war ein Ereignis von großer psychologischer Tragweite, das noch immer die Gespräche beherrscht. Gerüchte kursieren, daß sich die Feinde beim Abschied umarmten, daß Tränen flossen. General Carlos Eugenio Vides Casanova, der Verteidigungsminister, soll sich gar in eine attraktive Guerrilla-Dame verliebt haben – seine Umgebung dementiert. Ein älterer Anwalt urteilt: „La Palma demonstrierte die Kriegsmüdigkeit beider Seiten. Der Krieg geht zu Ende, auch wenn die Kämpfe vorerst noch anhalten."

Die Kämpfe wüten sogar heftiger als zuvor. Die Sabotage-Aktionen der Guerrilla gegen Leitungsmasten, Busse und Ernteerträge verschärfen sich. Viele neutrale Beobachter vermuten jedoch, daß sich die FMLN lediglich eine stärkere Position vor der nächsten Verhandlungsrunde sichern möchte. Diese soll noch im November stattfinden, um einen Waffenstillstand für die Weihnachtstage zu erreichen, den ersten in diesem Krieg.

„Ich weiß nicht, ob diesem Land schon bald ein Ende des Blutvergießens beschert sein wird", sagt Duarte. „Manchmal zweifle ich daran. Aber ich weiß eines: Ich möchte als Präsident des Friedens in die Geschichte El Salvadors eingehen." (SAD)



Unterwegs zur Versöhnung: Napoleon Duarte in La Palma
FOTO: DPA

Transitstrecke nach Süden nicht mehr sicher

Berliner Senat schlägt Alarm / „Ein Flickenteppich"

hrk. Berlin

Der Berliner Senat hält die nach der *Helmstedt-Route am stärksten* befahrene Transitstrecke in Richtung Süden auf ihrem „DDR"-Abschnitt im Bereich Thüringer Wald/Vogtland nicht mehr für verkehrssicher. Bundessenator Professor Rupert Scholz schlug jetzt Alarm: Denn diese schlaglöcherübersäte Strecke ist kilometerweit nur mit Tempo 30 zu befahren.

Die Route zwischen Berlin und dem „DDR"-Übergang Hirschberg auf der Fahrt in Richtung München wird im Monat von rund 500 000 Transitreisenden oder etwa 150 000 West-Autos passiert. Hinzu kommt der Binnenverkehr. Mit knapp einer Million Reisenden pro Monat hält die erst vor wenigen Jahren von Grund auf erneuerte Strecke nach Helmstedt den Transit-Spitzenplatz.

Scholz forderte Bonn und Ost-Berlin auf, unverzüglich zu handeln: „Noch vor dem Wintereinbruch muß mit den ersten, *notwendigsten* Reparaturarbeiten im Südabschnitt der Autobahn zwischen Triptis und Hirschberg begonnen werden." Dieses Teilstück ist knapp 50 Kilometer lang. Scholz sagte, der Zustand der Fahrbahn werde den Erfordernissen des Transitverkehrs „in keiner Weise mehr gerecht". Die Autobahn befinde sich an diesen fraglichen Stellen „im Vorkriegszustand".

Schon seit Jahren drängt auch der Berliner ADAC mit seinen rund 270 000 Mitgliedern unter *Präsident* Wolf Wegener auf zügige Verhandlungen über die Reparatur. In der Fahrbahn befinden sich regelrechte, querlaufende Spalten und Aufbrüche. *Die frühere Betondecke besteht* an vielen Punkten aus einem „Flikkenteppich" kleinerer Ausbesserungen mit Teer. *Wegen der Höhenlage* treten in diesem Bereich im Winter häufig Schneeverwehungen und Glatteis auf, die die Fahrt lebensgefährlich machen können.

Ost-Berlin rechnet offenbar nach dem Modell der Helmstedt-Streckenrenovierung – Bonn zahlte dort mehr als 250 Millionen Mark – mit einer 50-Prozent-Beteiligung des Westens an einer Generalüberholung. Dabei sind in der jährlichen Transitpauschale von knapp 600 Millionen D-Mark, die Ost-Berlins Finanzminister gegen die beiden Milliarden-Kredite verpfändete, auch sogenannte „Straßenbenutzungsgebühren" enthalten. Aus diesem Aufkommen müßte die „DDR", hält man sich den Sinn der Gebühr vor *Augen, auch für* einen ordentlichen Straßenunterhalt sorgen.

Beim Besuch von Ost-Berlins Verkehrsminister Otto Arndt im Sommer *machte sein Bonner* Kollege Werner Dollinger ihm diesen Vorhalt. Arndt machte die schweren Lastwagen im Berlin-Transit für die Schäden verantwortlich: „Sie machen die Straßendecke kaputt", klagte der Gast.

Bei den offenbar möglichen Gesprächen Bonns mit Ost-Berlin über die dringend notwendigen Reparaturen schlägt zu Buche, daß die andere Seite – wie beim Bau der Hamburg-Route – ihre Leistungen ausschließlich nach dem Preisstandard westlicher *Straßenbaufirmen bemißt. Zum* Thema „Transit" äußerte Scholz jetzt auch die Hoffnung, daß die „DDR" alsbald an einigen Transit-Tankstellen ebenfalls bleifreies Benzin bereithält.

„Berlin braucht neue geistige Orientierung"

Feier zum 25. Jahrestag des Jüdischen Gemeindezentrums

hrk. Berlin

„Berlin braucht, um attraktiv zu sein, *eine neue geistige Orientierung.*" Diese Forderung erhob der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu *Berlin – der drittgrößten in der* Bundesrepublik –, Heinz Galinski. Er sprach gestern auf einer Festveranstaltung zum 25. Jahrestag der Einweihung des jüdischen Gemeindezentrums. Es bildet einen der Kristallisationspunkte im geistigen und gesellschaftlichen Leben der Stadt.

Auf die Bewußtseinslage der Stadt eingehend, meinte Galinski: „Bemühungen, die Attraktivität Berlins zu erhöhen, können nicht allein im materiellen Bereich ihre Antriebe finden, wenngleich dieser einen sehr hohen Stellenwert aufweist." Die freiheitlich-kämpferische Orientierung *der fünfziger Jahre sei ein „unabdingbares* Stimulans für die Weichenstellung zum Wiederaufbau" gewesen.

Der Lauf der Zeit habe es mit sich gebracht, daß die damaligen Leitbilder „allein *nicht mehr* ausreichen, um die Attraktivität und damit die innere Lebenskraft Berlins zuverlässig gegen Erosionsprozesse abzusichern". Galinski stellte „gewisse Identitätsschwierigkeiten" Berlins in den achtziger Jahren fest, die darin begründet seien, „daß die Komponenten noch *nicht gefunden sind, die die vor rund* 35 Jahren entstandene geistige Orientierung des freien Berlin ergänzen und aktualisieren".

Die Lebenskraft der Stadt hänge in *hohem Maße davon ab, daß* Berlin „sein wirtschaftliches Potential, seine Möglichkeiten auf dem Gebiet der industriellen Produktion, des Handels und der Dienstleistungen in vollem Umfang nutzen kann".

Es sei ein Beweis für die volle Integration der 6300 Mitglieder der Jüdischen Gemeinde in das Leben der Stadt, wenn auch die jüdischen Mitbürger „so intensiv über die Probleme *Berlins nachdenken*". *Galinski* wertete es auch als ein Verdienst der jüdischen Berliner und ihres Engagements, „wenn das Ansehen Berlins in manchen Teilen der Welt heute so groß ist".

Im Vorfeld der Wahl am 10. März 1985 wies Galinski die Politiker aller *Parteien darauf hin, daß es eine* „Gesamtverantwortung aller Demokraten für die Demokratie gibt". Alle Auseinandersetzungen, die die „Grenzen von Fairneß und Anstand" überschreiten, schadeten der Sache der Demokratie insgesamt.

Bezogen auf die deutsch-israeli*schen Beziehungen drückte Galinski* die Erwartung aus, „daß deutsche Politiker dieses Verhältnis vor allem unter dem Gesichtspunkt der historisch bedingten Mitverantwortung für das Schicksal der gesamten jüdischen Gemeinschaft sehen".

Galinski hob die Sympathien hervor, die viele Berliner für Israel an den Tag legen: „So, wie viele Berliner mit uns solidarisch sind, wenn es um die jüdischen Schicksalsfragen unserer Zeit geht, so sind wir mit ihnen *solidarisch, wenn es sich darum handelt,* für die freiheitliche Zukunft dieser Stadt einzustehen."

Galinski erinnerte daran, daß heute zwar 28 000 Juden in der Bundesrepublik, aber lediglich 450 im anderen Teil Deutschlands wohnten. „Zur Jüdischen Gemeinde in Ost-Berlin unterhalten wir freundschaftliche Kontakte. Wir sind bereit, diese Verbindungen auszubauen."

SPD mangelt es an „einheitlicher sicherheitspolitischer Sprache"

Offene Kontroverse um den Kurs der Partei / Pawelczyk kritisiert von Bülow

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Auseinandersetzung innerhalb der SPD über die Sicherheitspolitik gewinnt immer mehr an Schärfe. Kurz bevor in Bonn wieder die Bundestagsfraktion zusammentritt und dabei eine interne Debatte zu erwarten ist, hat einer der SPD-Abgeordneten seiner Partei die Frage gestellt, ob sie sich aus Mangel an „einheitlicher sicherheitspolitischer Sprache" und angesichts der bislang unerfüllten Forderung nach „Führung" auf diesem Gebiet um die künftige Regierungsfähigkeit bringen wolle. Derart deutliche Worte benutzte der Würzburger SPD-Abgeordnete Walter Kolbow, der im Verteidigungsausschuß des Bundestages stellvertretender Vorsitzender ist, in einem Interview mit dem „Fränkischen Volksblatt".

Wesentlichen Anteil am Aufbrechen dieser offenen Kontroverse um den SPD-Kurs zu Fragen der militärischen Landesverteidigung und zum Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur NATO hat Andreas von Bülow, ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium, und seit einigen Monaten Vorsitzender der Kommission Sicherheitspolitik beim Parteivorstand in Bonn. Bülow zog sich den *Unmut seiner Parteifreunde zu,* weil er ohne Absprache mit den Mitgliedern der Kommission und zum Teil für sie auch überraschend in Pressekonferenzen eine teilweise später von Fachleuten als unwissenschaftlich qualifizierte „Bedrohungsanalyse" vorlegte und wenig später seine Vorstellungen über eine künftige Bundeswehr-Struktur präsentierte. Dabei erklärte er es für möglich, die Personalstärke der Truppe im Frieden allmählich bis auf 300 000 Mann zu senken.

Nicht nur aus der Fraktion ist Bülow deswegen nun zum zweiten Mal durch Kolbow kritisiert worden, auch in der Kommission beim Parteivorstand regt sich gegen ihn Widerspruch. Der Hamburger Zweite Bürgermeister Alfons Pawelczyk, der neben Erwin Horn der andere Stellvertreter Bülows in der Kommission ist, mahnte den Parteifreund in einem vom 15. November datierten Schreiben („PS. Willy Brandt erhält eine Kopie"), durch *sein* Vorgehen habe er die „Leitungsaufgabe in der Kommission erschwert". Mit seinen Pressekonferenzen habe er, von Bülow, sich nach Konstituierung der Kommission persönlich „zum zweiten Mal öffentlich sehr weitgehend festgelegt".

Pawelczyk erklärte, dies widerspreche dem Selbstverständnis der Kommission. Sie habe in vorbereitenden Gesprächen der drei Vorsitzenden, also von Bülow, Horn und Pawelczyk, den organisatorischen Ab*lauf der Arbeit abgeklärt. Danach* sollte in einer ersten internen Phase „unter Beteiligung externer Fachleute für begriffliche Klarheit" gesorgt werden und dafür, „die Konzeption wichtiger Experten zu verstehen". Pawelczyk fügte in seinem Brief an Bülow über das Ergebnis der Kommissionsarbeit hinzu: „Für mich war immer klar, daß wir...möglichst ein Konzept vorlegen." Diese Absicht sieht er nun durch Bülows „Alleingang" durchkreuzt.

Auch gegen die politischen Aussagen von Bülows macht der Hamburger SPD-Politiker Front. Dessen Bereitschaft, die Bundeswehr im Friedensumfang drastisch zu reduzieren, findet Pawelczyk falsch. Dies wird aus folgendem Satz seines Schreibens klar: „Damit die Öffentlichkeit Gelegenheit bekommt, die unterschiedlichen Grundpositionen zur Kenntnis zu nehmen, werde ich mich zu gegebener Zeit äußern und Dir jeweils vorher meine Absicht mitteilen." Noch grundsätzlicher wird Pawelczyk dann im folgenden: „Für das Ansehen und die Regierungsfähigkeit unserer Partei ist es sehr wichtig, im Bereich der Sicherheitspolitik den Bürgern wieder ein Konzept vorzulegen, das sie nachvollziehen können. Sie haben Anspruch darauf, die Konzeption der SPD *zu kennen und in* ihre Wahlentscheidung einzubeziehen."

Wie Pawelczyk vertritt auch Kolbow die Ansicht, daß die SPD durch Bülows Auftreten und *das anderer* Parteifreunde deren internationale Glaubwürdigkeit nicht gefördert habe. Zu diesen ist auch der saarländische SPD-Vorsitzenden Lafontaine *zu rechnen,* der den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO verlangt hatte.

Kolbow sprach von „Irritationen in der Öffentlichkeit" über den unklaren *sicherheitspolitischen* Kurs seiner Partei. Sie seien ausgelöst worden vom nachträglichen Nein der SPD zum NATO-Doppelbeschluß auf dem Essener Parteitag im vergangenen Mai und der daraus sich entwikkelnden parteiinternen Debatte über ein Zusammenwirken mit der „Friedensbewegung" einerseits und andererseits durch ihr fortdauerndes Bekenntnis zur Bundeswehr.

Bevölkerung kann sich fürs Geld nichts kaufen

Symposium von „DDR"-Wirtschaftsforschern in Berlin

H.-RÜDIGER KARUTZ, Berlin

Die SED will keine „polnischen Reaktionen" provozieren, vernachlässigt jedoch den privaten Verbrauch der Mitteldeutschen weiterhin. Nicht Wünsche und Hoffnungen der Bevölkerung auf höheren Lebensstandard, sondern übergeordnete politische, militärische und wirtschaftliche Interessen bestimmen das *Vorgehen der SED. Den von Ulbricht* geforderten Wettbewerb mit der Bundesrepublik habe der Westen längst gewonnen. Die zunehmende, bis ins Jahr 2000 fest verabredete, Verflechtung mit der *UdSSR* zwingt die „DDR", zur Modernisierung ihrer Technologie neue Westkredite aufzunehmen.

Diese Thesen, Erkenntnisse und *Zusammenhänge* wurden jetzt von führenden „DDR"-Forschern und -Wirtschaftsexperten beim „10. Symposium der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und *soziale Fragen" im Reichstagsgebäude* vorgetragen. Dabei kam mit Dr. habil. Gernot Schneider vom Osteuropa-Institut der Freien Universität auch ein „DDR"-Insider zu Wort, der erst in diesem *Frühjahr aus Ost*-Berlin in den Westen kam. Er hatte wegen umfangreicher Untersuchungen über die auch in der SED umstrittene Politik, privaten Verbrauch als zweitrangig zu betrachten, Vorlesungs- und Publikationsverbot erhalten.

Seine Kernaussage lautete: Zwischen der Ankündigung Erich Honeckers von 1971, die Hebung des privaten Lebensstandards als Beweis für die Überlegenheit des sozialistischen Systems zur Hauptaufgabe zu machen, und der „DDR"-Wirklichkeit klafft eine breite Lücke. „Der Staat kommt dem Dienst am Kunden nur äußerst lustlos und an der unteren Grenze des Zumutbaren nach."

Um keine „polnischen Reaktionen" zu provozieren, würden Versorgungslücken immer wieder nur *durch Provisorien überbrückt.* Schneider nannte eine Reihe konkreter, aufschlußreicher Beispiele für den „DDR"-Rückstand – insbesondere bei hochwertigen Ausrüstungsgegenständen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland:

- Drüben sind 200 000 Autos älter als *25 Jahre; vor 1964 sind 570 000* oder insgesamt jedes fünfte in der „DDR" zugelassene Auto vom Band gerollt.

Elektrogeräte sind veraltet

- Die mitteldeutschen *Autofabriken* hätten dagegen 1983 nur 121 000 Neuwagen und 1982 sogar lediglich 117 000 neue „Trabant" oder „Wartburg" ausgeliefert. Noch 1980 und 1981 lagen diese Zahlen über 130 000.
- Jeder fünfte Kühlschrank, 18 Prozent aller Waschmaschinen und sechs *Prozent aller Fernsehgeräte* in „DDR"-Haushalten sind älter als 15 Jahre.
- Bestimmte neue Technologien wie Heimcomputer, die gesamte Video-Bandbreite, Mikrowellenherde, Geschirrspülautomaten, Heizlüfter, elektrische Durchlauferhitzer, die ge*samte* HiFi-Technik und elektrische Wäschetrockner gelangten überhaupt nicht ins Angebot.
- Erhebliche Engpässe, verbunden *mit hohen Preisen,* gibt es laut Schneider bei Musikinstrumenten, Tiefkühltruhen, Waschautomaten, Dunstabzugshauben, Teppichen und hochwertigen Farbfernsehgeräten.

Der Wissenschaftler stellte fest, die Bevölkerung werde trotz immer höherer Arbeitsleistungen um die Früchte ihres Einsatzes gebracht: Obwohl beispielsweise die Einwohner*zahl in den vergangenen zehn Jahren* um 250 000 zurückging, stieg die Zahl der Werktätigen um knapp 700 000. Nahezu jeder dritte Berufstätige drüben sei bereits im Drei-Schicht-System tätig.

Trotz immer anspruchsvollerer Arbeitsleistungen könne sich der „DDR"-Verbraucher dennoch immer weniger kaufen. So belief sich die *Pro-Kopf-Spareinlage 1983* beispielsweise auf knapp 6800 Mark. Dieser Wert lag um 500 Mark über dem Pro-Kopf-Einzelhandelsumsatz. „Allein der Kaufkraftzuwachs aus Zinsen, *die 1983 rund 3,5 Milliarden Mark* ausmachte, übertraf den Zuwachs des Einzelhandelsumsatzes von 755 Millionen Mark um beinahe das Fünffache", wies Schneider nach.

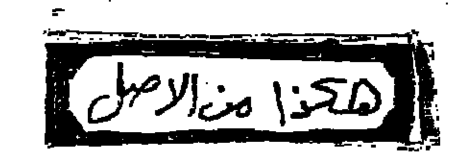
108 Milliarden auf Sparkonten

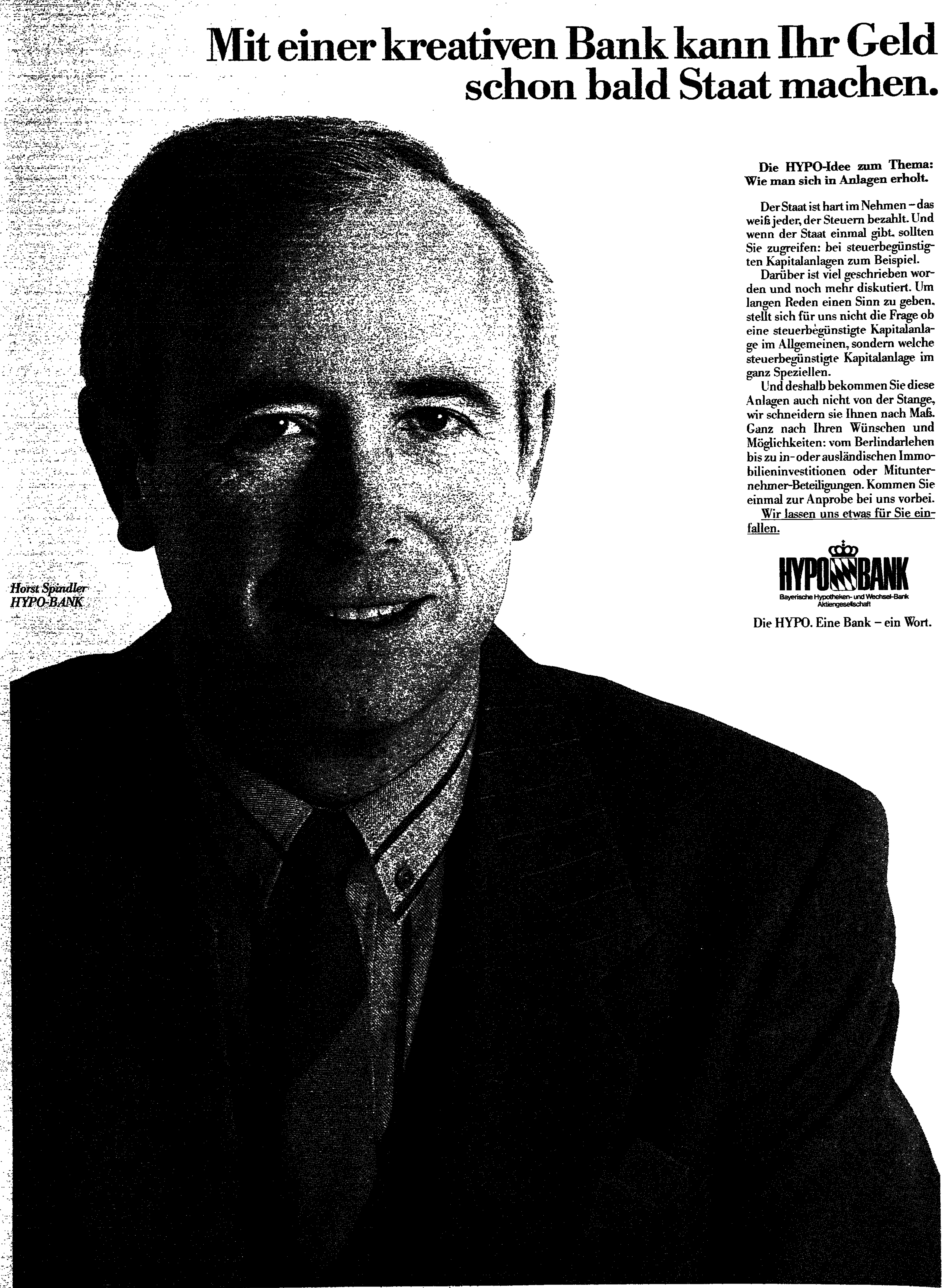
Auf den „*DDR*"-Sparkonten seien inzwischen 108 Milliarden Ost-Mark gehortet. Es sei ein „*blanker Hohn*", wenn Honecker dies als Beweis dafür ausgebe, daß die Bürger sich für ihre *Arbeit auch etwas leisten könnten.* Der enorme Kaufkraftüberhang beweise das Gegenteil.

Der Wirtschaftswissenschaftler führte als einen der Gründe für die geringe Leistungsbelohnung *die hohen* Ausgaben für die von der SED betriebene forcierte innere Sicherheit auf. Schon heute seien etwa vier Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung in den verschiedenen Spielarten dieser volkswirtschaftlich belastenden Bereiche tätig. Die beträchtliche finanzielle Belastung der „DDR" au[f] diesem Apparat lasse sich auch an einem Betrag von rund 48 Milliarde[n] Mark ablesen, der im Etat 1983 nich[t] näher ausgewiesen sei und offenba[r] derartigen Zwecken diene.

Auf die schwerwiegenden Folge[n] der wachsendne Verflechtung de[r] „DDR"-Wirtschaft mit der UdSS[R] machte die Wissenschaftlerin Mari[a] Haendcke-Hoppe (Berlin) aufmerksam. Die Anforderungen Moskaus a[n] die „DDR" würden aus mehrere[n] Gründen in den kommenden Jahre[n] außerordentlich steigen.

Die UdSSR habe durch niedrig[e] Rohstoffpreise, die Ost-Berlin einge[-] räumt worden seien, in der Vergangenheit erhebliche Erlöseinbuße[n] hinnehmen müssen; die „DDR"-Wa[-] ren seien nicht nur in der Menge sondern vor allem auch in der Quali[-] tät nicht ausreichend gewesen, di[e] bis 1985 geplante Rückzahlung alte[r] Schulden Ost-Berlins in Moskau s[ei] dem forcierten Abbau der Westve[r-] schuldung zum Opfer gefallen. Wen[n] die „DDR" alle ihre bis zum Jahr 20[00] übernommenen und Anfang Oktobe[r] von Andrej Gromyko und Honeck[er] unterzeichneten Verpflichtungen ta[t-] sächlich erfüllen wolle, sei dies „n[ur] bei erneuter Verschuldung im W[e-] sten" denkbar.





Mit einer kreativen Bank kann Ihr Geld schon bald Staat machen.
Die HYPO-Idee zum Thema: Wie man sich in Anlagen erholt.
Der Staat ist hart im Nehmen – das weiß jeder, der Steuern bezahlt. Und wenn der Staat einmal gibt, sollten Sie zugreifen: bei steuerbegünstigten Kapitalanlagen zum Beispiel.
Darüber ist viel geschrieben worden und noch mehr diskutiert. Um langen Reden einen Sinn zu geben, stellt sich für uns nicht die Frage ob eine steuerbegünstigte Kapitalanlage im Allgemeinen, sondern welche steuerbegünstigte Kapitalanlage im ganz Speziellen.
Und deshalb bekommen Sie diese Anlagen auch nicht von der Stange, wir schneidern sie Ihnen nach Maß. Ganz nach Ihren Wünschen und Möglichkeiten: vom Berlindarlehen bis zu in- oder ausländischen Immobilieninvestitionen oder Mitunternehmer-Beteiligungen. Kommen Sie einmal zur Anprobe bei uns vorbei.
Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.
HYPOBANK
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.
Horst Spindler
HYPO-BANK

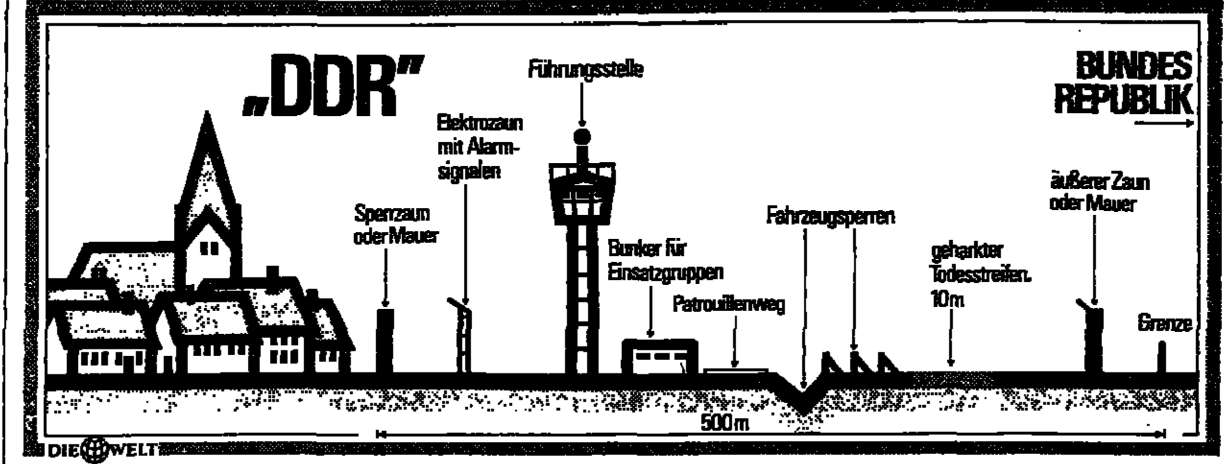
Bischof erinnert Theologen an „Hausaufgaben“

DW./idea, Stuttgart

Der württembergische Landesbischof Hans von Keler hat seiner Kirche empfohlen, in Einzelfragen des Umweltschutzes „nicht höhere Weisheit als andere“ zu beanspruchen. Vor der Synode der Landeskirche warnte von Keler gestern auch davor, über dem Engagement für die Umwelt die eigene Sache der Kirche zu vergessen. Der Bischof: „Wer seine Seele verliert, verliert auch den Wald. Allerdings: Wer den Wald gewinnt, hat nicht auch schon seine Seele gewonnen.“ Die Kirche dürfe nie vergessen, daß sie allein dafür da sei, „den Namen Jesu Christi groß zu machen“. Deshalb gelte es für sie auch, *in allen Problemen der Gegenwart* nicht nur irgendeinen Beitrag zu leisten, „sondern den besonderen Beitrag des Evangeliums“.

Von Keler rief die Theologen auf, über Maßstäbe für die Gentechnik und die Experimente mit menschlichem Leben nachzudenken. Die ethischen Fragen der Biogenetik müßten unbedingt „zu den Hausaufgaben der Theologie zählen“. Es dürfe nicht erst so weit kommen wie bei der Atomphysik, wo die Theologen erst ans Werk gegangen seien, als die „katastrophalen Auswirkungen“ weltweit deutlich wurden. Die Gentechnik beinhalte einerseits positive Möglichkeiten, die es zu nutzen gelte. Andererseits verwies von Keler darauf, daß es auch einer Strafe Gottes gleichkommen könne, wenn die Menschen „in den Folgen einer bindungslos gewordenen, wertfreien, seelenlosen Technik wie in einem Vorspiel der Hölle leben müssen“. Die Theologen hätten die Verantwortung vor Gott auch in diesem neuen Feld deutlich zu machen, denn „der Mensch ohne Gott wird zur größten Gefahr für die Schöpfung“. Wie der Landesbischof weiter berichtete, kann in Württemberg nicht von einer andernorts festgestellten Abkühlung des Klimas zwischen beiden Großkirchen die Rede sein.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



So präsentiert sich das Modell der neuen, modifizierten „DDR“-Grenzsperren, nachdem die Tötungsautomaten SM 70 fast vollständig demontiert sind. Die Sperranlagen wurden dichter und undurchlässiger gemacht. Der erste Zaun auf der Ostseite markiert den Anfang des 500-Meter-Grenzstreifens, der für Zivilisten gesperrt ist. In Ortschaften verläuft dort eine Mauer. Daran schließt sich der neue, mit dem modernsten elektronischen Alarminstrumentarium bestückte Zaun – circa drei Meter hoch – an. Die Signale werden in der Führungsstelle registriert. Letztes Hindernis unmittelbar an der Grenzlinie ist ein weiterer hoher Metallgitterzaun.

Zonengrenze wird noch undurchlässiger

An die Stelle der Tötungsautomaten SM 70 tritt eine raffiniert ausgeklügelte Sperranlage mit „Jagdkommandos“

WERNER KAHL, Bonn

Im Marschschritt bewegt sich ein Mensch nach den Berechnungen für die neuen Jagdkommandos auf Flüchtlinge an der innerdeutschen „modernen Grenze“ ungefähr 1,5 Meter in der Sekunde; im Laufschritt legt er etwa 3 bis 4 m/s zurück. Entdeckt ein Posten einen Flüchtling, der durch das Sperrgebiet Richtung Westen läuft, hilft eine mathematische Formel, das Ziel maßgerecht auf's Korn zu nehmen. Die Maschinenpistole wird nach der Faustregel „Vorhaltemaß gleich Zielgeschwindigkeit mal Flugzeit des Geschosses“ auf den Flüchtenden angelegt.

Im „Handbuch für den Grenzsoldaten“, das der Ostberliner Militärverlag herausgibt, wird die Berechnung an einem Beispiel illustriert: „Ein Ziel bewegt sich mit einer Geschwindigkeit von 3 m/s flankierend (90 Grad) zur Schußebene, Entfernung 200 Meter. Die Flugzeit beträgt bei der MPi (Maschinenpistole, d. Red.) 0,33 s“, heißt es im Kapitel „Schießen auf sich bewegende Ziele“.

Die „besondere“ Grenze

Die Lösung laut Instruktion: „MPi: 3 mal 0,33 gleich 0,99 Meter.“ Der Schütze müsse also den „Haltepunkt um 0,99 Meter“ verlegen. Da die Breite einer Person mit 0,5 Metern angenommen werde, ergebe das für die Maschinenpistole ebenso wie für ein leichtes Maschinengewehr „ungefähr zwei Figuren als Vorhaltemaß“.

Nach wie vor wird nach amtlicher Bonner Darstellung die Grenzlage von drei Faktoren geprägt, die nur für eine Grenze wie die mitten in Deutschland bestimmend sind:

- Die innerdeutsche Grenze ist zugleich die Trennungslinie zwischen westlichen Staaten und den kommunistisch regierten Staaten Osteuropas sowie zwischen den Militärbündnissen der NATO und des Warschauer Paktes;
- die innerdeutsche Grenze trennt Deutsche von Deutschen;
- die „DDR“ hat auf ihrer Seite entlang der Grenze ein unmenschliches und perfektioniertes Grenzsperr- und Sicherungssystem errichtet, das verhindern soll, daß Bewohner Mitteldeutschlands in die Bundesrepublik *flüchten*.

Die östlichen Grenzsperranlagen haben sich in Staffelung, Aufbau und Funktion durch den Abbau der international als „Todesautomaten“ bekanntgewordenen Selbstschußapparate verändert. Diese Veränderung setzte mit der Demontage der Tötungsautomaten im Spätsommer vergangenen Jahres ein. Zu diesem Zeitpunkt waren 439,5 Kilometer des einreihigen Metallgitterzaunes mit Selbstschußanlagen, SM-70-Apparaten, ausgerüstet. Im September 1983 begannen Arbeitskommandos der „DDR“-Grenztruppen zunächst in sechs Bereichen mit der Demontage dieser Apparate. Dies geschah überwiegend an Stellen, an denen auf westlicher Seite Aussichtsplattformen für Besucher der innerdeutschen Grenze standen. Nach vorläufiger Berechnung wurden bis November dieses Jahres circa 141 Kilometer, das sind rund 30 Prozent, der mit Tötungsautomaten gesicherten Grenzabschnitte abgeräumt.

Etwa sechs Monate vor der Demontage hatte die Ostberliner Führung bereits Weisung gegeben, eine „moderne Grenzsicherung“ als Alternative zu den Apparaturen, die einen Flüchtling „zersiebten“, aufzubauen. Seitdem wird etappenweise der bereits vorhandene Schutzstreifenzaun (SSZ), der parallel zur vorderen Zaunanlage beziehungsweise Mauer verläuft und den etwa 500 Meter breiten Sperrstreifen zum Hinterland begrenzt, in seiner Bauart modifiziert.

Der alte Zaun ist circa zwei Meter hoch. In der unteren Hälfte hat er teilweise in den Boden eingelassene Metallgittermatten und darüber 13 an Isolatoren geführte Signaldrähte. Die Höhe des neuen modifizierten Zaunes beträgt nunmehr circa drei Meter; das Kriechen unter dem Zaun wird durch in den Boden eingelassene Betonplatten verhindert.

„Die Menschenjäger“

In Teilabschnitten wurde wenige Meter westlich des neuen elektronischen Gitterzaunes mit verbesserten Signaldrähten und Raketenalarmanlagen zusätzlich ein einfacher Metallzaun errichtet; zwischen beiden Zäunen sind Hunde eingesetzt, die sich in der Gasse frei bewegen können. Sie wurden auf Flüchtlinge abgerichtet.

Mit Stolperdrähten, Signalraketen und Alarmleitungen zu Führungsstellen bestückt, soll jeder Fluchtversuch schon einen halben Kilometer vor der eigentlichen Grenzlinie zur Bundesrepublik signalisiert und von Bereitschaftseinheiten, Jagdkommandos, vereitelt werden. Für die Menschenjäger werden eigene Bunker im Sperrgebiet angelegt. Die Kommandos sind mit Motorrädern und Jeeps ausgerüstet. In Alarmbereitschaft gehaltene Jagdhubschrauber können jederzeit eingesetzt werden, und wattstarke Scheinwerfer von den Postentürmen und aus Erdstellungen sollen Flüchtlinge blenden, bevor sie den Todesstreifen erreichen. Die sowjetischen Streitkräfte haben nahe am Sperrgebiet den schweren Kampfhubschrauber M I 24 – von der NATO „Hirschkuh“ genannt – eingesetzt, der mit Raketen bestückt werden kann. M I 24-Helikopter haben wiederholt Flüge über dem Grenzgebiet unternommen, um die neuen Sicherungsanlagen der „DDR“-Armee zu inspizieren.

Die Selbstschußanlagen sind bis November 1984 nach Angaben eines Sprechers des Bundesinnenministeriums in Bonn fast entfernt worden. Der Bereich Süd (Bayern) sei bereits längere Zeit von Tötungsautomaten geräumt; im Bereich des Bundesgrenzschutzkommandos Mitte (Hessen) würden die letzten SM-70-Apparate in diesen Tagen abgebaut, sagte der Sprecher. Es werde erwartet, daß die noch bestückten restlichen fünf bis zehn Kilometer bis Jahresende ebenfalls demontiert würden. Dann könne die Ostberliner Führung die gesamte mit Selbstschußanlagen armierte Grenzlinie von 439,5 Kilometern der insgesamt 1381,1 Kilometer innerdeutschen Grenze als SM-70-frei präsentieren.

Bundesminister Heinrich Windelen, Ressortchef für innerdeutsche Beziehungen, zeigte sich erleichtert darüber, daß Ost-Berlin die Demontage der „Mordinstrumente“ zu Ende bringt. Der Ersatz der Todesautomaten durch ein elektronisches und darauf abgestimmtes Postenüberwachungssystem habe die Grenze laut Windelen zwar noch „dichter und undurchlässiger“ gemacht, Flüchtlinge würden jedoch jetzt wenigstens nicht mehr „gleich zu Hackfleisch verarbeitet“.

Der Kompromiß ist ein Punktsieg für Blüm

Reform der Krankenhausfinanzierung / Eine Analyse

PETER JENTSCH, Bonn

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm ist der erste Schritt auf dem steinigen Weg zu einer Strukturver*besserung des Medizinbetriebs, die* die Krankenversicherung bezahlbar erhalten soll, gelungen: die Reform der Krankenhausfinanzierung (siehe WELT vom 26. November). Gestern haben auch die Präsidien von CDU und FDP dem zwischen Blüm und dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß ausgehandelten Kompromiß zugestimmt. Das Gesetzgebungsverfahren kann damit fristgerecht über die Bühne gehen: am 7. Dezember wird die Reform im *Bundestag und am 20. Dezember im* Bundesrat beraten, zum 1. Januar wird sie wirksam.

Kompromisse beinhalten die Aufgabe von Positionen. Im Widerstreit der Interessen des Arbeitsministers und der Krankenkassen, die auch die Kliniken endlich in die Kostendämpfung einbeziehen wollten (Ziel: Beitragsstabilität), und der Länder andererseits, die um ihre Planungshoheit fürchteten, drohte die Reform ein Schlag ins Wasser zu werden. Ist sie durch den Kompromiß verwässert?

Nur auf den ersten Blick, nämlich gemessen an den Forderungen der von Blüm berufenen Reform-Kommission und dem daraus resultierenden ersten Gesetzentwurf, scheint das so. Blüm selbst interpretiert das Ergebnis als „klassisches Unentschieden“. Richtiger wäre: ein Punktsieg für den Minister.

Planungshoheit der Länder

Entscheidend für das Ziel des Gesetzes, für die Kostendämpfung, ist der Einfluß der Krankenkassen auf die Krankenhaus- und Investitionsplanung der Länder sowie auf die Gestaltung der Pflegesätze.

Nach geltendem Recht sind die Länder nur verpflichtet, in der Krankenhausplanung mit den Kassen eng zusammenzuarbeiten. Blüm forderte ursprünglich für die Kassen das Recht, durch freie Vertragsgestaltung „unwirtschaftlich“ arbeitende Spitäler von der Aufnahme in die Krankenhaus- oder Investitionsplanung auszuschließen. Ziel: Die Kassen hätten nicht mehr für die Folgekosten von „Landratsdenkmälern“ aufkommen müssen. Diese Forderung hat Blüm fallen lassen. Der Kompromiß erhält den Ländern die Planungshoheit und verschließt den Kassen die freie Vertragsgestaltung. Freilich unter der Prämisse, daß Planungs- und Investitionsentscheidungen nicht mehr nur wie bisher in „enger Zusammenarbeit“ zwischen Kassen, Ländern und Kliniken erfolgen, sondern daß eine „einvernehmliche Regelung anzustreben“ ist. Damit sind die Länder an den Verhandlungstisch gezwungen.

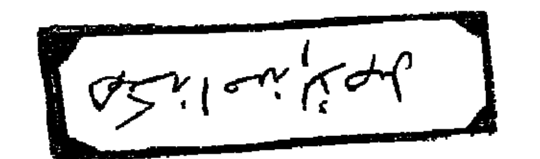
Schon das ist eine Verbesserung gegenüber dem geltenden Recht und damit ein Punkt für Blüm. Im Gegenzug für die Aufgabe seiner Forderung *nach einer gleichberechtigten Mit*wirkung der Kassen auf diesem Gebiet setzte er sich aber im für die Kostensituation der Kassen viel entscheidenderen Pflegesatzrecht durch.

Mehr Eigenverantwortung

Zunächst werden die Pflegesätze künftig „vorauskalkuliert“. Damit wird das bisherige Selbstkostendekkungsprinzip aufgelockert. Jetzt müssen die öffentlichen Investitionszuschüsse und die Pflegesatzerlöse zusammen die „vorauskalkulierten“ Selbstkosten eines Krankenhauses decken. Eine nachträgliche Kostenerstattung ist damit nicht mehr möglich. Das bedeutet, daß die Kassen durch die zukunftsprojizierte Kostenrechnung zum Beispiel die Anschaffung neuer medizinischer Geräte im Krankenhaus torpedieren können, wenn sie die Folgekosten nicht in die Vorauskalkulation aufnehmen.

Dieses Recht ergibt sich aus den künftigen Pflegesatzverhandlungen zwischen Kassen und Kliniken in eigener Verantwortung im Gegensatz zur heutigen Preisfestsetzung durch die Länder. Ein weiterer Punkt für Blüm. Einigen sich die Vertragspartner nicht, entscheidet eine paritätisch besetzte Schiedsstelle mit einem unabhängigen Vorsitzenden. Gelingt das nicht, wird der Vorsitzende vom Land bestellt. Er ist aber – im Gegensatz zur Forderung Bayerns – nicht an Weisungen der Landesregierung gebunden. Auch das ein Punkt für Blüm.

Die Reform stärkt also den Einfluß der Kassen auf die Kostendämpfung im Krankenhaus. Es liegt jetzt an ihnen, das Instrument zu nutzen.



Raketenstreit in der Regierung Belgiens

BODO RADKE, Brüssel

Wie in den Niederlanden entwickelt sich im NATO-Mitgliedsstaat Belgien die seit fast fünf Jahren immer wieder verschobene Entscheidung über eine Beteiligung am NATO-Nachrüstungsprogramm (Stationierung von 48 Cruise Missiles) zu einer Belastung der Koalitionsregierung.

Im Gegensatz zu Holland aber, wo sich die Vorbereitungen für die eventuelle Stationierung von ebenfalls 48 Cruise Missiles auf rein „papierne" Planungen beschränken, sind in Florennes bei Namur bereits rund 400 US-Soldaten eingetroffen.

Die politische Entscheidung jedoch steht noch aus. Und der gerade aus Moskau in Brüssel eingetroffene Hinweisbrief auf die Wiederaufnahme der Genfer sowjetisch-amerikanischen Gespräche über Maßnahmen zur Rüstungskontrolle hat natürlich das Ziel, eine solche Entscheidung weiter hinauszuzögern.

Der zur Zeit lebhaft diskutierte Konflikt wurde durch die Ankündigung des liberal-konservativen Vizepremiers und Justizministers Jean Gol augelöst, seine Partei werde eine weitere Verzögerung des längst fälligen formellen Regierungsbeschlusses über die Stationierung über den kommenden März hinaus nicht hinnehmen. Die für Januar vorgesehene Wiederaufnahme der amerikanisch-sowjetischen Gespräche dürfe darauf keinen Einfluß haben.

Der Vorsitzende der flämischen Christdemokraten-Partei CVP, Frank Swaelen, kritisierte, daß Gol die sich aus der Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen ergebenden Chancen einfach nicht zugeben wolle.

Für politische Beobachter in Brüssel gibt es keine Zweifel, daß die Kontroverse in Zusammenhang gebracht werden sollte mit den Ende 1985 bevorstehenden Parlamentswahlen.

Es ist kaum anzunehmen, daß sich die durch energische Sparmaßnahmen erzielten Stabilisierungserfolge der Staatsfinanzen beim Wählervolk in Form von Stimmengewinnen niederschlagen. Christlich-demokratische Wahlstrategen bedrängen deshalb auch ihre Spitzenpolitiker, beim Raketen-Thema am bisherigen undeutlichen Kurs festzuhalten. (SAD)

US-Kriegsschiffe dürfen erstmals in Chinas Häfen

Parteichef Hu spricht von „Freundschaftsbesuchen"

DW./kli. Peking

Die Volksrepublik China will erstmals in ihrer 35jährigen Geschichte amerikanische Kriegsschiffe in ihre Häfen lassen. Das werde allerdings nur für Freundschaftsbesuche gelten, sagte KP-Chef Hu Yaobang vor japanischen Geschäftsleuten in Peking. Hus Äußerungen wurden gestern von der amtlichen Tageszeitung „China Daily" veröffentlicht. Aus Kreisen westlicher Diplomaten verlautete, es gehe um den Besuch amerikanischer Zerstörer, die im nächsten Jahr den Hafen Qingdao an der Ostküste Chinas (600 Kilometer südlich von Peking) anlaufen sollen. Mit gegenseitigen Flottenbesuchen solle das gemeinsame chinesisch-amerikanische Interesse unterstrichen werden, der wachsenden sowjetischen Militärpräsenz im Pazifischen und im Indischen Ozean entgegenzuwirken.

Aus dem US-Verteidigungsministerium war Ende August verlautet, daß die USA mit der Volksrepublik China ein Abkommen über gegenseitige Flottenbesuche erörtert haben. Pentagon-Sprecher Michael Burch erklärte seinerzeit, darüber sei bei einem China-Besuch des Marine-Staatssekretärs John Lehmann gesprochen worden. Das Bemühen um das Zustandekommen einer solchen Vereinbarung demonstriere „eine engere Zusammenarbeit zwischen China und den USA". Gegenseitige Flottenbesuche seien bereits während des China-Besuchs von Verteidigungsminister Caspar Weinberger im Herbst 1983 zur Sprache gekommen und beim USA-Besuch des chinesischen Verteidigungsministers Zhang Aiping im Juni 1984 erörtert worden.

Admiral Chen bereist USA

In den USA hält sich derzeit eine Delegation der chinesischen Flotte unter Führung vom Admiral Chen Youming auf. Sie interessiert sich für die Gasturbinen, mit denen die US-Zerstörer angetrieben werden. Flottenchef Liu Huaqing hat soeben in Großbritannien Marineanlagen und Rüstungsbetriebe besichtigt. Die chinesische Flotte mit ihren 360 000 Mann verfügt über 35 große Überwasserschiffe, etwa hundert dieselgetriebene und zwei atomgetriebene U-Boote. Doch gelten die meisten Schiffe als veraltet.

In diesem Jahr haben die Streitkräfte der Volksrepublik China und der USA ihren zwei Jahre lang unterbrochenen Militäraustausch wiederaufgenommen. Durch Besuche von Militärdelegationen wolle man die militärische, logistische und medizinische Ausbildung in den Streitkräften der jeweils anderen Seite kennenlernen, verlautete aus Washington. Wegen der Auseinandersetzung um die Lieferung amerikanischer Waffen an Taiwan war der Militäraustausch unterbrochen worden. Im Frühjahr 1984 reiste eine vierköpfige chinesische Regierungsdelegation unter Führung von Zhang Pin, dem Sohn des Verteidigungsministers, durch die USA, um den Kauf von Waffen vorzubereiten. Die Delegation interessierte sich vor allem für Panzer- und Flugabwehrsysteme.

Waffenkäufe nicht en gros

Die US-Regierung hatte im Juni 1983 beim Export militärischer Güter die Volksrepublik China mit den NATO-Staaten und Japan gleichgestellt. Bestimmte Rüstungsgüter und Technologien von sicherheitspolitischer Bedeutung unterliegen jedoch weiterhin Exportbeschränkungen.

Verteidigungsminister Zhang Aiping betonte kurz vor seinem eigenen USA-Besuch im Juni, daß China nicht am Großeinkauf von Rüstungsgütern interessiert sei. Bei den Lieferungen aus den USA könne es sich, so Pekinger Funktionäre, nur um ausgewählte Spitzentechnologie handeln.

Die Verbesserung der Beziehungen zwischen Peking und Washington, die sich auch in dem bevorstehenden Flottenbesuch äußert, hat durch die China-Reise des US-Präsidenten Ronald Reagan im Frühjahr 1984 einen bedeutenden Auftrieb erhalten. An einem regulären Bündnis mit den USA ist China aber offensichtlich nicht interessiert. So begnügt sich Washington mit einer Stärkung der pazifischen Bastion China, die vom Osten her die Sowjetunion in Schach halten soll, wie die NATO das im Westen tut.

Der Hafen von Qingdao gehört zu den fünf größten der Volksrepublik. Die „Grüne Insel" (Qingdao) war von 1897 bis zum Ersten Weltkrieg deutsche Kolonie. Die alte deutsche Marinekommandantur dient jetzt den chinesischen Seestreitkräften als Kaserne.

Mit brutalen Mitteln führt Lagos „Krieg gegen Disziplinlosigkeit"

Todesstrafe auch für kleinere Vergehen / Erste Erfolge in der Wirtschaftspolitik

Von MONIKA GERMANI

Elf Monate nach dem unblutigen Militärputsch des General Mohammed Buhari in Nigeria hat sich das Land, das nach seiner Unabhängigkeit vor 24 Jahren als eines der unsichersten für europäische Besucher galt, weil Überfälle ebenso wie Korruption an der Tagesordnung waren, wesentlich gewandelt. Weder die 13 Jahre der früheren Militärdiktatur noch die vier Jahre einer darauffolgenden demokratischen Regierung konnten bisher die sich immer weiter ausbreitende Gesetzlosigkeit, Fremdenfeindlichkeit und Bestechlichkeit nigerianischer Beamter und Geschäftsleute einschränken. Gewöhnlich waren kleine Geldgeschenke bereits auf dem Flughafen für Zoll- und Paßbeamte fällig – andernfalls konnte man oft stundenlang in der glühenden Sonne warten. Weiter ging es in den Hotels, bei denen die Zimmervergabe beim Etagenchef extra bezahlt werden mußte.

Doch Nigeria, das 1960 nach dem Ende der englischen Kolonialzeit zu den wirtschaftlich reichsten Ländern des Kontinents zählte, hat einen bitteren Preis für die einseitige Ausrichtung der Wirtschaft auf die Erdölproduktion zahlen müssen. Der Traum von finanzieller Sicherheit ist seit Beginn der Regierung Buhari, die mit strikten Maßnahmen das Land wieder wirtschaftlich und politisch in sicherere Bahnen lenken will, einer realistischeren Einschätzung der Lage gewichen.

Der „Krieg gegen die Disziplinlosigkeit" – war against indiscipline, kurz WAI genannt, begann mit einer großen Propagandakampagne der neuen Regierung. Eine rigorose Erziehung soll die Nigerianer anhalten, sich im täglichen Leben in der Stadt einzuordnen, unter anderem diszipliniert zu fahren. Eine weitere Kampagne soll eine neue Arbeitsmoral schaffen. So werden im Radio mit Aufrufen und Slogans in Lagos unter anderem solche Devisen ausgegeben: „Die besten Sachen im Leben gibt es nicht umsonst" und „Haben Sie Ihr Gehalt heute schon verdient?"

Doch in einem Interview mit „Africa Now" gestand Präsident Buhari, daß es eine schwierige Aufgabe sei, der Korruption, für die er freilich die Regierung der letzten vier Jahre verantwortlich macht, ein Ende zu bereiten. Nigerias Arbeitslosigkeit ist eines seiner Hauptprobleme. Afrikas volkreichstes Land mit fast 100 Millionen Einwohnern hat ein gewaltiges Heer von unbeschäftigten Menschen. Nach den letzten Erhebungen noch unter der Regierung Shagari betrug die Arbeitslosigkeit 1983 etwa acht Prozent im Gegensatz zu 1976, als sie sich auf nur 4,3 Prozent belief. Wie weltweit, sind auch hier die Jugendlichen der Altersgruppe von 15 bis 24 Jahren am stärksten betroffen. Buhari führt als Begründung die weltweite Wirtschaftsrezession an. Rohstoffmangel und Beschränkung der erforderlichen Ersatzteile auf ein Minimum sowie das Sinken des Erdölpreises führten zur Schließung von Industrie und Entlassung der Arbeiter.

Nigeria



Mohammed Buhari, starker Mann Nigerias

FOTO: JOHN CHIASSON/STUDIO X

So will der Präsident denn auch die Reaktivierung der Industrie fördern, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, legt aber auch Wert darauf, die Landwirtschaft Nigerias wieder zu beleben. Obwohl es von der OPEC eine erhöhte Förderquote von 1,3 Millionen Barrel auf 1,45 Millionen Barrel pro Tag erhalten hat, ist, so der nigerianische Journalist Ray Ekpu, „Nigeria noch längst nicht aus dem Schneider".

Ekpu prangert die Versäumnisse der Vergangenheit an und nennt als Beispiel unter anderem, daß Nigeria in den Jahren von 1970 bis 1983 rund 35 Milliarden Naira durch die Abfakkelung des Erdgases auf den Erdölfeldern verloren hat und bisher keine Möglichkeiten vorhanden waren, um die Erdgasvorkommen auszuwerten. Das geplante Werk zur Gasverflüssigung, das nun mit einem Kostenaufwand von 5,6 Milliarden Naira gebaut wird, komme zehn Jahre zu spät.

Doch das tägliche Stadtbild zeigt, daß sich die Kampagne der Regierung gegen Korruption und Schlamperei langsam auszahlt – so ist es Berichten europäischer Besucher zu entnehmen. Die Straßen und Wohnviertel seien wieder sicherer, nicht nur durch die Einführung der Todesstrafe für bewaffnete Überfälle, sondern auch durch Polizeipatrouillen in den Wohnvierteln und zum Teil durch die Selbsthilfe, zu der manche Einwohner griffen und die von der Polizei „übersehen" werde. Das wirke durchaus als abschreckendes Beispiel. Todesstrafe steht auf Fälschung von Banknoten, auf illegale Ölgeschäfte und auf die beliebte „Manipulierung" an Gas- und Telefonkabeln, um die Rechnung herabzudrükken.

Hatten viele Nigerianer noch zu Beginn des Jahres die Regierungskampagne begrüßt, so werden inzwischen die ersten Stimmen laut, denen die Verurteilung von Journalisten wegen angeblich falscher Berichterstattung als zu drakonisch erscheint und die um Nigerias lange Tradition einer angesehenen afrikanischen Berichterstattung fürchten.

Buhari wird vorgeworfen, mit seiner Anti-Korruptionskampagne an dem eigentlichen Übel seines Landes, dem wirtschaftlichen Chaos, vorbeizuoperieren. Ein Universitätsprofessor behauptet, WAI sei ein Luxus, den sich ein hungerndes Volk kaum leisten könne.

Allerdings wird sich vorerst kaum etwas an der neuen Ordnung ändern. Hinter Buhari stehen Premierminister Brigadier Tunde Idiagbon und fünf Mitglieder aus dem 19köpfigen obersten Militärrat, die zusammen die 120 000 Mann starke Armee befehligen.

USA/Nicaragua: Haager Gericht bleibt zuständig

AP, Den Haag

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag hat sich gestern in dem von Nicaragua gegen die USA angestrengten Verfahren für zuständig erklärt und seine im Mai gegen Washington erlassene einstweilige Verfügung bekräftigt. Das Urteil wurde mit 15 Stimmen bei einer Gegenstimme (des amerikanischen Richters Stephen Schwebel) gefällt. Nicaragua hatte im April die USA angeklagt, mit bewaffneten Angriffen den Sturz der Regierung in Managua zu betreiben.

Washington hatte die Zuständigkeit des Gerichtshofes bestritten und vorsorglich angekündigt, es werde sich zwei Jahre lang nicht an Entscheidungen des Gerichts über mittelamerikanische Streitfragen gebunden fühlen. In der Urteilsbegründung hieß es, Nicaragua habe die Rechtsprechung des Gerichtshofes durch Unterzeichnung und Ratifizierung der UN-Charta uneingeschränkt anerkannt. Die Richter betonten ferner, daß sich die USA mit der Unterzeichnung einer UNO-Erklärung 1946 verpflichtet hätten, sich der Rechtsprechung des Gerichtshofes zu unterwerfen, falls sie dies nicht sechs Monate vorher widerriefen.

Jugoslawiens Jugend fordert ein demokratisches Militärwesen

Selbstverwaltungsmodell als Maßstab / Die Armee spricht von „gefährlichen Ideen"

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Pazifistische und partikularistische Tendenzen in Teilen der kommunistischen Jugendorganisation Sloweniens haben die Parteiführung und das Armeekommando der nordwestlichen Teilrepublik Jugoslawiens in Alarmstimmung versetzt.

Besonders in Kreisen der Jugoslawischen Volksarmee wird von „gefährlichen Ideen" gesprochen, die in der Jugend grassieren und die, falls man ihnen Raum lassen sollte, zum Zusammenbruch der jugoslawischen Verteidigungs- und Militärpolitik führen könnten.

Im Kreuzfeuer der Kritik steht Janez Jansa (26), der sowohl Mitglied des Präsidiums des kommunistischen Jugendverbandes in Slowenien als auch Vorsitzender der Kommission dieses Verbandes für „allgemeine Volksverteidigung" ist. Jansa, von dem es heißt, daß er in Kreisen der slowenischen Jugendlichen und Studenten Popularität genießt, hat gemeinsam mit einigen anderen Jugendfunktionären öffentlich gefordert, das jugoslawische Selbstverwaltungsmodell auch auf die Verteidigung auszudehnen.

Nun sind aber in Jugoslawien die Armee gemeinsam mit der Polizei und natürlich der Kommunistischen Partei die einzigen Körperschaften, auf welche die Selbstverwaltung mit ihren endlosen Debatten und Abstimmungen keine Anwendung findet. Die jungen Leute haben aber auf ihrem jüngsten Kongreß die „Vergesellschaftlichung der Sicherheit und der Verteidigung" – also praktisch eine Demokratisierung des Militärwesens – gefordert.

Dienst in der Nähe des Heimatortes ableisten

Jansa und seine Anhänger verlangen die Übertragung der Funktionen der Verteidigungspolitik von der zentralistisch gesteuerten regulären Armee auf die territoriale Verteidigung, die in Jugoslawien der Kompetenz der Teilrepubliken untersteht. Dahinter steckt der gerade bei slowenischen Jugendlichen weitverbreitete Wunsch, den Militärdienst nicht im fernen Mazedonien oder im Kosovo, sondern in der eigenen engeren Heimat Slowenien ableisten zu können.

Dabei spielt auch die Sprachenfrage eine Rolle: Kommandosprache in der jugoslawischen Armee ist Serbokroatisch – also für die Wehrpflichtigen aus Slowenien eine Fremdsprache, die sich von ihrer slowenischen Muttersprache etwa so unterscheidet wie das Deutsche vom Niederländischen.

Ausbildung in der Armee kritisiert

Darüber hinaus machte sich Jansa auch zum Sprecher weitverbreiteter Stimmungen in der jungen Generation seiner engeren Heimat, als er eine Verkürzung der bisher 15 Monate dauernden Wehrpflicht forderte. In verschiedenen Dokumenten des slowenischen Jugendverbandes, die zum Teil in der Laibacher Jugendzeitschrift „Mladina" abgedruckt wurden, gab es heftige Kritik an der „mechanischen Ausbildung" in der jugoslawischen Armee.

Die Wehrpflichtigen würden, so hieß es, während ihrer Dienstzeit zu Erdarbeiten und zum Viehhüten eingesetzt. Die Vorgesetzten suchten sich unter den Wehrpflichtigen Ordonnanzen aus, welche die meiste Zeit damit beschäftigt seien, Kleidung und Schuhe der Offiziere zu putzen sowie andere private Arbeiten zu verrichten.

Auf einer Sitzung des Jugendverbandes sprach einer der Funktionäre, Mile Setinc, sogar von einer „primitiven Indoktrinierung der Jugendlichen" durch die jugoslawische Armee. Der Funktionär erwähnte dann die Tatsache, daß viele junge Slowenen nicht in der Armee dienen wollen und daß viele, die sich bereits zum Dienst und zu einer Offizierslaufbahn entschlossen hätten, die Offiziersschulen vorzeitig wieder verließen.

Außerdem kam in der Diskussion des Jugendverbandes ein für Jugoslawien völlig neues Moment ans Tageslicht: Einige der jungen Leute bezweifelten überhaupt die Notwendigkeit eines starken stehenden Heeres und an dem von offizieller Seite gemalten Bedrohungsbild durch äußere Feinde.

Von der Parteiführung wird dem Jugendfunktionär Jansa, dem inzwischen der Ausschluß aus der KP angedroht wurde, vorgeworfen, er „spiele mit dem Feuer" und sei ein „Utopist". Seine Forderung nach einer „Liberalisierung" der Verhältnisse in den jugoslawischen Streitkräften und vor allem sein Vorschlag, die slowenischen Jugendlichen nur noch in der Nähe ihres Heimatortes, also in Slowenien, Dienst tun zu lassen, schädige die Verteidigungskraft Jugoslawiens.

Der slowenische KP-Spitzenfunktionär Franc Setinc erhob gegen Jansa die Anschuldigung, dieser stelle sich gegen die Politik der Partei. Er habe sich in den Reihen des Jugendverbandes herabwürdigend über die Rolle der KP und auch negativ über den „Volksbefreiungskampf" 1941 bis 1945 geäußert. Eine parteitreue Jugendzeitschrift erklärte sogar, sollten die Ideen Jansas verwirklicht werden, drohe dem Lande eine militärische Intervention von außen.

Wünsche der jungen Generation ignoriert

Der Angegriffene setzte sich aber zur Wehr: Die Wünsche der Jugendlichen würden ignoriert, es gebe Opportunismus und „abgeschlossene Strukturen". Man sei darauf gefaßt, daß demnächst von oben auch noch der Vorwurf erhoben werde, die slowenischen Jugendlichen wollten eine eigene „Jugend-Partei" gründen. Auf die Forderung der KP-Spitze, er möge auf seine Kandidatur verzichten, reagierte Jansa mit einer eindeutigen Weigerung.

Der gesamte Vorfall signalisiert zweierlei: einmal den wachsenden Generationenkonflikt in Jugoslawien, aber auch ein Zunehmen pazifistischer Stimmungen unter der jungen Generation Sloweniens, die in Lebensziel und Lebenshaltung unter allen jugoslawischen Nationen dem Westen am nächsten steht. Hinzu kommt, daß bei den Slowenen, die über eine relativ gesunde wirtschaftliche Struktur verfügen, der Unmut darüber wächst, in die wirtschaftliche Malaise der südlichen Teilrepubliken mit hineingerissen zu werden.

Jetzt offiziell: ZK-Plenum ausgefallen

AFP, Moskau

Von offizieller sowjetischer Seite ist gestern bestätigt worden, daß zum erstenmal seit mehr als 15 Jahren in diesem Jahr die Plenar-Sitzung des Zentralkomitees der sowjetischen KP, die üblicherweise der Herbsttagung des Obersten Sowjet vorausgeht, ausgefallen ist. Das „Parlament" der UdSSR ist für heute einberufen worden, um über Haushalts- und Wirtschaftsplan des kommenden Jahres zu beraten. Die Vorbereitungen darauf sind in diesem Jahr nicht auf ZK-Ebene, sondern lediglich im Rahmen des Politbüros geführt worden. Daraus schließen westliche Beobachter, daß es gravierende Meinungsunterschiede in der Führungsspitze der Partei gibt, die in erster Linie personell und nicht sachlich bedingt sind.

Noch am 9. Oktober hatte ein Sprecher des Kreml eine Sitzung des Zentralkomitees in Aussicht gestellt. Von sowjetischer Seite ist inzwischen die Absage mit einer Vereinfachung der Arbeit der Parteiführung begründet worden.

Bürgerrechtler brutal verfolgt

DW. Moskau

Die Welle der Verfolgungen von Bürgerrechtlern in der Sowjetunion reißt nicht ab. Wie die Menschenrechtsorganisation Kontinent mitteilte, ist in Tschernowzy in der Ukraine der 36 Jahre alte Ingenieur Jossif Sissels verhaftet worden, nachdem in seiner Wohnung zahlreiche Bücher beschlagnahmt worden waren. Die Anklage gegen ihn lautet vermutlich auf „Verleumdung der sowjetischen Staats- und Gesellschaftsordnung". Unter dieser Anklage hatte Sissels bereits von 1978 bis 1981 eine Lagerhaftstrafe verbüßen müssen. Nach den Angaben der Gesellschaft ist außerdem Mitte Oktober in Odessa der 32 Jahre alte Jude Jakow Mesch verhaftet worden, der die Ausreise aus der UdSSR beantragt hatte. Schließlich wurde in Wilna der 63jährige Chemiker Ljudas Dambrauskas zu dreieinhalb Jahren Lagerhaft verurteilt. Er hatte schon in der Stalin-Ära 25 Jahre in Lagern verbracht. In seinem jetzigen Verfahren wurden ihm seine unveröffentlichten Lagererinnerungen zur Last gelegt.

Uruguay setzt auf Sanguinettis Kurs des „friedlichen Wandels"

Kandidat der Colorado-Partei zum Präsidenten gewählt / Linke schnitt schlecht ab

WERNER THOMAS, Miami

Das Wetter entsprach der Stimmung: An einem sonnigen Tag des südamerikanischen Frühsommers kehrte Uruguay nach einer elfjährigen Militärherrschaft zur Demokratie zurück. Julio Maria Sanguinetti (48), der Kandidat der traditionsreichen Colorado-Partei, gewann die Präsidentschaftswahlen. Ein erwartungsgemäßes Ergebnis. Sanguinetti lag bei den Meinungsumfragen in Führung.

Die kleinste Nation Südamerikas wird keine radikale politische Kurskorrektur erleben. Sanguinetti gilt als Mann der Mitte. Die Colorados stehen heute etwas rechts von der Partido Nacional, der anderen großen Partei des Landes, die sozialdemokratische Ziele verfolgt. Früher war das umgekehrt.

Möglicherweise hätte die Nationalpartei diese Wahlen gewonnen, wenn ihr Führer Wilson Ferreira Bewerber gewesen wäre. Der charismatische Politiker ist der prominenteste Häftling des Landes. Er wird beschuldigt, in den siebziger Jahren die marxistischen Tupamaro-Rebellen unterstützt zu haben. Anfang dieser Woche entscheidet das Oberste Gericht über seinen Fall.

Alberto Zumaran (44), wie Sanguinetti ein Jurist und Journalist, der für Ferreira kandidierte, war vor wenigen Monaten noch weithin unbekannt. Sein Wahlkampf lief nur langsam an. Er konnte keine mitreißenden Reden halten und degradierte sich selbst mit dem Versprechen, daß er nur ein Übergangspräsident sein wolle. Wenn er gewinnen würde, werde er Neuwahlen ausschreiben, bei denen dann Wilson Ferreira Kandidat sein könne. Dennoch lieferte Zumaran seinem Kontrahenten Sanguinetti schließlich ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Am Samstag bereiteten ihm 120 000 Anhänger einen begeisterten Empfang im Zentrum Montevideos, als er von seinen letzten Kundgebungen in der Provinz zurückkehrte.

Zumaran scheint nicht nur über seine Stellvertreter-Rolle gestolpert zu sein. Da er auch das Abkommen von drei Parteien – unter ihnen die Colorados – mit den Militärs annullieren wollte, das den Streitkräften gewisse Mitspracherechte für die Zukunft garantierte, grassierte die Angst vor einem neuen Militärputsch. Sanguinetti gelobte dagegen immer wieder einen „friedlichen Wandel".

Als größte Überraschung wurde das schwache Abschneiden der dritten politischen Kraft des Landes gewertet, der linksgerichteten breiten Front des Generals Liber Seregni. Die Bewegung erhielt zwei Prozent weniger Stimmen als bei den letzten Wahlen vor 13 Jahren, 16 Prozent gegenüber 18 Prozent. Allerdings durfte Seregni nicht kandidieren, weil ihm die Militärs seine aberkannten politischen Rechte nicht zurückgeben wollten. Neben Wilson Ferreira fehlte ein zweiter prominenter Politiker im Kandidatenkreis. Für die Breite Front bewarb sich ein alter Herr um die Präsidentschaft, Juan José Crottogini (76), ein ehemaliger Universitätsrektor.

Es war allgemein angenommen worden, daß die Seregni-Partei die Stimmen der meisten Jungwähler erhält, bei denen die Ressentiments gegen die repressive Herrschaft der Streitkräfte am stärksten verbreitet sind. 631 000 uruguayische Bürger konnten am Sonntag zum ersten Mal wählen. Ein riesiges Wählerpotential, um das die Linkskoalition eifrig warb. Offenbar haben aber viele junge Leute auch Sanguinetti und Zumaran gewählt.

Die Wahlen versetzten die Nation in eine Stimmung der Euphorie. Ein Aufatmen ging durch die Bevölkerung, daß die Militärs endlich abtreten. Es herrschte Feststimmung in Montevideo. Autofahrer veranstalteten ohrenbetäubende Hupkonzerte. Die Anhänger aller Parteien zogen mit Fahnen und Plakaten durch die Hauptstraße „18. Juli". Es wurde gesungen und getanzt. Von der Freiheitsstatue wehte die rote Flagge der Kommunisten. Die Polizei, die vor wenigen *Monaten noch* jede politische Demonstration auflöste – unter Gewaltanwendung, falls notwendig – blieb passiv.

Der Wahltag verlief dagegen ruhig. Die meisten Menschen wählten bereits am Morgen und verbrachten den Nachmittag an den Stränden. Sanguinettis Triumph zeichnete sich bereits am späten Abend ab, als der Kandidat auf dem Balkon der Parteizentrale erschien und strahlend die Ovationen einer schnell wachsenden Menschenmenge entgegennahm.

Zumaran und seine Parteifreunde hoffen, daß Sanguinettis Kurs des „friedlichen Wandels" auch eine Amnestie politischer Häftlinge – 500 Personen – einschließt. Sie denken besonders an Wilson Ferreira. (SAD)

Seite 2: Der Sieger in Uruguay

Streit um Nordeuropas Sicherheit

Die kernwaffenfreie Zone bleibt für viele Skandinavier ein „naiver Traum"

R. GATERMANN, Kopenhagen

Der frühere dänische Ministerpräsident und Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Anker Jörgensen fand mit seinem Vorschlag, eine nordeuropäische Parlamentarierkonferenz einzuberufen, die sich eingehend mit der Bildung eines kernwaffenfreien Nordeuropa befassen soll, weitgehend Zustimmung unter den ungefähr 200 Teilnehmern aus politischen, gewerkschaftlichen und kirchlichen Kreisen sowie aus den Friedensbewegungen in Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland und Island. Sie waren in Kopenhagen zusammengekommen, um über das Thema „Kernwaffenfreies Nordeuropa" zu diskutieren. Der Konferenz gelang es jedoch nicht, sich auf einen gemeinsamen bereits vorbereiteten Appell zu einigen.

An den zwei Konferenztagen wurde wieder einmal deutlich, wie sehr die Frage eines kernwaffenfreien Nordeuropas die politische Meinung in den fünf Ländern spaltet. Was Dänemarks konservativer Ministerpräsident Poul Schlüter als „oberflächliche und naive Träume von einer falschen Sicherheit" bezeichnet, nannte der frühere Vorsitzende der norwegischen Sozialdemokraten Reiulf Steen „den wichtigsten Beitrag, den die nordischen Länder zur Verhinderung einer Katastrophe leisten können".

Die beiden prominentesten dänischen Redner, Poul Schlüter und Anker Jörgensen, sorgten für eine kleine Überraschung. Der Regierungschef sah zwar keine realistische Möglichkeit für die isolierte Bildung einer solchen Zone, da sie derzeit nicht im Interesse der Supermächte liege. Glaubwürdige Garantien seien die wichtigste Voraussetzung für ein kernwaffenfreies Nordeuropa. Statt dessen plädierte Schlüter für ein „umfassendes europäisches Arrangement" im Bereich der atomaren Abrüstung und nannte hier den Vorschlag der Palme-Kommission und der schwedischen Regierung für einen zentraleuropäischen Korridor frei von nuklearen Schlachtfeldwaffen als Grundlage.

Anker Jörgensen betonte nachdrücklich, daß es für die dänischen Sozialdemokraten keine Alternative zur NATO-Mitgliedschaft gebe. Zwar wiederholte er den Parteitagsbeschluß, sich für ein kernwaffenfreies Dänemark auch in Krisen- und Kriegszeiten einzusetzen; man denke allerdings nicht an einseitige Schritte. Dänemarks Kernwaffenfreiheit werde am besten in einem gesamtnordischen Rahmen oder noch besser in einem größeren europäischen Zusammenhang erreicht.

Jörgensen hätte es gern gesehen, wenn das Thema „Kernwaffenfreies Nordeuropa" auf die Tagesordnung des Nordischen Rates und Ministerrates käme, aber dort sind außen- und sicherheitspolitische Fragen tabu, worauf in Kopenhagen vor allem die Finnen verwiesen. Deswegen kam Jörgensens Vorschlag für eine nordeuropäische Parlamentarierkonferenz. Einen Schritt weiter ging der norwegische liberale Parlamentsabgeordnete Helge Hveem. Er meinte, nach den Parlamentswahlen in Schweden und Norwegen im Herbst 1985 sollte 1986 oder spätestens 1987 eine formelle Absichtserklärung abgegeben werden, worin sich die fünf Länder bereit erklären, aktiv und konkret für ein kernwaffenfreies Nordeuropa zu arbeiten.

Schwedens sozialdemokratischer Außenminister Lennart Bodström betonte, seine Regierung könne nicht zulassen, daß das Streben nach einem kernwaffenfreien Nordeuropa anderen Abrüstungsverhandlungen untergeordnet und von ihnen abhängig gemacht würde. Er vertrat gleichzeitig die Auffassung, daß „eine Zone im Norden, die nicht die Ostsee mit einbezieht, fast sinnlos ist". In diesem Zusammenhang fordern die Schweden zudem, daß die Sowjetunion auf ihrem Territorium „Verdünnungszonen" einrichtet, das heißt bereits stationierte Nuklearwaffen, die direkt auf Nordeuropa gerichtet sind, abzieht.

Poul Schlüter hatte zuvor erklärt, es bestehe die *Gefahr, daß durch* die Aufgabe der Kernwaffenabschreckung das Risiko eines Krieges mit konventionellen Waffen wachse.

Der Lenin-Kult irritierte Kinnock

Tschernenko empfing den Labour-Parteichef / Dialog mit Washington Hauptthema

dpa, Moskau

Die Sowjetunion will nach den Worten des britischen Labour-Parteichefs Neil Kinnock „so schnell und so konkret wie möglich" die Ziele der geplanten sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen über Weltraum- und Atomwaffen abklären. Das erklärte Kinnock gestern nach einem knapp zweistündigen Treffen mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko vor Journalisten in Moskau.

Tschernenko habe keine Vorbedingungen für die Verhandlungen genannt, deren Gegenstand und Ziele der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko und sein amerikanischer Kollege George Shultz im Januar bei einem Treffen in Genf abklären sollen. Er habe nicht ausgeschlossen, daß die Gespräche auf verschiedenen „hohen und niedrigen Ebenen" geführt werden könnten. Auch der Zeitraum sei offengelassen worden, sagte Kinnock. Tschernenko sei „ganz klar in guter Verfassung" gewesen.

Vor dem Treffen mit Tschernenko war Kinnock, der von Schattenaußenminister Denis Healey begleitet wird, mit Gromyko zusammengetroffen.

Ein ursprünglich geplantes Treffen mit Michail Gorbatschow, Mitglied des Politbüros und ZK-Sekretär, fand nicht statt. Das führte in Moskau zu weiteren Spekulationen über die schon länger andauernde Abwesenheit des „zweiten Mannes" im Kreml.

*

SAD, Moskau/London

In Leningrad leistete sich Kinnock ein Verhalten, das Sozialisten als Blasphemie empfinden müßten. In Großbritannien würde manch einer gar von Majestätsbeleidigung sprechen: Kinnock hat am Geburtsort der bolschewistischen Revolution den Lenin-Kult kritisiert.

Parteifreunde des linken Flügels daheim werden es ihrem Chef übel vermerken, daß er sich auf der Pilgerfahrt zu historischen Stätten so rasch langweilen konnte. Wegen purer Überfütterung durch seine kommunistischen Gastgeber. Daß der Lenin-Kult so gar nicht nach seinem Gekschmack war, ließ Kinnock sich bei seiner Führung durch das Smolny-Institut deutlich anmerken. Es war Lenins Einsatzzentrale, als die Bolschewisten 1917 losschlugen.

Erst führte man ihn in den Saal, wo Lenin den Rat der Volkskommissare ins Leben gerufen hatte, als erstes sowjetisches Machtorgan. In dem ehemaligen Ballsaal der Schule für Artistokratentöchter führte man Kinnock zu dem überdimensionalen Porträt von Wladimir Iljitsch. Die russischen Begleiter senkten die Stimme zu ehrerbietigem Flüsterton.

Als er den Saal verließ, sagte Kinnock zu seinem Team: „So ruft man eine Kirche ins Leben."

Während Denis Healey fleißig fürs private Fotoalbum fotografierte und in lauten Scherzen mit den Fremdenführern seinem Aachener „Orden wider den tierischen Ernst" Ehre machte, verdrückte Kinnock sich zu einer Gruppe Fernsehreporter und seufzte über das, was er da alles über sich ergeben lassen mußte. Seine Pressesprecherin Patricia Hewitt ließ später keinen Zweifel daran, daß Neil Kinnock nur sehr widerstrebend auf Lenins Spuren wandelte. Sie sagte: „Er hält von dem Lenin-Kult ganz und gar nichts."

Als eine Führerin zu einem Vortrag über das schier übermenschliche Arbeitsvermögen Lenins ansetzte, drehte Kinnock ihr den Rücken zu. Die Dame schnurrte ab: „Lenin wachte immer mitten in der Nacht auf, erledigte Telefonate und gab Instruktionen." Kinnock zu seinem Stab: „Da hatte er wohl eine Wette laufen."

Als einer Delegation gar die seltene Ehre zuteil wurde, in das Arbeitszimmer und die Aufenthaltsräume Lenins während der ersten Revolutionsmonate einen Blick zu werfen, ließ Kinnock sich seine Verärgerung über die Vergötterung des Revolutionsgründers noch deutlicher anmerken. Die Führer zeigten auf die einfache, eiserne Bettstatt Lenins, auf Fotografien seiner revolutionären Mitstreiter (wobei Trotzki abwesend war). Kinnock zu einem britischen Fernsehkameramann: „Das nächste Mal die Krippe von Bethlehem."

Auch Denis Healey ließ es bei dem Besuch des Schreins der Oktober-Revolution an Ehrerbietung fehlen. Er zeigte im Smolny-Institut auf ein Gemälde und fragte „Sagen Sie, ist der da nicht Trotzki? Seit wann darf man seinen Namen nicht mehr nennen?" – Der arme Führer war peinlich berührt; er verstummte.

Kinnock und Healey ließen sich ihren Blick nicht trüben. Auch dadurch nicht, daß man sie wie allerhöchste Besucher verwöhnte und sie mit ihren Frauen in dem hohen Parteifunktionären vorbehaltenen Luxushotel einquartierte.

Jugendlich inszenierter Frohsinn: Szenenbild aus der neuen ZDF-Serie mit O. Korittke, B. Riedel und A. Fröhlich FOTO: RÖHNERT

Leben im Internat: „Eine Klasse für sich"

Plauderei um Probleme

Da hat also Peter M. Thouet 26 Geschichten ersonnen, die das Vorabendprogramm des ZDF zieren sollen. Streng nach klassischen Vorstellungen der Einheit von Zeit und Ort gezimmert, vereinigt die Produktion Schüler und Schülerinnen eines Internats – Laien und Schauspieler – in der stets gleichbleibenden Halle des Internatsgebäudes. Da raufen sie, da lachen sie, da bereiten sie ihr Schulfest vor – es ist ein munteres Kommen und Gehen, ein schmissiges jugendfrisches Leben. Man beginnt sofort, Spaß an den jungen Menschen zu haben, man nimmt auch mit Genugtuung zur Kenntnis, daß hier kein Durchhänger geduldet wird, daß das Handwerk dieser Filmemacher den goldenen Boden verdient: Sauber, auf Nut und Feder gefügt, läuft der Film ab.

Bis dann, nach zwei Folgen, das Bild sich verwandelt. Was als jugendliche Unbeschwertheit sich auf den Schirm gedrängt hatte, gerät mehr und mehr zu einer riskanten Leichtfertigkeit im Umgang mit Problemen; was als jugendlich inszenierter Frohsinn über die Rampe strahlte, entpuppt sich mehr und mehr und immer ärgerlicher als ein hübsches Tarnnetz, hinter dem sich ein geradezu frivoler Umgang mit den Problemen verbirgt, die den jungen Menschen in diesem Serienspiel Sorgen bereiten.

Da ist zum Beispiel ein junges Mädchen von einer sogenannten (nicht namentlich bezeichneten) Jugendsekte angeworben worden. Niemand erfährt, warum sie sich scheinbar plötzlich zu Meditationsübungen veranlaßt sieht, niemand erfährt, warum sie (genauso plötzlich) in die wohlbehütete Internats-Welt zurückkehrt. Daß da ein Problem stecken könnte, geht offenbar den Filmautoren nicht auf. Und wenn, so ist ihnen das Problem offenbar nur Gegenstand einer *kleinen* Plauderei am Rande. Ich spreche von der Redlichkeit, die hier fröhliche Defizite feiert.

Eine Klasse für sich (1) – ZDF, 18.20 Uhr

Solche Beispiele liefert die Serie genug. Auf die Leichtfertigkeit angesprochen, die das oberflächliche Verwursteln fragwürdiger Lebenserscheinungen aufzeigt, meinen die Verantwortlichen, in einer Spiellänge von 25 Minuten könne man Probleme nicht vertiefen und gewiß auch nicht lösen. Das heißt, daß die Programmhersteller voll bewußt der schreienden Unzulänglichkeit des Vorhabens waren, als sie trotz des minimalen Zeitangebots sich an so schwierige Dinge wie Alkoholismus oder Jugendsekten wagten. Da gilt keine Entschuldigung.

Die Serie heißt doppelsinnig: „Eine Klasse für sich." Wäre man nicht einer klassischen Freudschen Fehlleistung sicher, könnte man geradezu an snobistische Zynik denken. Aber wer wird schon! VALENTIN POLCUCH

KRITIK

Rettung für den Wiener Krimi

Schon lange nicht mehr dürften die Krimi-Liebhaber mit solcher Spannung auf einen Kriminalfilm gewartet haben, wie auf den **Tatort** „Der Mann mit den Rosen" (ARD) mit dem neuen Wiener Oberinspektor Hirth, gespielt von Kurt Jaggberg. Es ging darum, ob die neue Formel aus Wien den Abstieg des österreichischen Krimis aufzuhalten vermag.

Unsere Nachbarn hatten lange Zeit mit den frühen Kottan-Filmen und den frühen Streifen mit dem Tatort-Oberinspektor Marek alias Fritz Eckardt die besten deutschsprachigen Krimis produziert. Dann stach sie der Hafer – sie ließen sich gehen, und zwar auf typisch österreichische Weise: Sie haben das Gewürz des „Wiener Schmäh", das in feiner Dosis unentbehrlich ist, sackweise gestreut, so daß beide Serien in Plumpheiten und fade Witzeleien versandeten.

Nun, Jaggberg hat es, zusammen mit Regisseur und Drehbuchverfasser Kurt Junek geschafft. Die beiden haben den Wiener Krimi gerettet. „Der Mann mit den Rosen", eine Geschichte von *drei ineinandergeschlungenen Morden*, ist noch kein Meisterwerk. Aber es ist der erste wirklich gute Kriminalfilm, der seit langer Zeit aus Wien gekommen ist. Die Handlung ist spannend, die Regie und Kameraführung perfekt, schauspielerisch bleibt alles, bis in die Nebenrollen hinein, glaubhaft. Vor allem aber: der Schmäh bleibt fein dosiert. Nichts wird mehr zu Tode geritten.

Jaggberg, der als Bezirksinspektor Wirz der Gehilfe von Marek-Eckardt war, sollte sich nicht ärgern, daß Eckhardt diesen Namen nicht freigab und er sich nun als Oberinspektor Hirth nennen muß. Diesen Namen wird man sich merken, denn Jaggberg hat als Oberinspektor an menschlicher Fülle sehr gewonnen und ist wirklich ein „Kommissar".

ARMIN MOHLER

Probleme mit dem Verruchten

Am Sonntagabend boten unsere Öffenlich-Rechtlichen tatsächlich ein Kontastprogramm: Während das Erste „Tatort"-Spannung verhieß, erschütterte in den Dritten Eberhard Fechners „Majdanek-Prozeß". Und die Mainzer tischten ein Heidelinde-Weis-Special auf: **Geld oder Leben.**

Vier heitere Geschichten mit der exzellenten österreichischen Schauspielerin sollten uns ein besonderes Fernsehvergnügen bereiten – so die Ansage. Nun ja – im Fluge verging die Stunde zwar nicht, doch verplätscherte sie sich leidlich unterhaltsam in artigen Episoden. Daß deren Witz und Originalität eher dünn waren, kann man Frau Weis nicht anlasten.

Gutgelaunt und mit bemerkenswert viel Mut zur Häßlichkeit gab sie ein altjüngferliches Mädchen. Schlüpfte in die Rolle der vernachlässigten Industriellengattin, wechselte dann hinüber zur attraktiven Mutter eines unscheinbaren Teenagers.

Nur das Verruchte scheint ihr nicht so passend auf den zierlichen Leib geschneidert („Traumfrau" Gitta). Das muß Partner Robert Atzorn als verliebter Chiropraktiker auch erkannt haben – und entschied sich folglich für das normale Geschöpf unter der glamourösen Hülle.

CORNELIA REISER



Das neue, gebührenpflichtige französische Fernsehprogramm **Canal Plus** hat durch eine Gerichtsentscheidung bewirkt, daß eine Radiobastler-Zeitschrift von den Zeitungskiosken zurückgezogen wird. Die Zeitschrift erläuterte in einem Artikel, wie ein Hobby-Bastler das Programm von „Canal Plus" empfangen kann, ohne die Monatsgebühren in Höhe von umgerechnet 40 Mark zu zahlen. Gegen diesen Betrag erhalten die Abonnenten von „Canal Plus" einen Decoder, der ihnen ein einwandfreies Bild gewährt. Die Zeitschrift „Radio-Plans" hatte in einem ausführlichen Artikel verraten, wie man diesen Decoder selbst herstellen kann. SAD







ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender der ARD
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Bitte umblättern
11.10 Menschen vom Varieté
Deutscher Spielfilm (1939)
12.40 Tagebuch
12.55 Presseschau
15.00 Tagesschau

16.00 Tagesschau
16.10 Gefühls-Sachen
Wie kann ich mich bloß befreien? Keine Angst vor Aggressionen
Aggressionen gab es immer schon. Sie wurden und werden unterdrückt, ausgelebt, tabuisiert je nach den gesellschaftlichen Spielregeln, je nach Schicht- und Alterszugehörigkeit. Leonore Paurat zeigt in ihrem Film, wie Jugendliche, die über ihre häusliche oder auch ihre soziale Umgebung vorbelastet sind, mit Aggressionen umgehen in einer Gesellschaft, die ihnen wenig Chancen für ein sinnvolles Leben läßt.
16.55 Spaß am Dienstag
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Was bin ich?
Heiteres Beruferaten mit Robert Lembke
21.00 Panorama
Rechtsunsicherheit in der Parteienfinanzierung? / „Verschub" – Transport von Strafgefangenen / Alliierte Rechte in Berlin
Moderation: Peter Gatter
21.45 Dallas
Drama um Miss Ellie
Während J. R. in Clayton Farlows Vergangenheit herumschnüffelt und dabei ein lang gehütetes Geheimnis aufdeckt, gerät Miss Ellie in große Gefahr . . .
22.50 Tagesthemen
23.00 Bücherjournal
Leitung: Dieter Zilligen
Die neue Ausgabe des „Kulturwelt"-Magazins stellt heute ein neues Buch über den Gruselspezialisten Alfred Hitchcock vor, vergleicht abenteuerliche und klassische Reiseberichte, nimmt verschiedene Öko-Ratgeber unter die Lupe und zeigt ein Interview mit dem österreichischen Schriftsteller Thomas Bernhard.
0.00 Tagesschau

8.58 Heute im Parlament
Haushaltsdebatte
16.00 heute
16.04 Pinnwand
Schlagzeilen des Monats
16.20 Schüler-Express
Magazin für junge Leute
MacWürger und Co.
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Eine Klasse für sich
26teilige Fernsehserie. Geschichten aus einem Internat von Peter M. Thouet
19.00 heute
19.30 Das Geheimnis des Nikola Tesla
Jugoslawischer Spielfilm (1980)
Mit Petar Bozovic, Orson Welles u. a.
Regie: Krsto Papic
Der Film schildert entscheidende Stationen im Leben des amerikanischen Physikers kroatischer Herkunft, Nikola Tesla (1856–1953).
21.15 WISO
Zur Person: Toni Frank – Glück und Glas. Wie ein mittelständischer Unternehmer Markterfolge programmiert / Tips: Mietkaution – Ein leidiger Zankapfel / Asien: *Wachstumsmarkt der Zukunft*
Moderation: Friedhelm Ost
21.45 heute-journal
22.05 Das blaue Band
Französischer Spielfilm (1977)
Mit Brigitte Fossey, Jacques Serrez u. a.
Regie: Jean-Charles Tacchella
Weil beide ihre Unabhängigkeit lieben, kommen Mathias, ein eigenbrötlerischer Junggeselle, und Louise, eine lebenslustige Krankenschwester, prima miteinander aus. In der Abgeschiedenheit des Landlebens entwickelt sich eine glückliche Beziehung. Doch das Verhältnis zu den Einheimischen gestaltet sich nicht ganz einfach.
23.45 heute



John Pierpont Morgan (Orson Welles) wird für den Physiker Tesla zu einem wichtigen Förderer (Das Geheimnis des Nikola Tesla – ZDF, 19.30 Uhr) FOTO: KINDERMANN

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Leif Hedman aus Argentinien
20.45 Rückblende
Vor 30 Jahren gestorben: Wilhelm Furtwängler
21.00 Formel Eins
21.45 Hier zu leben ist eine Schule für sich
Zwei Afrikaner in Düsseldorf
22.15 Drei vor Mitternacht
Fressen wir uns tot?
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD
20.00 Tagesschau
20.15 Unterm Funkturm
Türkenangst und Deutschlandliebe
21.15 Task Force Police
Barlows Probleme
22.05 Ich und Du
Heute: Keine Liebe ohne Krise
23.05 Schach dem Weltmeister
23.35 Nachrichten

HESSEN
19.00 Formel Eins
19.45 Nachhilfe – sinnvoll oder nicht?
20.00 Fisch zu viert
Fernsehspiel
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Deutschland um 1500 – gesehen von Albrecht Dürer
23.00 Vor vierzig Jahren
Nippon News vom 9. November und 15. Dezember 1944

SÜDWEST
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Heute in ... Zuhaus – Gespräche über eine Sehnsucht
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Kultur-Kalender
21.00 Landesspiegel
Quo vadis, SPD?
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Der Prozeß
3. Teil: Urteile
22.45 Äthiopien
Hunger im Zeichen der Dürre
23.30 Science Report
23.45 Nachrichten

BAYERN
19.00 Der Prozeß
3. Teil: Urteile
20.30 Erdweg
20.45 Die Sprechstunde
Mit Nadeln oder Tabletten gegen Kopfschmerzen?
21.30 Rundschau
21.45 Die streitbare Eva
Porträt der Südtiroler Politikern Eva Klotz
22.50 Z. E. N.
22.55 Im Gespräch
23.20 Rundschau

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die Folge der Richtlinien

„Wo man zu faul oder zu ‚modern' ist, Orthographiefehler auch in der Biologie- oder Sozialkundearbeit anzustreichen, da färbt das auch auf den Deutschunterricht ab." Zu dieser Aussage in Ihrem Kommentar „Ja, das Schreiben ..." in der *WELT* vom 15. November möchte ich einige kurze Anmerkungen machen.

● Wer ist überhaupt „man"? Eine solche grobe Verallgemeinerung, die einerseits von der Öffentlichkeit schnell auf alle Lehrer übertragen wird, von der sich andererseits aber auch kein Lehrer persönlich angesprochen fühlt, sollte einem Journalisten Ihres Blattes nicht unterlaufen.

● Was heißt hier, „man" sei „zu faul" bzw. „zu modern", orthographische Fehler auch in anderen Fächern anzustreichen? Und was verstehen Sie genau unter „anstreichen"? Wir Lehrer sind zwar gehalten, Rechtschreibfehler in den Arbeiten zu verbessern, *allerdings dürfen sich diese, außer in* Deutsch, nicht in der Note niederschlagen. (Das gilt sogar für Überset*zungen aus der Fremdsprache ins* Deutsche!) Hauptsache ist doch, der Schüler hat das Richtige gemeint!

● Diese in meinen Augen bedauerliche Unterbewertung der deutschen Sprache in anderen Fächern färbt wohl weniger auf den Deutschunterricht ab, wie Sie es darstellen, als umgekehrt die mangelnden Deutsch*kenntnisse und die mangelnde Aus*drucksfähigkeit im Deutschen ihren Niederschlag auch in allen anderen Fächern finden.

Doch woher sollen entsprechende Fähigkeiten im Bereich der Rechtschreibung kommen, wenn z. B. die entsprechenden Grundschul-Lehrpläne diesbezüglich in den letzten Jahren auf Druck der Öffentlichkeit hin „entfrachtet" wurden? Der seit September 1982 gültige Lehrplan für das Land Bayern, das bildungspolitisch gesehen sicher weit davon entfernt ist, das Schlußlicht unter den Bundesländern darzustellen, enthält z. B. einen nach Jahrgangsstufen gegliederten Grundwortschatz von 985 (!) *Wörtern, „der die schriftlich am* häufigsten gebrauchten Wörter der deutschen Sprache umfaßt", wozu natürlich auch „ich, du, er, sie, es, und, oder, ja, nein" etc. gehören. Bei Diktaten darf im wesentlichen nur dieser Wortschatz verlangt werden, wobei weiterhin wichtig ist zu wissen, daß es sich bei Diktaten in den meisten Fällen nicht um Fremddiktate handelt, sondern um „Nachschriften", um bekannte und bereits mehrfach geübte Texte!

Ist es angesichts solcher Lehrpläne und solcher Schulpraxis nicht vielmehr erstaunlich, was unsere Schüler, Lehrlinge und Studenten letztlich doch noch im orthographischen Bereich an *Leistungen* erbringen? Vielleicht sollte „man", d. h. diejenigen, die (zu Recht) Klage führen über den *Stand der Rechtschreibung bei unse*ren Jugendlichen, eher bei den Verantwortlichen in den Ministerien den Hebel ansetzen, um Veränderungen zu bewirken, als immer nur „der Schule" die Schuld zu geben. Schließlich hat jede Gesellschaft die Schule, die sie verdient ...

Mit freundlichen Grüßen
R. Sonnabend, Oberstudienrätin
Erlangen

Höchste Zeit

Sehr geehrte Damen und Herren,

täglich liest man in den Zeitungen über die Spendenaffäre, wobei immer nur die FDP und die CDU beschuldigt werden. Ich habe noch von keinem Prozeß gelesen, der gegen Angehörige der SPD gemacht worden ist. Es wird also höchste Zeit, die Spenden an die SPD zu untersuchen, ganz gleich, ob diese von der Industrie, Gewerbe oder von den Gewerkschaften erfolgt sind. Ohne Spenden kann auch die SPD nicht existieren.

Die Beiträge an die Gewerkschaften sind steuerbegünstigt. Die Mittel, die die Gewerkschaft erhalten hat, können auch nur steuerbegünstigt ausgegeben werden. Da die Unterstützung einer Partei nach den letzten Prozessen nicht steuerbegünstigt war, so muß untersucht werden, ob Zahlungen der Gewerkschaft an die SPD nicht auch eine Steuerhinterziehung sind. Dies wäre die Aufgabe der Bonner Staatsanwaltschaft, die damit beweisen könnte, daß sie nicht parteipolitisch gebunden ist.

Mit freundlichem Gruß
E. von Wilcken,
Monheim

Neuer Warenkorb

Sehr geehrte Damen und Herren,
zu Ihrem Artikel über die Neuordnung des Kostenkorbes zur Ermittlung der Lebenshaltungskosten möchte ich folgendes bemerken: Meiner Meinung nach haben „Luxusgüter" und „Modeartikel" (Skateroller, Videorecorder) nichts in dem Korb zu suchen, da kein Mitbürger derartige Dinge zwingend benötigt. *Außerdem* verfälschen diverse Artikel den Index nach unten, da sie in den letzten Jah*ren vielfach billiger wurden.*

Im Index sollten nur zwingend erforderliche Güter und Kosten, um die keiner herumkommt, enthalten sein, z. B. Grundnahrungsmittel, Mieten, Strompreise, Wassergeld, Fahrkarten, Versicherungen, Behörden- und Bankgebühren, Post-Leistungen, Kleidung, eventuell noch bestimmte Getränke, Benzin, Kreditzinsen.

Da viele Institutionen und Firmen in den letzten Jahren bei den vorstehenden Produkten teilweise kräftig *zugelangt haben*, Behörden teilweise über 100 Prozent, kämen bei einem so ermittelten Index erstaunliche Preissteigerungen heraus.

Wie wäre es z. B. als Gegenstück mit einem monatlichen Preisindex der WELT in Ihrem Wirtschaftsteil, auf obiger Basis ermittelt?

B. Meyer,
Schwarzenbek

Wort des Tages

„Leben wie Religion gehen aus einem Wechsel zwischen dem Ewigen und dem Vergänglichen hervor. Wir brauchen etwas Standfestes, ein Element der Sicherheit. Es muß für uns etwas da sein, das wir empfangen und geben können – etwas, das zu gleicher Zeit begrenzt und unerschöpflich ist."

Paul Claudel; franz. Autor und Diplomat (1868–1955)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Sensibel wie ein Bagger

Sehr geehrte Herren,
unter der Überschrift „Wie konnten *Christen Killer in Hitlers Armee* sein?" hat die WELT eine Debatte der Synode der EKD beschrieben. Als deren *Mitglied bin ich – wieder einmal –* betroffen.

Der Berliner Synodale und Friedensforscher Prof. Th. Ebert hat mit der obigen Fragestellung den Soldaten des letzten Krieges den Vorwurf der Anpassung gemacht und hiermit nicht nur die Frage nach der Anpassung in heutiger Zeit verbunden, sondern auch die „operative Umsetzung" von Bekenntnissen in Taten gefordert; alles, wie ich meine, ein klassisches Beispiel für politische Agitation in der Kirche.

Mit freundlichen Grüßen
B. von Vietsch,
Seeheim-Jugenheim

*

Sehr geehrte Damen und Herren,
als Killer (Infanterie) des letzten Weltkrieges und als gläubiger Christ bin ich gewohnt, daß mich Jungtheologen mit der Sensibilität von Räumbaggern hinterfragen. Sie können sich dabei auf ihren (kirchlich bescheinigten) „Betroffenheitsvorsprung" berufen. Aber wer darauf entgegnet, etwa mit einem privaten Alibi, der geht unter sein Niveau: So wahr wir *alle* uns vor *Gott* verantworten müssen – diese sind unsere Richter nicht!

Wenn der Bruder Theodor Ebert (Jahrgang 1937) über die „operative Umsetzung von Bekenntnissen in Taten" meditieren möchte, die er bei uns Killern so vermißt, so bietet sich – „aktuell auf unsere Zeit übertragen" – die jährliche Ausrottung einer mittleren Großstadt auf dem Wege der Abtreibung an, damit er daran Anstoß nehme.

Geht es um innere Wahrhaftigkeit als Richtschnur christlichen Handelns, so war Bruder Ebert ja schon Zeitgenosse der Celler Theologenkonferenz und ihrer Verlautbarungen:

„Wir kämpfen nur darum, mit Hilfe des kirchlichen Machtapparats mitwirken zu können an der Zerschlagung des Kapitalismus ... Wir werden daher jeder für sich versuchen, in die Kirche einzusickern. Wir werden die Kirchenleitungen belügen, so wie sie das Kirchenvolk belügen. In Zukunft wird man nie wissen, ob nicht im schwarzen Rock ein Roter steckt – ein Wolf im Schafspelz. Wir wollen die Kirche nicht reformieren, sondern revolutionieren. Wir sind linke Theologen, die sich zusammenschließen, um in der Kirche Raum zu schaffen für ihre revolutionär politische Tätigkeit. Sozialisten aller Landeskirchen, vereinigt Euch!"

Ich weiß, Bruder Ebert, in der EKD gilt so was als „heilsame Unruhe". *Man kann es aber auch als abgrün*dige Verlogenheit betrachten, daß Kirchenmänner diesen Etikettenschwindel treiben und sich dennoch Kritik an anderen anmaßen.

Daß der deutsche Soldat ein Killer bzw. Mörder war, hält ihm die eigene Kirche seit Jahrzehnten vor – es bleibt sich ziemlich gleich, ob Theodor Ebert sich dafür entschuldigt oder nicht. Kritische Theologie und Psychoanalyse haben gemeinsam, daß sie mit dem Kunstgriff des Hinterfragens aus jeder menschlichen Tugend eine Infamie machen können.

Aber vielleicht hört man auf die Stimme eines Außenstehenden wie Arthur Koestler:

Wer je in einer Armee gedient hat, kann bezeugen, daß gegen den Feind gerichtete Aggressionsgefühle im trostlosen Einerlei des Krieges kaum eine Rolle spielen. Soldaten hassen nicht ... Entweder sie kämpfen aus Resignation, weil sie keine andere Wahl haben, oder mit Begeisterung für König und Vaterland, die wahre Religion, die gerechte Sache – nicht von Haß, sondern von Loyalität getrieben ... Die Tragödie des Menschen liegt nicht im Übermaß an Aggression, sondern *im Übermaß an* Hingabebereitschaft.

Als Synodaler mag Ebert diese Hingabebereitschaft aus Loyalität verurteilen – Koestler war immerhin kein Christ, sondern Jude – er darf *sich damit trösten*, daß dieses Laster im Raum der EKD im Schwinden begriffen ist.

Die Kirchenaustritte beweisen es.

Dr. Johannes Hufschmidt,
Jahrgang 1918
Solingen 1

*

Sehr geehrte Herren,
wie kann ein Staat, der eine derartige Diskriminierung gefallener und lebender ehemaliger Soldaten straflos zuläßt, ohne sich öffentlich von einer derartigen Äußerung zu distanzieren, erwarten, daß sich überhaupt noch jemand bereitfindet, in der Zukunft mit der Waffe in der Hand sein Vaterland zu verteidigen.

Hochachtungsvoll
Dr. D. Moojer,
Hamburg 1

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion.

Personalien

EHRUNGEN

Der Theologe Professor **Helmut Thielicke** ist in der Hamburger Hermann-Ehlers-Akademie mit dem diesjährigen Hermann-Ehlers-Preis ausgezeichnet worden. Mit dieser Auszeichnung soll die „beherzte wie überzeugende Verteidigung" der christlichen Grundordnung durch das literarische und wissenschaftliche Werk des 75jährigen geehrt werden. Wie Stiftungsvorsitzender **Kai-Uwe von Hassel** zur Begründung für die Preisverleihung schreibt, habe Thielicke nicht zuletzt in seinen Predigten in der Hamburger Hauptkirche St. Michaelis mit „Sachkompetenz und Leidenschaft" zu Fragen der persönlichen Lebensführung und des Zusammenlebens Stellung bezogen. Ohne Rücksicht auf seine eigene Person habe sich der Theologe dem nationalsozialistischen Regime widersetzt. Nicht geringer sei sein Einsatz gegen den heutigen Mißbrauch des christlichen Glaubens. Wie der frühere Bundestagspräsident weiter schreibt, habe Thielicke mit seiner theologischen Arbeit starken Einfluß auf die evangelische Kirche gewonnen, wobei die Auslegung der Heiligen Schrift das Zentrum der Arbeit bedeutet habe.

*

Der peruanische Botschafter in Bonn, **Enrique Fernandez de Baredes**, hat im Auftrag des Staatspräsidenten seines Landes, **Fernando Belaunde Terry**, den langjährigen *Vorsitzenden der Geschäftsführung* der Düsseldorfer Messegesellschaft Nowea, **Kurt Schoop**, mit dem Rang eines „Commendador" des Peruanischen Verdienstordens „al marito por servicios destinguidos" ausgezeichnet. Mit der Verleihung wurden die Hilfe Schoops, heute Mitglied des Aufsichtsrates der Nowea, beim Aufbau des peruanischen Messewesens sowie seine Verdienste für den Ausbau der deutsch-peruanischen Wirtschaftsbeziehungen gewürdigt.

GEBURTSTAG

Hans Walter Wild, seit 1958 Oberbürgermeister der Festspielstadt Bayreuth, wird am Dienstag, 27. November, 65 Jahre alt. Der gebürtige Würzburger kam 1953 nach seinem zweiten juristischen Staatsexamen zur Stadt Bayreuth. 1956 wurde er unter Oberbürgermeister **Hans Rollwagen** zum Rechtsrat, Finanz- und Polizeireferenten ernannt. Nach seiner Wahl zum berufsmäßigen Oberbürgermeister behielt er das Amt des Stadtkämmerers bis heute bei. Die fünfte und letzte Amtsperiode des SPD-Mitglieds endet am 30. April 1988. Der Jubilar gehörte von 1962 bis 1982 dem Bezirkstag von Oberfranken an. Als einer der dienstältesten Oberbürgermeister Bayerns ist Wild seit 1958 auch im Vorstand des Bayerischen Städteverbandes aktiv.

VERANSTALTUNG

Die im April gegründete Deutsch-Zimbabwische Gesellschaft mit Sitz in Bonn hat ihre erste öffentliche Veranstaltung in Bremen ausgerichtet; ihre Ehrenpräsidentin ist **Annemarie Renger**, Vizepräsidentin des Bundestages. Der Minister für Finanzen und Wirtschaftsplanung des südafrikanischen Staates – vormals Rhodesien – *Dr.* **Bernhard Chidzero**, *schilderte* vor rund 40 Gästen aus Kreisen der Wirtschaft, Banken und Kaufmannschaft die katastrophale wirtschaftliche Lage seines jungen Staates. Chidzero: „Trotz aller Anstrengungen wuchs unsere Wirtschaft nicht – ein Alptraum." Schwer zu schaffen machte insbesonders eine Dürrezeit von drei Jahren. Allein die notwendige Getreideeinfuhr führte zu einer Devisenbelastung von über 250 Millionen US-Dollar. Das Präsidiumsmitglied der Deutsch-Zimbabwischen Gesellschaft und Gastgeber, der Bremer Außenhandelskaufmann **Martin Stürcken**, sagte: „Das Ziel unserer Gesellschaft liegt in der Erweiterung der Basis für eine Zusammenarbeit in allen Bereichen zwischen unseren Ländern und Völkern. Daß bisher nur ein relativ geringes *Investitionsvolumen aus* der Bundesrepublik zu verzeichnen ist, sollte nicht als negatives Zei*chen gewertet werden. Langfristige* Engagements im Ausland brauchen Zeit." Präsident **Wolfgang Beitz**, Generalsekretär der Otto-Bennikke-Stiftung, berichtete über die ersten Erfolge der neuen Gesellschaft: Mit ihrer Hilfe wurden 100 arbeitslose deutsche Lehrer nach Zimbabwe vermittelt. Die ersten 27 von ihnen reisen schon Ende dieses Jahres.

FUSSBALL / Noch Fragezeichen hinter Magath

Rummenigge fühlt sich keineswegs als Rächer

sid, Hamburg

Schon seit der Auslosung fiebern die Fans dem UEFA-Pokalspiel zwischen dem Hamburger SV und Inter Mailand (ab 19.55 Uhr live im ZDF) entgegen. Manager Günter Netzer hätte für die morgige Begegnung im ausverkauften Volksparkstadion leicht 100 000 Karten absetzen können. Nachfragen gab es aus ganz Europa.

Sorgte der italienische Traditionsklub bereits für großes Interesse, so wurde die Begegnung durch das Mitwirken von Karl-Heinz Rummenigge nochmals aufgewertet. Und ausgerechnet der frühere Münchner soll eine italienische Fußball-Schmach tilgen.

Der zu Saisonbeginn für zehn Millionen Mark nach Mailand gewechselte Deutsche soll Juventus Turin rächen. Die Italiener erwarten von ihm, daß er die 0:1-Niederlage im Europapokalfinale von 1983 in Athen gegen den Hamburger SV ausmerzt.

Gleich nach der Auslosung hatte Juventus-Boß Gianni Agnelli seinen Kollegen von Inter Mailand, Ernesto Pellegrini, angerufen und gefordert: „Jetzt muß euer Deutscher uns gegen den Hamburger SV rächen." Doch Rummenigge will von dieser Rolle nichts wissen. „Ich werde mich wie immer voll und ganz für Inter einsetzen, aber ich fühle mich keineswegs als Rächer", erklärte er.

Rummenigge weiß, daß die Hamburger in Italien einen guten Ruf genießen: „Nach dem Erfolg von Athen ist der HSV hier eine berühmte Mannschaft." Und auch das, was die Mailänder vom HSV in dieser Saison gesehen haben, verlangt ihnen Respekt ab. Nach dem Betrachten einer Video-Aufzeichnung des Hamburger Bundesligaspiels gegen den 1. FC Köln (3:1) gab Rummenigge die einhellige Meinung seiner Kameraden wieder: „Die Hamburger sind gerade zur rechten Zeit stark geworden." Die Bemerkung fiel allerdings noch vor der 2:4-Niederlage der Hamburger im Düsseldorfer Rheinstadion.

Daß ihn die 61 000 Zuschauer im Volksparkstadion als Fahnenflüchtigen auspfeifen könnten, glaubt der ehemalige Bayern-Star nicht. „Ich habe eigentlich nie Probleme mit dem Hamburger Publikum gehabt. Das Verhältnis zwischen München und Hamburg ist ja auch in der Bundesliga gut", zeigt sich Rummenigge zuversichtlich.

Auf den Ausgang des Spiels abgesprochen, das von dem Schweizer Andre Daina geleitet wird, sagte Mailands Neuerwerbung: „Ideal wäre für das Rückspiel ein Unentschieden, allerdings kein torloses. 1:1 oder 2:2 sollte es schon sein. Eventuell auch ein knappe Niederlage, denn im eigenen San-Siro-Stadion ist Inter kaum zu schlagen."

Hamburgs Trainer Ernst Happel sieht die Situation genau umgekehrt. „Das wird kein Honiglecken. Das Hinspiel wird für uns viel schwerer als die zweite Partie in Mailand", prophezeit er. Während Inter Mailand bis auf seinen Stammtorwart Walter Zenga, der heute am Meniskus operiert wird, in Bestbesetzung antreten kann, ist bei den Hamburgern der Einsatz von Felix Magath wegen einer Muskelverhärtung im Oberschenkel immer noch nicht sicher. „Wenn er am Mittwoch spielen kann, dann wäre das wie ein Weihnachtsgeschenk für mich", äußerte sich Masseur Hermann Rieger skeptisch. Happel dagegen hofft: „Wir haben ja noch ein bißchen Zeit."

Die Sorgen der Hamburger um ihren Mittelfeldregisseur sind verständlich. Als Magath zum letzten Mal in einem Europapokalspiel fehlte, erlebte der HSV am 26. November 1980 gegen AS St. Etienne mit einem 0:5 seine größte Pleite.

Ganz andere Erinnerungen hat dagegen Günter Netzer. Der Manager träumt von einer späten Revanche für das Büchsenwurf-Drama von 1971, als er mit Borussia Mönchengladbach durch die schauspielerische Glanzleistung Boninsegnas um das 7:1 („Das größte Gladbacher Spiel aller Zeiten") gebracht wurde. In der Wiederholung schieden die Borussen damals aus (2:4, 0:0).

Durch das starke Inetresse an dem Hamburg-Spiel wird fast vergessen, daß mit dem 1. FC Köln noch ein zweiter Bundesligaklub im UEFA-Pokal vertreten ist. Das Spiel der Kölner in Tiflis gegen Spartak Moskau (ab 17 Uhr live im ZDF) wird von dem Schweden Frederiksson gepfiffen.

STAND PUNKT / Zynismus

„Olympia braucht keine Profi-Sportler." Der englische Weltrekord-Läufer Sebastian Coe hat dies gesagt. Das ist ebenso erstaunlich wie peinlich. Denn kein anderer hat die Kommerzialisierung in der Amateursportart Leichtathletik so vehement vorangetrieben wie er.

Sebastian Coe war es doch, der schon 1981 für ein Salär von rund 70 000 Mark in Brüssel zum Meilen-Weltrekord antrat. Er war es doch, der zusammen mit seinem Vater Peter und der amerikanischen Werbeagentur McCormack die Vermarktung seiner Fernduelle mit seinem englischen Landsmann Steve Ovett via amerikanisches Fernsehen in schwindelerregende Gagenhöhen trieb. Er war es doch, der die Veranstalter der großen Sportfeste finanziell entlastete, weil er die Geldgeber für seine Rennen gleich mitbrachte. Er war es doch, der Werbeverträge von atemberaubender Höhe abschloß, um immer nur lächelnd im englischen Fernsehen aufzutreten. Er war es doch, der den englischen Leichtathletik-Verband veranlaßte, ihm ein stattliches Salär dafür zu garantieren, damit er auch hin und wieder mal zur Ehre Großbritanniens im Nationaltrikot antrete.

Kein Leichtathlet war bei der Nutzung seiner Geschäfte bisher so gewitzt wie Coe. Da gab es zum Beispiel die raffinierte Variante, daß der Amateur Sebastian Coe nichts verdiente, sein Vater aber kassierte.

Nun sagt jener smarte Geschäftsmann: „Olympia braucht keine Profi-Sportler." Gehen wir mal davon aus, daß Coe dieses im vollen Bewußtsein der Lage gesagt hat und nicht, weil er vielleicht mal ein paar Runden schon zu viel gelaufen ist, dann ist dies der blanke Zynismus, eine Heuchelei, die sich in ebensolch schwindelerregenden Höhen bewegt wie seine Gagen.

K. Bl.

OLYMPIA

Willi Daume warnt vor Fernsehen

dpa, Lausanne

Vor der ökonomischen Abhängigkeit als einer „tödlichen Gefahr" für die olympische Bewegung hat Willi Daume in Lausanne gewarnt. In einer Rede beim Symposium „Medien, Sport und Olympismus" (SISMO 84) sprach der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) für Deutschland über „Zukunftsperspektiven von geradezu Orwellschen Dimensionen".

In seinem Resümee zum Abschluß des viertägigen Treffens erklärte der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Juan Antonio Samaranch: „Die olympische Bewegung benötigt Geld. Geld ist wichtig." Es gebe jedoch eine Grenze, die nicht überschritten werden dürfe: „Der Sport muß gemanagt werden durch Sportmanager und nicht durch Manager der Wirtschaft oder der Kommerzialisierung."

In Anspielung auf die Forderung des amerikanischen kommerziellen Fernsehens auf Verschiebungen im Programm der Olympischen Spiele 1988 in Seoul sagte Daume: „Und wie wird diese Entwicklung weiter eskalieren? Hat das Fernsehen zunächst einmal eine solche Machtposition aufgebaut, wird es möglicherweise weitere Forderungen geben, z. B. in der Begrenzung der Sportarten für Olympische Spiele, also nur die sehr telegenen Disziplinen wären erwünscht."

Wenn der olympische Sport nach der politischen auch noch in eine solche ökonomische Abhängigkeit gerate, „braucht man nicht mehr viel Phantasie, um das Ende der Olympischen Spiele vorauszusagen". Samaranch erklärte, daß neben dem internationalen Leichtathletikverband auch die Schwimmer und Turner in Seoul beim traditionellen Zeitplan bleiben wollen. Georges Croses, Vize-Präsident von ABC, hat die Kritik Daumes „eine Verteufelung" genannt.

TENNIS

Schropp überraschte angenehm

sid, Melbourne

Einen gelungenen Auftakt erlebten die deutschen Teilnehmer bei den 73. Internationalen Offenen Tennismeisterschaften von Australien. Mit Myriam Schropp, Steffi Graf, Hans-Dieter Beutel, Boris Becker und Andreas Maurer erreichten gleich fünf Spieler in Melbourne die zweite Runde.

Die erfreulichste Leistung bot dabei die 18 Jahre alte Myriam Schropp. Die Heidelbergerin, Nummer 70 der Weltrangliste, besiegte die Französin Catherine Tanvier, die 43 Plätze über ihr eingestuft ist, mit 6:4, 7:5.

„Eine Chance rechnet man sich immer aus, aber an einen so glatten Sieg hätte ich vorher nicht zu denken gewagt", erklärte Myriam Schropp nach dem Spiel. Vor der nächsten Begegnung, wo sie auf die Amerikanerin Chris Evert-Lloyd trifft, bleibt sie allerdings realistisch. „Gegen Chris wird wohl niemand von mir eine Sensation erwarten, da kann ich ganz locker aufspielen", sagt sie selbstbewußt.

Einen klaren Sieg verbuchte auch die 15 Jahre alte Steffi Graf (Heidelberg). Die Siegerin des Demonstrations-Turniers bei den Olympischen Spielen in Los Angeles bezwang die Amerikanerin Sandy Collins sicher mit 6:2, 6:4. Als erste der deutschen Damen ist dagegen die Augsburgerin Petra Keppeler ausgeschieden. Sie unterlag der Linkshänderin Iva Budarova aus der CSSR mit 2:6 und 1:6.

Von den deutschen Herren schied neben dem Stuttgarter Damir Keretic, der gegen den Briten Stephen Shaw mit 3:6, 5:7, 4:6 verlor, auch Eric Jelen in der ersten Runde aus. Der Neusser unterlag dem früheren deutschen Meister Hans-Dieter Beutel (Hannover) mit 6:4, 6:7, 4:6, 2:6.

Ohne Mühe setzte sich Boris Bekker (Leimen) mit 6:3, 6:1, 6:3 gegen Rick Meyer (USA) durch, und auch Andreas Maurer war bei seinem Sieg über den Südafrikaner Carl Limberger (6:2, 6:3, 3:6, 6:3) nie gefährdet.

SCHACH / Große Pleite des deutschen Teams

Stärkere nicht dabei: Großmeister vergrault

LUDEK PACHMAN, Bonn

Die bisherigen Resultate der deutschen Mannschaft bei der Schach-Olympiade in Saloniki können kaum Begeisterung erwecken. Nach dem blamablen 23.–30. Platz in Malta 1980 und dem 15. Rang in Luzern 1982, wird es wohl auch diesmal kein Endresultat geben, das dem einstigen hervorragenden Ruf des deutschen Schachsports gerecht würde. Nach dem 2:2 gegen Indien rangiert das deutsche Team auf Platz 25.

Gründe? Die deutsche Mannschaft tritt in Saloniki ohne zwei Großmeister an, die in der Vergangenheit stets zu ihren unentbehrlichen Stützen gehörten und deren Leistungen auch heute noch höher einzustufen sind, als die von mindestens vier Mitgliedern der aktuellen Mannschaft.

Lothar Schmid wollte in Griechenland mitspielen, wurde jedoch aus der Mannschaft herausmanövriert. Zwei Mitglieder der Nationalmannschaft wollten nämlich auf ihre Teilnahme verzichten, falls Schmid aufgestellt worden wäre. Schmid hat danach seine Anmeldung zurückgezogen, doch einer seiner beiden Kritiker – Helmut Pfleger – ist jetzt in Saloniki nicht als Spieler, sondern nur als Reporter dabei.

Falls nun der Deutsche Schachbund die Nichtnominierung von Lothar Schmid als „Mißverständnis" bezeichnen sollte, ist dies keine Erklärung, sondern eher ein Geständnis, weil man es nicht wagt, mit voller Autorität von den Spielern die notwendige Disziplin zu verlangen.

Wolfgang Unzicker, der zweite in Saloniki fehlende Großmeister, hat sich gegen seine Teilnahme entschieden, wobei seine Erfahrungen aus Luzern die wichtigste Rolle gespielt hatten. Auch er kann sich mit Recht über ein unkollegiales Benehmen seiner Kollegen – vor allem des jüngsten Mitglieds der Mannschaft aus dem Jahre 1982, Eric Lobron – beschweren. Wenn ein sonst so hervorragender Spieler ein einziges Mal in der Mannschaft ein Formtief erlebt, darf es doch kein Grund dafür sein, seine Qualitäten sofort völlig in Frage zu stellen.

Unzicker und Schmid habe ich selber in vielen Kämpfen – auch in Mannschaftskämpfen – als recht unangenehme Gegner erlebt. Sie spielten in der deutschen Mannschaft immer mit einem größeren Einsatz als in Einzelturnieren. Das Interesse für die Mannschaft und der gute Ruf ihres Landes haben für sie immer sehr viel bedeutet. Beide haben zweifellos große Verdienste am Aufschwung des deutschen Schachspiels. Wenn manche Spieler jetzt versuchen, in der Mannschaft so etwas wie Generationskonflikte aufzubauen, sollten man etwas mehr Aufmerksamkeit auch den moralischen Qualitäten der Mannschaftsmitglieder widmen. Denn es ist keine neue Feststellung, daß neben der Spielstärke auch diese Qualitäten in Mannschaftswettbewerben eine äußerst wichtige Rolle spielen.

In der deutschen Mannschaft befinden sich auch zwei Spieler, die sich in Deutschland nicht einbürgern lassen wollen: Der Amerikaner Lobron und der Österreicher Kindermann. Ist dies tatsächlich ein annehmbares Verhältnis eines Repräsentanten zu jenem Land, das er vertritt – von einer Verletzung der im Weltschachbund geltenden Bestimmungen ganz zu schweigen?

Die Mißerfolge der deutschen Mannschaft haben natürlich noch andere, tiefere Ursachen. Es gibt keine systematische Vorbereitung der Mannschaft und so gut wie keine systematische Arbeit mit leistungsstarken Spielern. Außerdem: In den deutschen Vereinen ist die durchschnittliche Spielstärke nach der Sowjetunion die höchste in der Welt. Es gibt hierzulande auch viele hochtalentierte junge Spieler, die jedoch in ihrer Entwicklung völlig unzureichend gefördert werden. Nirgendwo in der Welt wird so viel Geld von den größten Schachvereinen ausgegeben, trotzdem bildet der deutsche Schachsport im Vergleich zu vielen westlichen Ländern in der Förderung eher das Schlußlicht. Großbritannien gibt im Bereich des Schachspiels kaum die Hälfte der deutschen Mittel aus, hat jedoch durch gezielte Förderung der eigenen Spieler bereits die Führung im Westen übernommen. Und hierzulande? Da werden Gastspieler in der ganzen Welt für die Schach-Bundesliga eingekauft.

HANDBALL

Essen legte Protest ein

sid/dpa, Essen

Der deutsche Vizemeister TUSEM Essen kündigte beim Internationalen Handball-Verband (IHF) gegen die 17:23-Niederlage bei Proleter Zrenjanin im Achtelfinale des IHF-Pokals Protest an. Nach dem 21:16-Sieg im Hinspiel waren die Essener durch diese Niederlage aus dem Wettbewerb ausgeschieden.

Der Bundesligaklub wirft den beiden ungarischen Schiedsrichtern Szendrey und Szomhely vor, das Spiel in der mit 4000 Zuschauern ausverkauften Halle zwölf Sekunden zu früh abgepfiffen zu haben. Dadurch konnte der Treffer von Frank Gersch zum 18:23 – die Essener wären damit im Viertelfinale gewesen – nicht anerkannt werden. Die Essener fordern nun ein Wiederholungsspiel auf neutralem Boden.

Gegen Ende des Spiels verloren die bis dahin souverän leitenden Schiedsrichter vor den Augen des rumänischen IHF-Ratsmitgliedes Ioan Kunst-Ghermanescu, der als offizieller Beobachter erschienen war, ihre klare Linie. Durch die umstrittene Entscheidung der beiden Ungarn gerieten Spieler und Betreuer beider Mannschaften sowie Zuschauer nach dem Schlußpfiff tätlich aneinander.

Ebenfalls ausgeschieden sind die Reinickendorfer Füchse. Im Wettbewerb der Pokalsieger unterlagen die Berliner im Achtelfinale nach dem knappen 23:22-Hinspielerfolg beim Schweizer Vertreter Otmar St. Gallen mit 14:17.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

Zweite Liga: Solingen – Duisburg 1:1 (0:1), Wattenscheid – Köln 4:1 (2:1), Oberhausen – Saarbrücken 2:1 (0:1).

VOLLEYBALL

Bundesliga, Männer, 10. Spieltag: Paderborn – Berlin 3:1, München – Passau 3:2, Fort. Bonn – Friedrichshafen 3:2, Gießen – Leverkusen 3:2, vorgezogenes Spiel: Hamburg – Friedrichshafen 3:0. – **Damen:** Stuttgart – Münster 0:3, Lohhof – Oythe 1:3, Augsburg – Langenhorn 3:0, Schwerte – Feuerbach 0:3, Vilsbiburg – Rüsselsheim 2:3, Vilsbiburg – Münster 1:3.

RADSPORT

Sechstagerennen in Gent, Endstand: 1. Frank/Oersted (Dänemark) 353 Punkte, 2. Tourne/de Wilde (Belgien) 332, 3. Clark/Doyle (Australien/England) 326.

EISHOCKEY

Bundesliga, 18. Spieltag: Schwenningen – Düsseldorf 3:2, Rießersee – Mannheim 1:6, Köln – Kaufbeuren 8:6, Landshut – Rosenheim 2:7, Iserlohn – Essen-West 3:4. – Tabelle: 1. Rosenheim 99:48 Tore/28:8 Punkte, 2. Köln 95:56/25:11, 3. Mannheim 101:65/23:13, 4. Landshut 80:73/22:14, 5. Schwenningen 65:71/21:15, 6. Kaufbeuren 86:76/19:17, 7. Düsseldorf 72:70/16:20, 8. Iserlohn 72:80/14:22, 9. Rießersee 56:91/10:26, 10. Essen-West 45:141/2:34.

SCHACH

Olympiade in Saloniki, 7. Runde, Herren: Deutschland – Indien 2:2 (Kindermann – Thipsay 1:0, Hecht – Ravi Sekhar 1:0, Ostermeier – Anand 0:1, Lau – Mithrakauth 0:1). – **Damen:** Deutschland – Schottland 3:0 (Hund – Milligan 1:0, Fischdick – Coull 1:0, Voklarova – McLure 1:0).

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 13, 26, 36, 40, 41, 43, Zusatzspiel: 31. – **Rennquintett:** Rennen A: 7, 12, 15. – Rennen B: 28, 29, 26. (Ohne Gewähr).

SPORT-NACHRICHTEN

Pokalspiel vorverlegt

München (dpa) – Das DFB-Pokalspiel zwischen Titelverteidiger FC Bayern München und Waldhof Mannheim, das für den 22. Dezember vorgesehen war, wird bereits am 4. Dezember (20 Uhr) im Münchner Olympiastadion ausgetragen. Am 22. Dezember findet das letzte Bundesligaspiel des Jahres zwischen Waldhof Mannheim und dem 1. FC Köln statt.

Heute Bundesliga

Düsseldorf (sid) – Um den Anschluß an Tabellenführer Bayern München geht es heute im Nachholspiel der Bundesliga zwischen Bayer Uerdingen und dem 1. FC Kaiserslautern. Das Spiel beginnt um 20.00 Uhr.

Rote Karten

Düsseldorf (sid) – Durch zwei rote Karten am 17. Spieltag der Zweiten Fußball-Bundesliga erhöhte sich die Zahl der Platzverweise in dieser Saison auf 17. Am vergangegen Wochenende wurden Flad (BW Berlin) und Philipowski St. Pauli) vom Platz gestellt.

Tötsch Slalomsieger

Sansicario (dpa) – Der Italiener Oswald Tötsch gewann überraschend in Sansicario bei den World Series den ersten Spezialslalom der Weltmeisterschafts-Saison 1984/85. Der Italiener siegte vor dem Jugoslawen Bojan Krizaj und dem Bulgaren Petar Popangeloff.

Washington schließt ein Moratorium aus

AFP, Washington

Die Möglichkeit eines Moratoriums für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa hat der Sicherheitsberater von US-Präsident Ronald Reagan, Robert McFarlane, ausgeschlossen. Damit wies er Spekulationen zurück, wonach sich die USA nach der Ankündigung des Treffens der Außenminister Shultz und Gromyko Anfang Januar in Genf zu verschiedenen Konzessionen an die Sowjetunion bereit erklärt haben sollen. McFarlane stellte klar: Ein solches Nachrüstungsmoratorium wäre „nicht zufriedenstellend und keine Lösung". Nach seiner Auffassung verfügen die Sowjets bei den Mittelstreckenwaffen gegenwärtig noch über einen Vorsprung im Verhältnis von 10:1. Die USA seien um Ausgeglichenheit bemüht. Um dies zu erreichen, gebe es mehrere Möglichkeiten. Washington werde sich flexibel zeigen, und wenn die Sowjets ebenfalls guten Willen bekundeten, bestünden gute Hoffnungen für einen Fortschritt. Nach den Angaben des Sicherheitsberaters hat der bisherige amerikanische Delegationsleiter bei den Genfer Mittelstreckenverhandlungen, Paul Nitze, gute Aussichten, als Sonderberater von Außenminister Shultz bei den Verhandlungen ernannt zu werden. Allerdings seien noch andere Politiker im Gespräch.

Sinowatz sprach in Moskau mit Tichonow

dpa/AP, Moskau

Der österreichische Bundeskanzler Fred Sinowatz und Außenminister Leopold Gratz sind gestern zu zweitägigen politischen Gesprächen aus Weißrußland in Moskau eingetroffen. Am Flughafen wurden sie von Ministerpräsident Nikolai Tichonow und Außenminister Andrej Gromyko begrüßt. Nach Gesprächen mit Tichonow, bei denen es nach österreichischen Angaben auch um die neutrale Stellung des Landes in der gespannten internationalen Lage geht, wird Sinowatz möglicherweise vor dem Rückflug auch von Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko empfangen. Am Wochenende hatte Sinowatz in der weißrussischen Stadt Schlopin ein von „Voest Alpine" errichtetes Kompaktstahlwerk eröffnet.

Dem Osteuropa-Korrespondenten der WELT mit Sitz in Wien, Carl Gustaf Ströhm, der Sinowatz auf seiner Moskau-Reise begleiten wollte, ist die Einreise in die UdSSR verweigert worden. Die österreichische Presse-Agentur APA, die über den Vorgang berichtete, machte keine Angaben über die Begründung durch die sowjetischen Behörden. Als einer der Gründe für die Absage des Polen-Besuches von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher war die Weigerung Warschaus genannt worden, Ströhm die Einreise zu gestatten.

Rumänische KP: Kampfkraft verbessern

AP, Bukarest

Der in der vergangenen Woche zu Ende gegangene Parteitag der Kommunistischen Partei Rumäniens hat das Zentralkomitee aufgefordert, für die Verbesserung der Ausrüstung und Ausbildung der Streitkräfte Sorge zu tragen. Die Empfehlung ist in einer Entschließung enthalten, die gestern von der rumänischen Nachrichtenagentur Agerpres veröffentlicht wurde.

Angesichts der komplizierten internationalen Lage beauftragte der Parteitag das ZK, sich der Fortentwicklung der Streitkräfte, einer Verbesserung der Kampfkraft und der politischen Ausbildung zu widmen. Die Streitkräfte müßten mit der notwendigen Gefechtsausrüstung ausgestattet werden, damit sie ihre Aufgabe erfüllen könnten, die „revolutionären Errungenschaften, die Unabhängigkeit und Souveränität des Landes" unter allen Umständen zu verteidigen, hieß es in der Resolution.

Die rumänische Regierung hatte vor zwei Jahren ungeachtet sowjetischer Forderungen nach Ausbau der Verteidigung die Steigerung ihrer Militärausgaben bis zum Jahr 1985 bei 3,3 Prozent – so die offiziellen Angaben – eingefroren. Eine direkte Forderung nach Erhöhung des Verteidigungshaushaltes enthielt die Parteitagsresolution nicht.

IG Bergbau: Aus unserer Kasse keine Spenden an Parteien

Gewerkschaftstag in Dortmund mit Appellen an Bundeskanzler Kohl eröffnet

GÜNTHER BADING, Dortmund

Mit einem Bekenntnis zur Verantwortung der Gewerkschafter für den Erhalt des demokratischen Staatswesens hat der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, Adolf Schmidt, gestern in Dortmund den 13. Gewerkschaftskongreß seiner Organisation eröffnet. Unter Hinweis auf die Diskussion um die Parteispenden sagte Schmidt, der in den Wahlen am Mittwoch ein letztes Mal kandidieren wird, aber schon im kommenden Jahr aus Altersgründen ausscheiden möchte: „Wir haben zu sehen, daß als Folge von Fehlverhalten einzelner sich Mißtrauen gegen unseren Staat, gegen seine Organe und gegen die Parteien, die ihn tragen, dort breit macht, wo Zutrauen hingehört."

Seine Gewerkschaft habe nie Spenden an politische Parteien geleistet, sie werde auch nie welche leisten. Zwar sei man sich der Bedeutung und der „Unverzichtbarkeit" von Spenden bewußt. Aber: „So wichtig Geld auch sein kann, die wichtigere Aufgabe bleibt noch immer, mit Wahrheit, Klarheit, Wahrhaftigkeit und Vorbildlichkeit um die Zuneigung und Hinwendung der Bürger zu ihrem, unserem Staat, seinen Trägern und Repräsentanten zu werben."

Schmidt fügte hinzu: „Weder unser Staat noch unsere Parteien stehen zur Disposition." Das Problembewußtsein dürfe in der Einheitsgewerkschaft nicht zur Resignation führen.

Der IG-Bergbau-Vorsitzende richtete an Bundeskanzler Helmut Kohl, der an der Eröffnungsfeier teilnahm und ein Grußwort an die 300 Delegierten richtete, die Aufforderung, sich gegen die Verwirklichung der Pläne in der CDU/CSU-Fraktion einzusetzen, die Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes zu ändern. Die Unionsfraktion möchte, unterstützt von der FDP, einen Minderheitenschutz im Betriebsverfassungsgesetz verankern, der auch anderen als den DGB-Gewerkschaften zu Einfluß verhelfen könnte. Außerdem sollen Sprecherausschüsse für die leitenden Angestellten gesetzlich verankert werden.

Schmidt bot indirekt auch hier Gesprächsbereitschaft der DGB-Gewerkschaften an. Er bat Kohl, diese geplante Novellierung zu verhindern „und gemeinsam mit dem DGB und seinen Gewerkschaften" eine „neue, zeitgerechte Novellierung" des Betriebsverfassungsgesetzes auf den Weg zu bringen.

Neben dem Bundeskanzler und seinem Amtsvorgänger Helmut Schmidt nahmen auch SPD-Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau an der Eröffnungsfeier des Gewerkschaftskongresses teil.

Die 300 Delegierten werden sich hauptsächlich mit Fragen der Wirtschafts- und der Tarifpolitik, aber auch mit allgemeinpolitischen Anträgen zu befassen haben. Zentrales Thema des Leitantrages des Gewerkschaftsvorstandes ist die Sicherung des Friedens. In dem Antrag Nr. 1 heißt es, die ernste Sorge um den Weltfrieden sei nicht unbegründet. „Insbesondere die anhaltende sowjetische Besetzung Afghanistans, der Krieg am Persischen Golf, die Menschenrechtsverletzungen in vielen Ländern der Erde sowie die nach dem Scheitern der Genfer Verhandlungen gespannte Situation aufgrund der beiderseitigen Stationierung neuer Waffensysteme zeigen, daß der Frieden in der Welt bedroht ist."

Zur Zusammenarbeit mit der „Friedensbewegung" heißt es in dem Leitantrag, inhaltliche Übereinstimmung in Grundfragen oder Einzelaspekten bedeuteten noch keine organisatorische Einheit. Insbesondere gelte für alle Gewerkschafter das Prinzip der Gewaltfreiheit als „absolute Vorbedingung" für die Teilnahme an Aktionen.

Warum stockt die Ausreise aus Rumänien?

BERNT CONRAD, Bonn

Die Ausreise von Rumäniendeutschen ist von neuem ins Stocken geraten. Seit Mitte Oktober sind durchschnittlich nur noch zehn deutsche Aussiedler pro Tag aus Rumänien in der Bundesrepublik Deutschland eingetroffen; zwei Tage lang war die Ausreise sogar völlig gestoppt. Demgegenüber hatte die Ausreisezahl von Juli bis Anfang Oktober täglich bei 40 bis 50 gelegen. Dies bestätigte gestern das Auswärtige Amt.

Offiziell sind der Bundesregierung von der rumänischen Regierung noch keine Gründe für die jüngste Entwicklung genannt worden. In Bonn werden zwei Motive für möglich gehalten:

1. Es handelt sich um eine Repressalie als Antwort auf die Ausweisung von fünf rumänischen Diplomaten, die des Terrorismus beschuldigt werden.
2. Die rumänischen Behörden haben möglicherweise das Personal in bestimmten Paßämtern ausgewechselt, um die von der Bundesregierung wiederholt kritisierte Korruption bei der Erteilung von Ausreisegenehmigungen zu bekämpfen.

Den ersten großen Ärger hatte es Anfang 1983 gegeben, als die Regierung in Bukarest von allen Ausreisewilligen eine „Ausbildungssteuer" verlangte. Bundesminister Genscher erreichte im Juni 1983 eine Aufhebung. Im Gegenzug erklärte sich Bonn bereit, die Pauschalsumme für jeden Aussiedler zu erhöhen und sich an der Umschuldung Rumäniens zu beteiligen. Schon zwei Monate später mußte Genscher wieder nach Rumänien, weil bekannt geworden war, daß von den Ausreisewilligen teilweise hohe „Schmiergelder" verlangt wurden. Diese Praxis riß jedoch bis in dieses Jahr hinein nicht ab, so daß Ceausescu bei seinem Besuch in Bonn von Bundeskanzler Kohl damit konfrontiert wurde.

NATO: Ergebnisse brauchen ihre Zeit

● Fortsetzung von Seite 1

wärtig ein ehemaliger Außenminister Großbritanniens, vorher ein langjähriger Außenminister der Niederlande. Das zeigt den ganzen Unterschied zwischen NATO und Warschauer Pakt."

Das nächste Thema entlockt Lord Carrington ebenfalls Heiterkeit mit dem Unterton des Erstaunens über so viel Naivität: Wie würde Europa ohne die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik aussehen?

„Die Bundesrepublik Deutschland ist das Kernstück der NATO. Ohne sie wäre West-Europa nicht zu verteidigen. Ich glaube, die Grundlage Ihrer Frage ist überhaupt nicht gegeben. Aber Sie haben mich ja gefragt, was würde geschehen, wenn die Bundesrepublik die NATO verließe. Das wäre sehr schlecht für uns alle, und die Konsequenz wäre mehr oder weniger der Zusammenbruch der NATO. Es wäre eine Illusion zu glauben, ein Zusammenbruch der NATO würde uns in eine Zuschauerrolle gegenüber den Supermächten bringen. West-Europa ohne NATO und außerhalb des Einflusses der Vereinigten Staaten würde unter hohem Risiko stehen, nicht unbedingt im Hinblick auf eine Invasion über die Grenze des Mittelabschnitts, aber im Hinblick auf machtvolle Vorstöße der Sowjetunion, um den Kontinent politisch und in jeder anderen Hinsicht zu dominieren."

Zu dem Einwurf, daß viele Menschen den Neutralismus für einen Ausweg halten, sagt Carrington: „Ich glaube, es wäre eine Katastrophe, wenn das geschehen würde. Ich hoffe, daß die Menschen, die jetzt vielleicht so denken, sich daran erinnern, daß wir mit der Allianz seit 40 Jahren Frieden in Europa haben. Was mir Sorgen macht ist, daß es Menschen in West-Europa gibt, die glauben, man könnte eine Art Schiedsrichterrolle zwischen den USA und der UdSSR übernehmen. Doch wir alle sind ein Teil der westlichen Welt. Wir sind keine Schiedsrichter in Europa. Wir sind ein Teil der westlichen Allianz und hier, den Amerikanern zu helfen. Wenn wir der Ansicht sind, die Amerikaner machten es nicht richtig, dann müssen wir sie beeinflussen, auf den richtigen Weg zu kommen."

Carrington greift die „Friedensbewegung" an, die er „Protestbewegung" zu nennen bevorzugt. „Wir sind die Friedensbewegung", sagt er. Der Ablauf der Ereignisse der zurückliegenden Jahre habe es mit sich gebracht, daß der NATO-Doppelbeschluß die Schlagzeilen, das Fernsehen und den Rundfunk in den westlichen Ländern beherrscht habe. Damit sei das militärische Element der NATO überproportional in den Vordergrund gerückt, der Eindruck erweckt worden, die NATO sei „militaristisch". Dies aber sei falsch. Die NATO habe zwei Säulen. Eine politische und eine militärische. Er wünsche das ins Hintertreffen gelangte politische Element der westlichen Allianz als Generalsekretär wieder an seinen angestammten Platz zu stellen. Das Ziel der Allianz sei und müsse bleiben, stabilere Beziehungen zwischen Ost und West zu schaffen.

Schließlich der Hinweis auf europäische Kritik an Präsident Reagans strategischer Verteidigungsinitiative, mancherorts als „Krieg der Sterne" bezeichnet.

Lord Carrington entgegnet: „Was die Amerikaner sagen, ist, daß die Sowjetunion auf diesem Gebiet Forschung betreibt und bereits einige militärische Fähigkeiten besitzt. Es wäre äußerst unvernünftig, wenn hier keine Forschung betrieben und der Sowjetunion gestattet würde, ein Monopol aufzurichten. Ich denke, es wird noch viele Diskussionen unter den Alliierten geben, ehe man eine eventuelle Entscheidung in die Praxis umsetzt. Das Thema wirft Fragen auf, nicht nur hinsichtlich des Weltraums, auch im Hinblick auf den konventionellen Krieg und Atomwaffen, die mit nichtballistischen Systemen ins Ziel gebracht werden können.

(SAD)

Lafontaine fordert von Grünen Klarheit

Für ihn kommt nur Koalition in Frage / Karl Schiller als Wirtschaftsberater genannt

DW./geo. Saarbrücken

Die Grünen im Saarland haben die Absage ihres Bundesvorstandes an eine Koalition mit der Saar-SPD unter Führung des Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine scharf kritisiert. Auf einer Landesmitgliederversammlung in Saarbrücken mißbilligten sie in einem mit großer Mehrheit angenommenen Antrag die „unter Umgehung der Basisgremien" der Partei vor etwa zwei Monaten verkündete Koalitionsabsage ihres Vorstandes.

Dies sei „eines Repräsentanten der Grünen nicht würdig" gewesen. Eine endgültige Entscheidung über ihr Verhältnis zur SPD im Saarland wollen die Grünen aber erst auf einer gesonderten Landesmitgliederversammlung Anfang Januar treffen.

Für Lafontaine ist eine Koalition mit den Grünen nach den Landtagswahlen am 10. März durchaus denkbar. Der Saarbrücker Oberbürgermeister, der wiederholt betont hatte, daß die Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung durch die Grünen nicht in Frage komme, nannte auf dem SPD-Landesparteitag am Wochenende für eine rot-grüne Zusammenarbeit allerdings Bedingungen. Ein Bündnis zwischen beiden Parteien, so betonte Lafontaine, komme nur in Frage, wenn die Grünen bereit seien, in einer echten Koalition Regierungsverantwortung zu übernehmen. Die Grünen seien gefordert, ihre Rolle im parlamentarischen System zu definieren.

Für den Fall einer Alleinregierung der SPD stellte er sein „Schattenkabinett" vor: Hiernach soll der Vorsitzende des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Jo Leinen, Umweltminister werden und der frühere Berliner Umweltsenator Reinhard Überhorst Wirtschaftsminister. Die gesamte politische Verantwortung für den Stahlbereich einschließlich des weiterhin vom Zusammenbruch bedrohten Unternehmens Arbed-Saarstahl behält sich Lafontaine selbst vor. Der frühere Bundesminister Karl Schiller soll dabei möglicherweise als Berater dienen. Für die übrigen Ministerposten sind Brunhilde Peter (Sozialministerin), Dieter Breitenbach (Kultusminister), Hans Kasper (Finanzminister), Friedel Läpple (Innenminister) und Arno Walter (Justizminister) vorgesehen.

Publizistischen Flankenschutz soll offenbar eine der SPD nahestehende Zeitung leisten, deren Gründung Lafontaine ankündigte. Die Neugründung der Zeitung ist im Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Kritik an der „Saarbrücker Zeitung" zu sehen. Der SPD-Landesvorsitzende ihr wiederholt „einseitige Berichterstattung" vorgeworfen.

Auch auf dem Parteitag bezichtigte er die „Saarbrücker Zeitung" mit ihrer Monopolstellung im Saarland, sie habe die Regierungskoalition aus CDU und FDP „unter Naturschutz gestellt und die Opposition totgeschwiegen". Lafontaine teilte mit, daß bereits eine Gesellschaft gegründet worden sei, die sich der neuen Zeitung, die kein Parteiblatt werden dürfe, annehmen werde. Unter dem Titel „Saarländische Allgemeine Zeitung" werde sie spätestens im nächsten Jahr erscheinen. 40 Prozent des Startkapitals seien bereits aufgebracht.

Als Gastredner hatte der SPD-Vorsitzende Willy Brandt zur bundespolitischen Bedeutung der Landtagswahl ausgeführt, daß es eine starke Ermutigung für die gesamte deutsche Sozialdemokratie sei, wenn Lafontaine die Wahl gewinne. Dies sei auch ein „Beginn der Umgruppierung der politischen Kräfte in der Bundesrepublik". Zuvor hatte Lafontaine vor den Delegierten ausgeführt, ein politischer Neubeginn an der Saar werde nur gewährleistet sein, wenn die SPD die absolute Mehrheit erreiche, was sie bei der Kommunalwahl im Juni dieses Jahres rein rechnerisch schon geschafft habe. (WELT v. 26.11.)

Spenden der Commerzbank

cd. Frankfurt

Die Commerzbank sieht keinen Anlaß, für ihre seit dem Wiederzusammenschluß 1958 geleisteten 53,7 Millionen Mark Spenden Steuern zu zahlen, da sie kein Unrechtsbewußtsein habe und auch kein Ermittlungsverfahren laufe. Dies erklärte Vorstandsvorsitzender Walter Seib auf Anfrage bei einem Pressegespräch. Im einzelnen hat die Commerzbank gespendet: 30,3 Millionen Mark für gemeinnützige und karitative Zwecke, 12,1 Millionen Mark für wissenschaftliche Zwecke und 11,3 Millionen Mark für staatspolitische Zwecke. Außerdem hat die Commerzbank-Stiftung ihre Erträge voll und ganz als Spenden für gemeinnützige karitative und wissenschaftliche Zwecke verwendet.



Die Zeit ist reif

fa. (London) – „Sollte die Regierung Thatcher ihre Verpflichtung zu einer vollen Mitgliedschaft des Pfundes im Europäischen Währungssystem EWS wirklich ernstnehmen, dann muß sie jetzt handeln." Eine derart direkte Aufforderung, die selbstgewählte Isolation Großbritanniens auf dem Währungsgebiet umgehend zu beenden, ist wohl *nie zuvor* an diese Regierung ergangen. Noch dazu kommt sie sozusagen aus den eigenen Reihen, nämlich von einer Gruppe führender Bankiers und Wirtschaftsexperten in der Londoner City.

Die Regierung Thatcher hat wiederholt erklärt, daß Großbritannien voll beitreten werde, „wenn die Zeit reif ist". In der britischen Wirtschaft kann sich mittlerweile kaum noch jemand einen „reiferen" Zeitpunkt vorstellen. Argumente, die lange Zeit gegen einen Pfund-Beitritt sprachen wie Abhängigkeit der britischen Währung von exzessiven Ölpreis-Schwankungen sind nicht mehr stichhaltig.

Ohne Frage waren die acht Vollmitglieds-Währungen im EWS deutlich weniger Schwankungen ausgesetzt als die Währungen außerhalb des Systems einschließlich des Pfundes. Dem Schatzamt in London dürfte es also zusehends schwerer fallen, eine weitere Beitrittsverzögerung zu rechtfertigen.

Anscheinend soll es Überlegungen geben, sich einfach auf die endgültige Beibehaltung des derzeitigen Status" zu versteifen. Sollte sich damit die in Großbritannien offensichtlich immer noch tiefsitzende Aversion davor, in die gleiche Kategorie eingeordnet zu werden wie der Rest Europas, auch in diesem Fall behaupten, wäre dies fatal. Zu allererst für die Briten selbst.

Ein Novum

dos – Die Meldung der Hannover Rechtsschutz Versicherung hat Seltenheitswert: Zum ersten Mal in der *Geschichte der Rechtsschutzversicherung* überhaupt kommt es zu einer Beitragssenkung, die zudem mit einem Abschlag von zwölf Prozent recht kräftig ausfällt. Für die Branche, die gerade eben den Termin für die Beitragsangleichungs-Klausel (1. Oktober) ungenutzt verstreichen ließ und die Prämien mit 112 Mark stabil hielt, dürfte die Ankündigung wie ein Hammerschlag wirken. Das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen in Berlin *rechnet zwar nicht damit*, daß der Markt zu wackeln beginnt. Ganz sicher aber kommt Bewegung in die immer nur nach oben orientierten Tarifstrukturen. Autofahrer gelten *als kühle Rechner; so mancher wird* „seinen" Versicherer fragen, ob das günstigere Angebot der Konkurrenz in Sachen Verkehrsrechtsschutz ein Einzelfall bleiben muß. *Vor allem jene, die nicht ständig* ihre Ansprüche per Gerichtsbeschluß durchsetzen, werden entlastet. Recht so!

COMMERZBANK / Für die Weltwirtschaft wird ein weiteres gutes Jahr erwartet

Seipp: Eine Ergänzungsabgabe wäre ein Signal in die falsche Richtung

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Gegen eine *Auflockerung des Konsolidierungskurses* in der Finanzpolitik und gegen die Forderung, die verunglückte Investitionshilfeabgabe durch eine Ergänzungsabgabe zu ersetzen, sprach sich der Vorstandsvorsitzende der Commerzbank, Walter Seipp, aus. In der *Haushaltskonsolidierung* sieht er den Schlüssel zu den inzwischen erreichten drei positiven Rahmenbedingungen: Fast-Preisstabilität, Leistungsbilanzüberschuß und Zinsrückgang. Diese drei Errungenschaften dürften nicht schon wieder in Frage gestellt werden.

Der Bankier plädierte für eine weitere Reduzierung der Staatsquote, damit die private Initiative wieder größeren Raum erhalte und zugleich der „Untergrundwirtschaft" der Anreiz *genommen werde. Am nachhaltigsten* lasse sich die Staatsquote durch eine Begrenzung des Ausgabenanstiegs senken, womit die Kreditaufnahme reduziert werde. Daneben müsse man das Problem des zu hohen Staatseinflusses auch von der Steuerseite her angehen. Allein schon *deshalb wäre eine Ergänzungsabgabe* ein Signal in die falsche Richtung. Bei der geplanten großen Steuerreform *sollte* nach Seipps Auffassung an der Zwei-Etappen-Lösung festgehalten werden. Würde alles auf das Jahr 1986 konzentriert, käme es zu einer sehr drastischen Unterbrechung des *Konsolidierungskurses*, was an den Finanzmärkten neue Irritationen auslösen könnte. Ohnehin erfordere die konjunkturelle Entwicklung aus heutiger Sicht nicht ei*nen solchen Kraftakt.*

Positiv beurteilt der Commerzbank-Chef die Konjunkturentwicklung *in* der Bundesrepublik. In einer Langfristprognose erwartet die Bank für 1988 ein reales Sozialprodukt, das um mindestens zehn Prozent höher liegt als jetzt. Dabei wird unterstellt, daß sich in dieser Zeitspanne kaum konjunkturpolitisches Konfliktpo*tential aufbauen wird. Sorgen macht* sich Seipp allerdings über Tendenzen im politischen Raum. Er wünscht sich, daß die Regierung nicht mit fragwürdigen Wohltaten, sondern mit einer überzeugenden Politik die Wähler gewinnt. Dazu gehöre nicht zuletzt mehr Klarheit, als sie letzthin anzu*treffen gewesen sei.*

Für die Weltwirtschaft erwartet die Commerzbank ein weiteres gutes Jahr. In der Bundesrepublik rechnet sie mit einem Wachstum bis zu drei Prozent. Die relativ flache Aufwärtsentwicklung der deutschen Wirtschaft beurteilt Seipp nicht negativ, *weil sie eine längere Dauer als hoch*geputschte Strohfeuerepisoden erwarten lasse. Günstig schätzt die Commerzbank auch die mittelfristige Entwicklung der heimischen Finanz*märkte ein. Sie rechnet mit einem* weiteren Rückgang der Zinsen, der sich noch wesentlich verstärken könnte, wenn der Dollar zu einem Sturzflug ansetzen sollte, den Seipp allerdings für unwahrscheinlich hält.

Tendenziell sinkende Zinsen seien meist auch ein guter Nährboden für die Aktienbörse, und zwar besonders dann, wenn eine Konjunkturerholung zugleich Gewinnsteigerungen *verspräche.* Diese seltene Kombination habe sich zwar größtenteils schon in den Börsenkursen niedergeschlagen; dennoch sieht die Commerzbank noch weiteren Kurssteigerungsspielraum besonders bei den großen Standardwerten.

Auf der internationalen Finanzszene, wo sich das Schuldenproblem der Entwicklungsländer entschärft hat, erwartet Seipp, daß das reichste Land der Welt wegen des Leistungsbilanzdefizites bis 1990 zur größten Schuld*nernation wird. Man müsse damit* rechnen, daß die USA bis dahin 400 bis 500 Milliarden Dollar ansaugen, wodurch das Zinsniveau weltweit relativ hochgehalten werde. Auch die relativ *niedrige Ersparnisbildung* in Europa und der mit der Investitionsgüterkonjunktur wachsende Kapitalbedarf wirke in diese Richtung. Eine Kollisionsgefahr drohe hinsichtlich des Finanzbedarfs der Schwellenländer, sobald diese bei einer Normalisierung ihrer Situation wieder Nettokapitalimporteure werden. Eine Normalisierung der amerikanischen Handelsbilanz wird in den nächsten Jahren nach Seipps Einschätzung angesichts der hohen Konkurrenzfähigkeit Ostasiens besonders zu Lasten Westeuropas gehen.

IFO-ANALYSE

Investitions-Finanzierung über Leasing geht zurück

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Erstmals seit 20 Jahren wird in diesem Jahr der Anteil der über Leasing finanzierten Investitionen an den gesamten *Bruttoanlage-Investitionen* nicht steigen. Zu diesem Ergebnis kommt das Ifo Institut München in seiner neuesten *Untersuchung* über die Entwicklung des Leasing. Danach wird in diesem Jahr die Leasing-Quote bei etwa 7,1 Prozent liegen; im vergangenen Jahr machte sie noch 7,6 *Prozent aus.*

Ifo veranschlagt den Rückgang bei der *Investition* über Leasing insgesamt auf 2,7 Prozent gegenüber 1983, das würde einem Volumen von 18,2 Mrd. DM entsprechen. Dabei fällt das Minus bei den Finanzierungsleasing-Gesellschaften mit 3,2 Prozent kräftiger aus als bei der Herstellervermietung (minus 2 Prozent). Die Anlagen*vermietung befindet sich in diesem* Jahr noch in einer Konsolidierungsphase, folgert Ifo.

Als Ursache für diese Entwicklung bei insgesamt freundlichem Investitionsklima sieht der Bundesverband Deutscher Leasinggesellschaften (BDL), dem 53 *Unternehmen* angehören, vor allem die Veränderungen im Immobilienbereich, wo eine gewisse Sättigung des Marktes mit gewerblichen Immobilien unverkennbar sei; *zusätzlich drücken sinkende* Preise im Computerbereich auf das Volumen. Dazu kommt eine hohe Eigenfinanzierungsquote bei den Unternehmen, die ebenso wie sinkende Zinsen nachteilig auf das Leasinggeschäft wirkt.

Das *Vermietvermögen der BDL*-Gesellschaften machte am Jahresende 44 Mrd. DM aus (zu Anschaffungswerten), bezogen auf das gesamte Finanzierungsleasingvolumen von gut 53 Mrd. DM entspricht dies einem Marktanteil von gut 80 Prozent.

Trotz der Abschwächung des Wachstumstempos in 1983 und 1984 sind die Leasinggesellschaften für die weitere Entwicklung optimistisch. Denn die Wirtschaftsprognosen signalisieren für das kommende Jahr *ein kräftiges Wachstum der Ausrü*stungsinvestitionen, an dem man partizipieren will. Bereits jetzt zeige das neu abgeschlossene Vertragsvolumen (das sich in den von Ifo erfaßten *bilanzierten Neuzugängen noch nicht* niederschlägt) einen wieder positiveren Trend.

Zu einer Sonderentwicklung kam es im vergangenen Jahr, wie die Ifo-*Untersuchung zeigt, bei der Herstel*lervermietung, die bei einer Steigerung von 8,2 Prozent auf 18,7 Mrd. DM für alle Leasing-Investitionen um 36,5 Prozent gewachsen ist. Dies ist *freilich allein Folge der intensiven* Werbung für das private Autoleasing, die die privaten Haushalte mit einem Anteil von elf Prozent an die vierte Stelle aller über Leasing investieren*den Bereiche rücken ließ*. Nach wie vor am stärksten ausgeprägt ist die Finanzierung über Leasing beim verarbeitenden Gewerbe (33 Prozent) gefolgt vom Handel (18 Prozent).

Eine Daueraufgabe

Von HEINZ HECK

Für die heute beginnende Haushaltsdebatte *liefert das Sachver*ständigengutachten zahlreiche Anregungen. Selten sind in letzter Zeit die Forderungen der Wirtschaft nach steuerlicher Entlastung auch der Investitionen von unverdächtiger Seite so nachdrücklich unterstützt worden.

Zugleich haben *die Weisen* die Bundesregierung hinsichtlich weiterer Korrekturen des Lohn- und Einkommensteuertarifs unter Entscheidungszwang gestellt: „Die Tarifkor*rektur ist bei einer progressiv gestal*teten Einkommensteuer eine Daueraufgabe. Um die Steuerquote konstant zu halten, müssen die Steuersätze von Zeit zu Zeit ermäßigt werden, *weil das Steueraufkommen schneller* wächst als das Sozialprodukt."

Die Weisen gehen in ihren Anregungen über das vom Kabinett verabschiedete Steuerreformmodell hinaus und knüpfen an die ersten Überlegungen des Finanzministers an, *durch Umschichtung* im Steuersystem mehr Finanzmasse für eine spürbare Senkung der Grenzsteuersätze zu gewinnen.

Stoltenberg kann sich damit auf doppelte Weise bestätigt fühlen. Denn die Professoren unterstützen auch seine Gratwanderung zwischen Steuerentlastung und Verringerung des Haushaltsdefizits. Spätestens bei der Vorlage des Jahreswirtschaftsberichts im Januar wird die zwischen CDU einerseits und CSU/FDP andererseits kontroverse Frage der Entlastungsschritte wieder eine Rolle spielen. Das Gutachten unterstützt die Steuerreform in zwei Schritten 1986 und 1988, während CSU und FDP auch gegen den Widerstand der überwältigenden Bundesratsmehrheit (und damit ohne Aussicht auf Erfolg) aus konjunkturpolitischen Gründen den neuen Tarif bereits 1986 einführen wollen.

Mit einer zusätzlichen Erhöhung von Verbrauchsteuern (wie vom Rat vorgeschlagen etwa der *Mehrwert- oder auch der* Tabaksteuer) wäre in der Tat der zusätzliche Handlungsspielraum für die Reform in einem Schritt zu gewinnen. Doch erscheint es nicht ratsam, diese ungefähr ein *Jahr* lang geführte Debatte erneut aufzurollen. Nicht nur, weil der Gesetzgeber unter zusätzlichen Termindruck geriete, sondern auch deshalb, weil das ständige Hin und Her zu einer totalen Verunsicherung in der Öffentlichkeit führen würde. Die Diskussion über einen Ersatz für die verfassungswidrige Zwangsanleihe liefert in diesen Tagen unerfreulichen Anschauungsunterricht, welche *Verwirrung entsteht*, wenn die Bundesregierung in einer so wichtigen Frage nicht rasch entscheidet.

Aber auch bei der nächsten Tarifentlastung (schließlich ist es eine Daueraufgabe) – 1990 oder wann immer – sollte die Kompensation mit *einer Mehrwertsteuererhöhung* wohl bedacht werden. Der inzwischen erreichte Satz von 14 Prozent ist bereits leistungsfeindlich und begünstigt die Schattenwirtschaft, die man durch *ständige Tarifreformen gerade trok*kenlegen will.

Lieber sollte sich die Bundesregierung den Rat der Weisen zum Thema Subventionsabbau zu Herzen nehmen. *Es* gehört sicher zu den größten Versäumnissen der neuen Koalition, daß den Ankündigungen gerade hier keine Taten gefolgt sind und zum Beispiel Stoltenbergs Abbauvorschläge über rund drei Milliarden Mark jährlich schon zu den Akten gelegt wurden, bevor die Koalition sie richtig erörtert hatte. Man darf allerdings bezweifeln, daß in dieser Legislaturperiode – sprich: bis zur Bundestagswahl – hier noch mutige *Schritte folgen.*

Indessen könnte die Bundesregierung wenigstens die im Gutachten empfohlene Umstellung von „verdeckter Subventionierung durch die *Förderung mit ‚Steuervergünstigun*gen'" auf offene Subventionen in Form von Finanzhilfen in Angriff nehmen – erst recht deshalb, weil es sich mit Sicherheit um ein zeitraubendes Vorhaben handelt.

Der strategische Reiz dieser Umstellung liegt auf der Hand: „Während die Finanzhilfen in den Haushaltsplänen Jahr für Jahr veranschlagt und vom Parlament bewilligt werden müssen, wirken subventionsähnliche Steuerermäßigungen – sind die Gesetze erst einmal geändert – automatisch und unauffällig fort. Diese verdeckten ‚Vergünstigungen' entziehen sich damit einer ständigen Überprüfung in einem stärkeren Ausmaß als offen ausgewiesene Subventionen."

Diese für alle Subventionsempfänger unbarmherzig klingende Diagnose sollte in keinem Jahresgutachten fehlen. Der Vorschlag zur Umstellung könnte zum Beispiel vom Haushaltsausschuß, der den Finanzminister seit dem Regierungswechsel 1982 in seinem Sparkurs wirkungsvoll unterstützt, aufgegriffen werden. Denn auch hier handelt es sich – wie bei der Tarifkorrektur – um eine „Daueraufgabe".

AUF EIN WORT



„Wir sind der Meinung, daß wir in den Wettbewerbsprozeß zwischen Gas und Öl nicht eingreifen sollten. Nach allen Vorausschätzungen hat das Gas die Chance, seinen Anteil am Primärenergieeinsatz auszubauen."

Dr. Dieter von Würzen, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft
FOTO: JUPP DARCHINGER

Korea: Hohe Wachstumsraten

dpa/VWD, **Bonn**

Die Republik Korea gehört mit einem Wirtschaftswachstum von 9,3 *Prozent* 1983 und guten Aussichten für eine ähnliche Zuwachsrate in diesem Jahr zu den erfolgreichsten Entwicklungsländern der asiatisch-pazifischen Region. Diese Ansicht vertritt das Bundeswirtschaftsministerium in Bonn anläßlich der deutsch-koreanischen Wirtschaftsgespräche, die gestern in Seoul begannen und bis zum 28. November dauern. Die Bundesrepublik ist für Korea der wichtigste europäische Handelspartner. 1983 exportierte Korea Waren im Wert von 2,2 Milliarden Mark, vor allem Textilien (38 Prozent), Schuhe und Lederwaren (19 Prozent) in die Bundesrepublik. Die deutschen Ausfuhren (Maschinen, elektrotechnische und chemische Erzeugnisse) lagen 1983 bei 1,4 Milliarden Mark.

ENERGIEMÄRKTE

Künftiger Bedarf an Kohle geringer als vorhergesehen

JAN BRECH, **Hamburg**

Die Marktchancen für Kohle, der an *Reserven bedeutendsten fossilen* Energie, bleiben gut, sind allerdings erheblich nüchterner einzuschätzen als noch vor einigen Jahren. Nach einer jüngsten Schätzung der Shell-Gruppe dürfte sich die Nachfrage von heute rund drei Mrd. Tonnen Steinkohleeinheiten bis zur Jahrhundertwende auf vier bis fünf Mrd. Tonnen erhöhen. Dieser Bedarf liegt beträchtlich unter der noch vor etwa fünf Jahren prognostizierten Entwicklung. Im Zeichen des rapiden Anstiegs der Ölpreise hatte die Weltkohlestudie von 1980 eine Nachfrage von sechs bis sieben Mrd. Tonnen im Jahr 2000 vorausgesagt.

Für die künftige Nachfrage wird vor allem die Entwicklung von Kesselkohle entscheidend sein, auf die rund 80 Prozent des Gesamtverbrauchs entfallen und die überwiegend zur Stromerzeugung eingesetzt wird. *Konkurrenz durch schweres* Heizöl und Erdgas sind in diesem Bereich kaum zu erwarten. Der Bau ölbefeuerter Kraftwerke ist in fast allen Industrieländern erheblich gebremst worden. *In der Bundesrepublik* ist der Anteil von Öl an der Stromerzeugung auf rund 2 Prozent zurückgegangen. Ob Kohle seinen derzeitigen Anteil von 35 Prozent an der weltweiten Stromerzeugung wird *halten* oder ausbauen können, hängt von der Entwicklung der Kernenergie ab.

Die Entwicklung von Kokskohle, deren jährlicher *Absatz etwa 60 Mill.* t beträgt, ist untrennbar mit der Konjunktur in der Eisen- und Stahlindustrie verbunden. Der Einsatz von Koks wird dabei von zwei gegenläufigen Trends bestimmt: Während neue Herstellprozesse den Kohlebedarf je Tonne Stahl verringern, hat die Preisentwicklung dazu geführt, daß im Hochofenprozeß schweres Heizöl zunehmend durch Koks ersetzt wird.

US-HAUSHALTSSANIERUNG

Steuererhöhungen sind nach wie vor nicht geplant

rtr, **Washington**

Von US-Präsident Ronald Reagan werden in dieser Woche erste Entscheidungen über weitreichende Einsparungen im Haushalt erwartet. Aus Regierungskreisen verlautete, der Präsident werde die Kürzungsvorschläge mit dem Ziel prüfen, das im laufenden Etatjahr auf 210 Mrd. Dollar anschwellende Etatdefizit bis 1986 auf 165 bis 170 Mrd. Dollar zu begrenzen.

Bis 1989 soll dann der Fehlbetrag im Haushalt auf zwei Prozent des *Bruttosozialproduktes oder rund 100* Mrd. Dollar zurückgeführt werden. Reagan stehe aber zu seinem Wahlversprechen, nicht auf Steuererhöhungen zurückzugreifen. Allerdings müßten wohl Abstriche beim Wachstum der Verteidigungsausgaben vorgenommen werden. Im laufenden Haushalt wird dieser Etat auf rund 294 Mrd. Dollar steigen.

Die Haushaltsexperten werden Reagan den Angaben zufolge ferner vorschlagen, die Subventionen für die Landwirtschaft zu kürzen, die Ausgaben für die Gesundheitsvorsorge der Kriegsveteranen zu reduzieren und die Pensionen im öffentlichen Dienst zu begrenzen. Zudem wird erwartet, daß das Finanzministerium noch in dieser Woche den Plan zur Steuerreform vervollständigt. Hier sollen vorrangig bestehende Steuergesetze so formuliert werden, daß sie nicht mehr umgangen werden können.

In Washington herrscht allerdings *bei zahlreichen Beobachtern Skepsis* darüber, ob Reagan Anfang kommenden Jahres einen Etat vorlegen kann, der sich nur auf Ausgabenkürzungen stützt und den Kongreß nicht herausfordert. Der jetzt laufende Etat war zunächst mit einem Fehlbetrag von rund 170 Mrd. Dollar geplant worden. In *Regierungskreisen* wird es für denkbar gehalten, daß selbst die revidierte Schätzung von 210 Mrd. Dollar noch übertroffen wird.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

MBB-Aufsichtsrat: Kein Beschluß zu Krauss-Maffei

München (rtr) – Die Zukunft der von zwei rivalisierenden Industriegruppen umworbenen Panzerschmiede Krauss-Maffei bleibt weiter ungewiß. Der Aufsichtsrat des Luft- und Raumfahrtkonzerns Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB) faßte gestern keinen Beschluß zu dem geplanten *Kauf der Krauss-Maffei AG* vom Flick-Konzern. Er beschloß lediglich eine Kapitalerhöhung von 378 auf 600 Mill. DM. Gleichzeitig wurde aus dem Aufsichtsrat der Industrie-Werke Karlsruhe Augsburg AG (IWKA) das Interesse des Karlsruher *Unternehmens an Krauss-Maffei* bekräftigt. In unterrichteten Kreisen hieß es, daß nicht mehr mit einer Entscheidung in diesem Jahr zu rechnen sei.

Dollar steigt weiter

Frankfurt (rtr) – Der Dollar hat sich zum Wochenanfang an den europäischen Devisenmärkten erneut kräftig verteuert. In Frankfurt stieg der amtliche *Mittelwert auf 3,0547 DM* um rund vier Pfennig von 3,0140 DM am Freitag, dem höchsten Niveau seit Ende Oktober. Nach Angaben von Händlern verkaufte die Deutsche *Bundesbank 24,15 (Freitag 37,35)* Mill. Dollar zur Stützung des DM-Kurses. Weiterhin gebe es keine eindeutigen Gründe für die anhaltend hohe Nachfrage nach der US-Währung. An den Finanzmärkten wird allgemein weiterhin mit fallenden Zinsen in den *USA gerechnet, nachdem die US*-Geldmenge M-1 in der jüngsten Berichtswoche um 1,3 Mrd. Dollar gefallen war.

Beiträge werden gesenkt

Hannover (dos) – Die erste Beitragssenkung in der Geschichte der Rechtsschutzversicherung wird die *Hannover Rechtsschutz Versiche*rungs-AG (HRV), eine Tochtergesellschaft des Haftpflichtverbands der Deutschen Industrie, mit Wirkung vom 1. 1. 1985 vornehmen. Nach Angaben der HRV ermäßigen sich die Beiträge in der Verkehrs-Rechtsschutzversicherung für Pkw um 12 Prozent auf 99 (112) DM je Fahrzeug. Begründet wird dieser Schritt mit der seit mehreren Jahren verbesserten Schadensrelation: Das Neugeschäft habe sehr viel stärker zugenommen als die Anzahl der Schäden. Der neue Tarif bezieht sich auf Leistungen ohne Selbstbeteiligung. Der kombinierte Familien-/Verkehrsrechtsschutz*tarif ist von der Beitragssenkung* nicht betroffen.

Rettungspläne

Paris (VWD) – *Die verschiedenen* Pläne zur Rettung von Creusot-Loire liegen inzwischen beim Handelsgericht in Paris vor, das darüber in den nächsten Tagen entscheiden soll. Die Übernahme-Vorschläge von Usinor und Framatome sehen jeweils einen Abbau der Belegschaft von derzeit 9800 auf 7200 Mitarbeiter vor. Der Vergleichsverwalter hat einen Vorschlag unterbreitet, der eine Kapitalspritze von 1,5 Mrd. Franc und die *Entlassung von 2000 Mitarbeitern* vorsieht. Der Rettungsplan eines Direktoriumsmitgliedes, der von den Gewerkschaften unterstützt wird, zielt lediglich auf einen Personalabbau von *1700 Mitarbeitern* ab.

Geschäftsklima verbessert

Bonn (VWD) – Das Geschäftsklima im Handel hat sich nach der Jahresmitte 1984 wieder aufgehellt. Nach einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) bei Unternehmen des Groß- und Einzelhandels prägten aber noch große Unterschiede in der Umsatzentwicklung und teilweise starke Umsatzschwankungen das Bild. Für 1985 werde mit keiner wesentlichen Änderung der Situation gerechnet. Diese verhaltene Konjunktureinschätzung spiegele *auch die relativ niedrige Investitions*neigung des Handels wider.

Technologiekäufe geplant

Peking (VWD) – Die Volksrepublik China werde in den kommenden Jahren etwa 14,2 Mrd. Dollar aus ihren Hartwährungsreserven für den Kauf ausländischer Technologie ausgeben, *berichtete die Tageszeitung* „China Daily". Das Land habe entschieden, daß es Zeit sei, seine Devisenvorräte anzugreifen. Die chinesischen Devisenreserven haben sich nach Angaben des Blattes bis zum vergangenen Juni auf insgesamt 16,48 Mrd. Dollar erhöht, verglichen mit zwei Mrd. Dollar zum Jahresende 1980.

EG

Kernenergie auf dem Vormarsch

WILHELM HADLER, Brüssel

Der Anteil der Kernenergie an der europäischen Energieversorgung wird trotz aller politischen Widerstände weiter zunehmen. Dies zeigt das „indikative Nuklearprogramm", mit dem die EG-Kommission in regelmäßigen Abständen eine Bewertung der Entwicklungstendenzen im Kernenergiebereich vornimmt.

1995 wird danach ungefähr 40 Prozent der in der EG produzierten Elektrizität aus Kernkraftwerken stammen und um die Jahrhundertwende bereits bis zu 50 Prozent. Die gegenwärtigen Investitionsprogramme lassen erwarten, daß die Kapazität der Kernkraftzentralen in der Gemeinschaft bis 1990 rund 100 Gigawatt (GWe) erreichen wird. Dies entspricht einem Anteil an der voraussichtlichen Stromerzeugung von 35 Prozent und einer gesamten Energienachfrage von 15 Prozent.

Allerdings verläuft die Entwicklung in den einzelnen Mitgliedstaaten nach wie vor unterschiedlich. Einige Länder werden auch 1990 noch keinen Atomstrom produzieren, in Frankreich dagegen wird der Anteil der Kernkraft an der Elektrizitätserzeugung auf 70 Prozent anwachsen. Auch der wirtschaftliche Vorteil der Kernkraft im Vergleich zur Kohle ist in den einzelnen Ländern recht unterschiedlich. So beliefen sich nach dem EG-Bericht 1983 die Mehrkosten für auf Kohlebasis erzeugte Elektrizität im Verhältnis zum Atomstrom in Belgien auf 51 Prozent, in der Bundesrepublik auf 74 und in Frankreich auf 88 Prozent. Dagegen ergab sich für Italien nur ein Satz von 30 Prozent, die Niederlande von 36 und für Großbritannien von 43 Prozent.

Die Kommission unterstreicht die Notwendigkeit „klarer politischer Engagements" zur Entwicklung der Kernenergie. Die Erfahrung habe gezeigt, daß in diesem Fall auch die erforderlichen beträchtlichen finanziellen Mittel bereitgestellt würden.

KREDITWESEN / In den letzten zehn Jahren wurden über dreißig islamisch geführte Finanzinstitute gegründet

Statt Zinsen erhalten Banken Beteiligungen

PETER M. RANKE, Kairo

Über 30 Banken und Finanzinstitute, die laut ihren Statuten nur nach islamischen Prinzipien arbeiten, wurden in den letzten zehn Jahren gegründet. Sie arbeiten in Indonesien, in Malaysia und in den arabischen Staaten, sie haben Niederlassungen auf den Bahamas, in New York, London und Genf. Erste Erfahrungen mit zinslosen Bankgeschäften wurden Mitte der 60er Jahre in Ägypten gesammelt; 1975 wurde am Golf die „Dubai Islamic Bank" gegründet. Aber erst die Gründung der „Feisal Islamic Bank", mit einer Bilanzsumme von zwei Mrd. Dollar das größte islamische Institut Ägyptens, brachte den Durchbruch.

Die islamischen Banken werden von Regierungen und auch Geschäftsleuten in moslemischen Ländern immer mehr bevorzugt. Sie breiten sich aus und entwickeln sich zu einer ernstzunehmenden Konkurrenz für westliche Geschäftsbanken. Das Fundament, auf dem islamische Institute aufgebaut werden, ist das für alle Moslems geltende Verbot, „riba" (Begriff aus den Zeiten des Propheten Mohammed) zu nehmen. Das heißt: Für Geldgeschäfte gilt ein generelles Zinsverbot. Islamische Rechtsgelehrte führen folgende Argumente für diese Regerlung an:

- Für einen Muslim ist es verwerflich, einen finanziellen Gewinn ohne Anstrengung zu erlangen.
- Jedes verfügbare Kapital soll alleine in legitimem Konsum, Investition oder sozialem Engagement seine Verwendung finden.
- In der Zinswirtschaft bevorzugt ein fester Zinssatz für Produktionskredite einseitig den Kapitalgeber und dies ist angesichts des unternehmerischen Risikos ungerecht.
- Zinsen führen zu Kapitalakkumulation.
- Zinsen erhöhen die Produktionskosten und damit die Preise.
- Eine Zinswirtschaft verhindert schließlich Kapitaleinsatz in sozial notwendigen Projekten, die nur geringe Gewinnchancen versprechen.

Als marktwirtschaftliche Alternative zur Zinswirtschaft wird von den islamischen Banken die „Erfolgsbeteiligungs-Wirtschaft" propagiert. Hauptsächlich wird auf drei traditionelle Vertragsformen zurückgegriffen, um die Rechtsbeziehungen zwischen Bank und Kunden unter Beachtung des Zinsverbotes zu gestalten: Musharaka-, Mudaraba- und Murabaha-Verträge.

Gilt der Musharaka-Vertrag, setzen im Rahmen einer Partnerschaft mit Gewinn- und Verlust-Beteiligung Bank und Unternehmer bei einem bestimmten Vorhaben gemeinsam Kapital ein. Die Bank erhält statt eines festen Zinssatzes einen fest vereinbarten Prozentsatz vom Gewinn des Unternehmers und trägt gegebenenfalls auch dessen Verluste bis zur Höhe der Kapitaleinlage mit. Zur Berechnung des jeweiligen Gewinnanteiles werden die Beiträge jedes Finanzierungsmittels mit der Nutzungsdauer innerhalb einer Periode multipliziert.

Im Gegensatz zur Musharaka gibt es bei der Mudaraba-Partnerschaft eine klare Trennung zwischen Kapitalbereitstellung und Geschäftsführung. Der Gewinn wird nach einem im voraus festzusetzenden Verhältnis zwischen Kapitalgeber (Rab el-Mal) und Geschäftsführer (Mudareb) geteilt. Im Verlustfall erhält der Geschäftsführer eine Gegenleistung für seine eingesetzte Arbeitskraft, die finanziellen Verluste werden allerdings allein von den Kapitalgebern getragen.

Die Banken treten nicht als Kapitalgeber (Rab el-Mal), sondern als Projekt-Manager (Mudareb) auf. Kapitalgeber ist vielmehr das Anlegerpublikum, welchem islamische Banken oder islamische Investment-Gesellschaften Mudaraba-Zertifikate verkaufen. Die Investmenteinleger erhalten keine Festzinsen, sondern nehmen am Gewinn und Verlust der Bank im Rahmen ihres Investmentpools teil.

Als Ersatz für den unproduktiven Konsumenten-Kredit existiert im islamischen Bankenwesen die Rechtsform des Murabaha-Vertrages; ein doppeltes Kaufgeschäft mit festem Gewinnaufschlag zur Vermeidung der Festverzinsung. In einem Vertrag zwischen Bank und Warennehmer, werden die von der Bank einzukaufenden Waren, sowie die weiteren Konditionen, insbesondere ein fester Gewinnaufschlag und die Rückzahlungs-Modalitäten festgelegt. Die Bank kauft sodann im eigenen Namen und auf eigene Rechnung die spezifizierte Ware und verkauft diese zu einem um den vereinbarten Gewinnaufschlag erhöhten Preis an den Endabnehmer.

Diese Vertragsform wird vor allem bei der Finanzierung ausländischer Importe angewandt. Die meisten islamischen Banken erbringen für ihre Kunden fast alle üblichen Bank-Leistungen wie Kontoführung, Abwicklung des Zahlungsverkehrs, Wechselgeschäfte, Garantien, wobei hier – was nach islamischen Recht nicht verboten ist – Dienstleistungsgebühren oder Provisionen erhoben werden. Im Endeffekt läuft diese Lösung für den Kunden auf das gleiche wie eine Zinsbelastung heraus. (SAD)

FRANKREICH / Konzentration im Kreditgewerbe

Umstrukturierung beendet

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Nach den Flurbereinigungen zwischen den verstaatlichten Industriekonzernen hat die französische Regierung jetzt zwei weitere Aktionen in dem vor eineinhalb Jahren nationalisierten Bankwesen abgeschlossen. Im Mittelpunkt stehen die Compagnie Financière de Suez (Suez-Gruppe) und der Credit Commercial de France (CCF). Ziel ist, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der beiden Gruppen durch Übernahme anderer Banken zu stärken.

Danach wird die Suez-Gruppe zum Jahresende mit 51 Prozent die Kapitalmehrheit an der Banque Vernes erlangen und sie dann im nächsten Jahr der Tochterbank Indosuez angliedern. Zur Sanierung der angeschlagenen ehemaligen „Privatbank" (200 Mill. Franc Verlust 1983) stellen Suez 300 und der Staat 200 Mill. Franc bereit. Dafür erhält Suez zu den vorhandenen zehn weitere 41 Prozent der Aktien vom Staat gratis. Außerdem erhält Suez nach mehreren Zwischenstufen die Kontrolle über die ertragreiche Parisienne de Credit.

Die Umstrukturierung der CCF verläuft wesentlich komplizierter. Zunächst soll eine neue Holdinggesellschaft, die Compagnie Financière du CCF, gegründet werden. Auf sie wird jeweils 51 Prozent des Kapitals der CCF, der Européenne de Banque (EB) und der Union de Banque à Paris (UBP) übertragen. Am Kapital dieser Holding von mehr als einer Mrd. Franc beteiligt sich der französische Staat mit 90 Prozent; den Rest teilen sich CCF und die beiden anderen Banken. Allerdings wird der CCF-Präsident Claude Jouven auch die Holding leiten und damit die Managerverantwortung übernehmen.

Die EB (Bilanzsumme 14 Mrd. Franc) ist aus der Verstaatlichung der Banque Rothschild hervorgegangen. Nachdem das Defizit 1983 auf 98 Mill. Franc reduziert werden konnte, ist für 1984 erneut ein „erheblicher Verlust" prognostiziert. Die UBP, eine Bank von mittlerer Größenordnung, übernimmt im Rahmen dieser Transaktion von der EB deren Tochter Compagnie Commerciale de Banque (Ex-Discountbank). Sie verfügt damit über eine Bilanzsumme von sechs Mrd. Franc. Für 1983 hatte die Compagnie Commerciale einen Verlust von sechs Mill. Franc ausgewiesen. Zur Sanierung der EB werden insgesamt 430 Mill. Franc bereitgestellt, davon 300 Mill. Franc für die Aufstockung der Rückstellungen. Der Staat gewährt der Bank ein zinsloses von 100 Mill. und ein Beteiligungs-Darlehen zu Vorzugsbedingungen von 230 Mill. Franc.

ITALIEN / Pläne bei Al Italia und bei der einzigen Merchant Bank des Landes

Teilprivatisierung macht Fortschritte

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die Teilprivatisierung von Staatsunternehmen macht weitere Fortschritte. Im Oktober wurde das Kapital der Firma Saipem, einer Tochter des staatlichen Energiekonzerns ENI, aufgestockt und zur Börsennotiz in Mailand zugelassen. Beteiligen konnten sich an der Erhöhung ausschließlich private Zeichner. Gegenwärtig bereiten zwei weitere Gesellschaften die Erweiterung der privaten Aktionärsbasis vor: die Luftfahrtgesellschaft Al Italia und das Mailänder Kreditinstitut Mediobanca, Italiens einzige echte Merchant Bank nach britischem Muster.

Der Präsident der Al Italia Umberto Nordio hat vor kurzem zugegeben, daß gegenwärtig Pläne vorbereitet werden, um das Kapital aufzustocken und daran mehr Privatkapital als bisher zu beteiligen. Derzeit sind 0,6 Prozent des Kapitals im Streubesitz, der Rest liegt fest in den Händen der Staatsholding IRI.

Im Falle von Mediobanca, deren Kontrolle von den zur IRI-Gruppe gehörenden Großbanken (Banca Commerciale Italiana, Credito Italiano und Banco di Roma) mit knapp 60 Prozent des Kapitals ausgeübt wird, sind die Pläne darauf gerichtet, im Rahmen einer Kapitalaufstockung das französische Kreditinstitut Lazard Freres mit etwa 18 bis 20 Prozent Anteil zu beteiligen. Ziel ist es, nicht nur das Gewicht der privaten Anteilseigner zu erhöhen, sondern auch eine internationale Bindung herzustellen, die Mediobanca heute noch fehlt.

Internationalisierung und Verstärkung der Aktionärsbasis gehören zur Strategie der IRI-Leitung, die davon ausgeht, daß der Staat die Finanzierungskosten für die Entwicklung und das Wachstum der Unternehmen allein nicht mehr zu tragen in der Lage ist. Die Teilprivatisierung, wie sie sich jetzt abzeichnet, betrifft sowohl die sogenannten nicht-strategischen Bereiche, für die auf Dauer sogar ein vollständiges Ausscheiden aus dem IRI-Verband nicht ausgeschlossen wird, als auch die strategischen Bereiche, wie die Elektronik- und die Stahlindustrie.

Bei den Bemühungen um eine Teilprivatisierung spielt vor allem ein Faktor eine maßgebliche Rolle: Das italienische Aktiengesetz schreibt vor, daß eine Gesellschaft erst dann an der Börse notiert werden darf, wenn mindestens 20 Prozent des Kapitals am Markt angeboten werden.

Verhandlungen mit Landesregierung

dos, Emden

Die Geschäftsführung der Thyssen Nordseewerke GmbH, Emden, will zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Einzelheiten zu den bekanntgewordenen Plänen, die Belegschaft abzubauen, mitteilen. In einer Stellungnahme heißt es, zunächst wolle man das Ergebnis der Beratungen mit dem Betriebsrat abwarten. Von seiten des Betriebsrats verlautet, vorgesehen sei die Entlassung von 650 Mitarbeitern bis Mitte 1985.

Die Geschäftsführung verweist auf die Notwendigkeit, die auf den Handelsschiffneubau entfallenden Werftkapazitäten in Emden weiter einzuschränken. Mit der niedersächsischen Landesregierung würden derzeit Verhandlungen, um „anstehende Handelsschiffneubauaufträge" zu realisieren. Eine Entscheidung über finanzielle Hilfen wird von der heutigen Kabinettssitzung erwartet.

USA / Toyota und Nissan drohen Steuernachzahlungen

Lieferpreise manipuliert?

VWD, Tokio

Steuernachzahlungen von mehr als einer Mrd. Dollar drohen Toyota und Nissan in den USA, da sie angeblich über die Verrechnungspreise ihre Gewinne manipuliert hätten. Die US-Steuerbehörden werfen den beiden japanischen Herstellern vor, daß sie ihren Tochtergesellschaften in USA überhöhte Lieferpreise in Rechnung gestellt hätten, um die dort anfallenden Gewinne möglichst niedrig zu halten.

Das Justizministerium hatte in Los Angeles einen Gerichtsbeschluß erwirken wollen, wonach Toyota, Nissan und Honda zur Offenlegung der Rechnungspreise gezwungen werden sollten, die von japanischen Händlern verlangt werden. Über diese Klage des Ministeriums ist noch nicht entschieden.

Nach Branchenschätzungen wird Toyota für die vergangenen Jahre mehr als eine Mrd. Dollar Steuern nachzahlen müssen. Die Forderungen an Nissan dürften höher ausfallen als der zuletzt erzielte Gewinn von 140 Mrd. Yen. Nissan-Präsident Ishihara kündigte bereits an, daß sein Unternehmen dagegen Widerspruch einlegen werde. Er hoffe, daß sich die Regierungen beider Länder in diesem Falle verständigen würden, da er von den Unternehmen alleine nicht gelöst werden könne.

Außerdem könnten die Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem fernöstlichen Inselreich zusätzlich belastet werden. Freilich befürchten die japanischen Hersteller auch, daß sie in Verbindung mit der drohenden Steuernachzahlung einen erneuten Imageverlust in den USA hinnehmen müssen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Kontinuität erreicht

Salzgitter (dos) – Die Wolf Klimatechnik GmbH, Mainburg, ein Unternehmen der Salzgitter-Gruppe, hat im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) den Umsatz um rund 5 Prozent auf 82 (78) Mill. DM gesteigert und ein befriedigendes Ergebnis erzielt. Nach Angaben der Konzernmutter muß allerdings im neuen Geschäftsjahr mit einer weiteren Verschlechterung der Marktlage gerechnet werden, weil der Rückgang der Bautätigkeit anhält. Bereits 1983/84 habe das geringere Volumen an ausführungsreifen Projekten zur Wettbewerbsverschärfung und Preisverfall geführt. Auf diese Entwicklung habe sich Wolf aber eingestellt, so daß mit kontinuierlicher Weiterentwicklung zu rechnen sei.

Harter Wettbewerb

Bielefeld (hdt.) – Die Großeinkauf eG, Bielefeld, Einkaufsgenossenschaft für Haushalts- und sonstige Hartwaren, konnte die Zahl ihrer angeschlossenen Mitglieder aus dem Fachhandel im Jahresverlauf auf mehr als 1220 (1177) erhöhen. Der Umsatz in den ersten drei Quartalen 1984 stieg real um 6 Prozent (1983: 543 Mill. DM), was zwar über dem Branchendurchschnitt liegt, wegen der verschärften Wettbewerbssituation jedoch als nicht zufriedenstellend bezeichnet wird.

Kapitalerhöhung

Bremen (VWD) – Die Bankverein Bremen AG erhöht ihr Kapital. Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft haben beschlossen, das Grundkapital unter Ausnutzung des genehmigten Kapitals um 2 auf 11,5 Mill. DM anzuheben. Die jungen Aktien werden zum Kurs von 300 Prozent ausgegeben, sie sind dividendenberechtigt vom 1. Januar 1985 an. Durch diese Kapitalzuführung erhöhten sich die Eigenmittel des Kreditinstituts auf 24,3 Mill. DM.

Ernst Heinkel in Konkurs

Frankfurt (adh) – Die Ernst Heinkel Maschinenbau GmbH & Co, Karlsruhe, hat Konkursantrag gestellt. Die Geschäftsführung des Unternehmens mit 105 Mitarbeitern begründet das vor allem aus der totalen Abhängigkeit von der Luft- und Raumfahrtindustrie. Die Aufträge des Hauptkunden VFW (inzwischen mit MBB fusioniert) blieben aus, nachdem dort in den eigenen Werken Kapazitäten frei wurden. Ersatzkunden konnten aufgrund des spezialisierten Maschinenparks nicht gefunden werden; die dadurch von 1982 bis 1984 entstandenen Verluste von 5 Mill. DM hätten alle Reserven bei den zur Heinkel-Gruppe gehörenden Unternehmen aufgezehrt. Eine Weiterführung würde die solide Basis der anderen Unternehmen der Gruppe gefährden, heißt es.

Einbußen bei Kurzwaren

Düsseldorf (Py.) – Die 314 Hersteller von klassischen Kurzwaren (Nadeln, Reißverschlüssen, Knöpfen, Haken, Schnallen und Ösen sowie Klammern, Hohlnieten, Schellen und Kontaktstiften haben 1983 mit ihren 31 200 Mitarbeitern über 3,5 Mrd. DM Umsatz erwirtschaftet. Auch im 1. Halbjahr 1984 sei die Entwicklung, wenn auch nach Produkten unterschiedlich, zufriedenstellend gewesen. Negativ hat sich die Abhängigkeit von der Bau- und Automobilbranche ausgewirkt, stellte der Fachverband Verbindungs- und Befestigungstechnik (VBT) fest.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheffe (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankwart Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Precheit

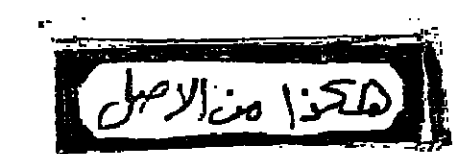
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



TECHNOLOGIE / Potential reichlich vorhanden

Umsetzen bereitet Probleme

tb. **Berlin**

Die Bundesrepublik verfügt über ein großes Potential an Forschung und Technologieangeboten, doch vor allem die mittelständische Wirtschaft hat noch Probleme mit der Umsetzung des vorhandenen Wissens in marktreife Produkte. Als Gründe dafür nannte Hans Trautmannsberger von der AMK Berlin vor Journalisten die Schwellenangst bei der Kontaktaufnahme zu Experten von Wissenschaft und Forschung, Schwierigkeiten bei der Finanzierung oder der Markteinschätzung. Dabei bestimmen neue Technologien und Innovationen immer mehr die Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten.

Berlin steht in dieser Woche ganz im Zeichen neuer Technologien. Bis zum 30. November findet im Rahmen der „Technologie- und Innovationswoche Berlin 1984" im Internationalen Congress Centrum (ICC) und auf dem Messegelände das Technologieforum Berlin '84 statt. Dieses Forum versteht sich als Bindeglied zwischen Praxis und Forschung und will vor allem kleineren und mittleren Betrieben Hilfestellung auf dem Weg zum technologie-orientierten Unternehmen geben. Die viertägige Veranstaltung gliedert sich in einen Kongreß, zu dem bisher mehr als 350 Anmeldungen vorliegen, und eine Fachausstellung, zu der rund 1200 Besucher erwartet werden.

Im Rahmen der Technologie-Woche finden im ICC auch das II. Internationale Symposium Technologie-Management (27. und 28. November), die 4. Internationale Konferenz Eurotronics – Mikroelektronik in Westeuropa (29. November) und ein Workshop „Joint Ventures mit neuen Technologien mit Ländern der Dritten Welt" (30. November) statt. Parallel dazu präsentieren vom 27. bis 30. November auf der Messe „Big Tech '84" im Berliner Innovations- und Gründerzentrum mehr als 60 Technologiefirmen Neuentwicklungen und Dienstleistungen. Ein Workshop Management von Gründerzentren (29. und 30. November) rundet die Veranstaltung ab. Im Rahmen der Technologie-Woche wird auch der Innovationspreis des Landes Berlin vergeben.

COMMERZBANK / Eine Aufstockung der Dividende wird in diesem Jahr wohl nicht in Erwägung gezogen

Die innere Stärkung hat diesmal Priorität

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Spekulationen auf eine Dividendenerhöhung der Commerzbank erscheinen unrealistisch. Zwar wollte Vorstandsvorsitzer Walter Seipp vor Ablauf des Geschäftsjahres noch keine definitive Dividendenerklärung abgeben. Doch die Ertragsentwicklung bis Ende Oktober und die Absicht des Vorstands, bei der Gewinnverwendung der Risikovorsorge – vor allem für Auslandsengagements – und damit der inneren Stärkung Priorität einzuräumen, spricht dafür, daß es bei der nach dreijähriger Pause in diesem Jahr wiederaufgenommenen Ausschüttung von sechs Mark bleibt, die ohnehin schon etwas aggressiv erschien.

Seit dem diesjährigen Tief im April hat sich der Ertrag kontinuierlich verbessert. In den ersten zehn Monaten war das Teilbetriebsergebnis (Zins- und Provisionsüberschuß abzüglich Personal- und Sachaufwand sowie Sachanlagenabschreibungen) mit 527 Mill. DM um 8,2 Prozent niedriger als im Zehnmonatsdurchschnitt des Vorjahres (575 Mill. DM). Damit hat sich der Rückstand gegenüber der ersten Jahreshälfte (14,9 Prozent) fast halbiert. *Bei einer Steigerung des Zins*überschusses um 0,8 Prozent auf 1,514 Mrd. DM und des Provisionsüberschusses um 3,9 Prozent auf 522 Mill. DM erwirtschaftete die Commerzbank zwar 33 Mill. DM mehr Ertrag, gleichzeitig erhöhte sich jedoch der Aufwand um 80 Mill. DM (5,6 Prozent).

Annähernd parallel habe sich das Gesamtergebnis einschließlich der Eigenhandelsgewinne entwickelt, sagte Seipp, so daß die Bank dem vorjährigen Rekordergebnis voraussichtlich recht nahe komme und etwas besser abschneide als erwartet. Etwas günstiger als bei der AG sei die Ertragsentwicklung im Konzern gewesen, der wieder mehr als eine Milliarde Betriebsergebnis erzielen werde.

Für die Commerzbank ist 1984, so Seipp, nach Abschluß der Konsolidierungsphase zum Startjahr eines neuen, aber vorsichtigen und auf das Kundengeschäft konzentrierten Wachstums geworden, das sich in einem Anstieg der Bilanzsumme um 5,3 Prozent auf 70,4 Mrd. DM und des Geschäftsvolumens um 5,5 Prozent *auf 72,7 Mrd. DM spiegelt.* Die 2,6prozentige Erhöhung des durchschnittlichen Geschäftsvolumens in den ersten zehn Monaten konnte den ertragsdrückenden Effekt des Zinsspannenrückgangs von 2,64 auf 2,59 Prozent leicht überkompensieren.

Trotz Geschäftsausweitung, die von einer Zunahme der Kundenforderungen von 37 auf 39,1 Mrd. DM getragen wurde, steht eine Barkapitalerhöhung 1985 nicht zur Diskussion. Den Eigenkapitalbedarf auch zur Anpassung an die Konzernkonsolidierungsvorschriften glaubt die Bank aus der Ausübung von Optionsrechten decken zu können, woraus bis 1988 ein Zufluß von 675 Mill. DM als gesichert gilt. So bereite auch die Rückführung der „Überbelebung" des Konzernkapitals mit derzeit dem 22fachen des Kreditvolumens auf das 18fache, die bis Ende 1987 zur Hälfte erfüllt sein muß, keine Probleme.

Bei der Refinanzierung hat sich die Bank verstärkt auf Kundeneinlagen (45,1 nach 41,7 Mrd. DM) und Schuldverschreibungen (4,7 nach 4,2 Mrd. DM) gestützt und dabei die Politik *der längerfristigen Fundierung fortgesetzt.* Bei gleichzeitiger Reduzierung der Bankengelder von 15,5 auf 13,9 Mrd. DM und Aufstockung der Forderungen an Banken von 15,4 auf 16,6 Mrd. DM hat sich der Interbank-Status inzwischen aktiviert. Der Rentenbestand, der zunächst abschmolz, blieb trotz Wiederauffüllung um 1,6 Mrd. DM seit Ende März noch mit 4,6 Mrd. DM unter dem Stand vom Jahreswechsel (4,9 Mrd. DM).

Als geschäftspolitische Highlights nannte der Comerzbankchef neben einer Verbesserung der Bilanzstruktur – auch durch sechs Kapitalmarktoperationen mit 1,2 Mrd. DM Gegenwert – und verstärkten internationalen Aktivitäten vor allem die Erweiterung der Produktpalette durch einen langfristigen Sparplan, der vom nächsten Monat an auch mit Versicherungsschutz angeboten wird, sowie den Ausbau des Privatkreditgeschäfts um 1,2 auf 12,3 Mrd. DM, das entscheidend zum Wachstum des Inlandskreditvolumens beigetragen hat.

PFAFF

Besseres Ergebnis ist möglich

dpa/VWD, **Kaiserslautern**

Der Nähmaschinenkonzern G. M. Pfaff AG, Kaiserslautern, erwartet, die bisher erzielten Umsatz- und Ertragsverbesserungen halten und das Jahr 1984 zufriedenstellend abschließen zu können. Nach einem Zwischenbericht des Unternehmens stieg der Umsatz in den ersten neun Monaten um 12 Prozent auf 645 (575) Mill. DM. Davon entfielen 437 Mill. DM (plus 14 Prozent) auf Industriemaschinen und 208 Mill. DM (plus 8 Prozent) auf Haushaltmaschinen.

Der Auslandsanteil erhöhte sich auf 69 (68) Prozent. Höhere Industriemaschinenverkäufe wurden vor allem im Inland und in Übersee mit Schwerpunkt USA erzielt. Die anhaltende Marktschwäche in Lateinamerika soll durch Mehrumsätze in Fernost ausgeglichen werden. Die Ergebnislage im Auslandsgeschäft bleibt den Angaben zufolge durch Kursverluste beeinträchtigt. Beschäftigt wurden Ende September 9157 Mitarbeiter, das waren 107 weniger als noch vor Jahresfrist.

KALI-CHEMIE / Kräftiges Wachstum im Ausland

Wieder gutes Ergebnis

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Die mehrheitlich zur belgischen Solvay-Gruppe gehörende Kali-Chemie AG, Hannover, dürfte im Geschäftsjahr 1984 die guten Ergebnisse des Vorjahres noch übertreffen. Wie der Vorstand in einem Zwischenbericht schreibt, entwickelte sich das Geschäft in den ersten neun Monaten 1984 zwar in den einzelnen Produktbereichen unterschiedlich. Die Sparte Chemikalien indes, mit einem Anteil von zwei Dritteln am Gruppenumsatz wichtigste Säule des Unternehmens, verzeichnete einen überdurchschnittlichen Zuwachs. Auch die Ertragslage, so heißt es, habe sich in diesem Bereich gut entwickelt.

Innerhalb der Gruppe erhöhte sich der Umsatz im Berichtszeitraum um 13 Prozent auf 1,17 (1,04) Mrd. DM. Davon entfallen auf das Auslandsgeschäft 674 (574) Mill. DM (plus 17 Prozent) und auf das Inland 497 (462) Mill. DM (plus 8 Prozent). Das „besonders gute Auslandsgeschäft" habe zu einer Festigung der Position auf Teilmärkten geführt.

In der Chemikalien-Sparte verlief das Geschäft mit anorganischen Industriechemikalien und chemischen Spezialitäten besonders gut. Im Pharma-Bereich nahm der Umsatz zwar leicht zu; das Ergebnis entspreche aber noch nicht den Erwartungen. Weitere Fortschritte in der Produktentwicklung habe Kali-Chemie in der jüngsten Sparte, der Biotechnik, erzielt.

Weiter verbessert hat sich die Auslastung der Produktionsanlagen innerhalb der AG. Der Anstieg des Exportgeschäfts hatte dabei entscheidende Bedeutung. Vom AG-Umsatz in Höhe von 472 (391) Mill. DM entfielen auf das Inlandsgeschäft 253 (233) Mill. DM und auf Exporte 219 (158) Mill. DM (plus 39 Prozent). Neben erhöhten Ausgaben für Sachanlagen (22 nach 13 Mill. DM) sei auch verstärkt in Beteiligungen investiert worden. Noch keine Stellung bezieht der Vorstand zu den Dividendenaussichten. Für 1983 waren 20 (15) Prozent auf 125 Mill. DM Grundkapital gezahlt worden.

Stadtsparkasse München zufrieden

sz. **München**

Auf eine „insgesamt solide Fortentwicklung der Geschäftstätigkeit" in den ersten zehn Monaten 1984 kann die Stadtsparkasse München zurückblicken. Zwar werde man am Ende, so Vorstandsvorsitzender Josef Turiaux, nicht ganz an das herausragende Bankenjahr 1983 herankommen, doch dürfte das Ergebnis „nicht weit" dahinter bleiben. Im wesentlichen soll es wieder zur Risikovorsorge und Stärkung der Eigenkapitalbasis genutzt werden.

Das Kundenkreditgeschäft nahm per Ende Oktober um 2,6 Prozent auf 5,4 Mrd. DM zu. Im gewerblichen Sektor betrug das Plus 6,5 Prozent auf 1,5 Mrd. DM; die Konsumentenkredite erhöhten sich um 11 Prozent auf 330 Mill. DM. Auf der Passivseite verzeichnete man bei den Kundeneinlagen ein Plus von 3,0 Prozent auf 8,2 Mrd. DM, wobei die Spareinlagen um 0,3 Prozent auf 4,8 Mrd. DM zurückfielen. Die Zinsspanne gab Turiaux mit 3,65 (3,7) Prozent an. Die Bilanzsumme wuchs um 3,3 (5) Prozent auf 9,1 Mrd. DM.

EURO PARFUMS / Schweizer Kette plant zunächst zehn neue Geschäfte

Vorstoß auf den deutschen Markt

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

Mit ihrer Strategie, auf Markenparfums und Kosmetika großzügige Rabatte (von 20 bis 60 Prozent) auf die empfohlenen Verkaufspreise zu gewähren, stößt die in der Schweiz tätige Euro-Parfums-Kette nunmehr auch auf den deutschen Markt vor. Mit Gründung der Euro Parfums Handels GmbH, Stuttgart, wurde zugleich in der baden-württembergi*schen Metropole dieser Tage eine* erste Verkaufsstelle eröffnet. Weitere Verkaufsstellen sind für Freiburg, Ludwigshafen, Mannheim, Heidelberg und Ulm vorgesehen. Für die nächsten zwölf Monate ist in Süddeutschland die Eröffnung von insgesamt acht bis zehn Geschäften geplant. In einer zweiten Phase sollen in zwei bis drei Jahren auch nördlich der Main-Linie Verkaufsstellen errichtet werden.

Geschäftsführer Silvio W. Denz, dem (zusammen mit zwei Algeriern) die 1980 in der Schweiz gegründete Stammfirma Parfumerie 2000 S. A., Chene-Bourg bei Genf, gehört, skizziert seine Philosophie so: Einkauf großer Mengen – er führt ein Vollsortiment aller großen und weltbekannten Parfum-Marken –, hoher Umsatz, bescheidene Gewinnspanne und aufgrund verbraucherfreundlicher Preise große Nachfrage. Umgesetzt wird dieses Konzept in der Zusammenarbeit mit Franchise-Partnern. Auf diese Weise ist in der Schweiz eine Kette von nunmehr 23 Läden entstanden. Für seine Gruppe (zu der er auch die Großhandelsfirma Alrodo AG und die in der deutschen Schweiz tätige Import-Parfümerie AG zählt) schätzt Denz den Marktanteil in der Schweiz bei Parfum auf etwa 25 Prozent.

Denz verweist auf die allgemein rauhen Gepflogenheiten im Handel mit Markenparfums. Es gebe da Bezugszwang, empfohlene Verkaufspreise, in der Schweiz sogar Preisbindung, auch die Nichtbelieferung mit bestimmten Produkten bis hin zum Lieferboykott. Dies habe dazu geführt, *daß sich der Handel neue Wege* zur Beschaffung von Markenparfums suchen mußte. Er kaufe seine Artikel bei Groß- und Einzelhändlern in den verschiedensten Ländern ein. Selbstverständlich werde völlig gesetzeskonform importiert. Trotzdem und deshalb sei es möglich, großzügige Rabatte auf die empfohlenen Verkaufspreise zu gewähren. Dem häufig kommenden Vorwurf, Euro Parfums könne nur deshalb so preisgünstig anbieten, weil billige, überalterte Ware eingekauft würde, begegne er, Denz, damit, daß noch nie ein Fall von Lieferung solcher Ware nachgewiesen worden sei.

Nachdem in der Schweiz die Expansionsmöglichkeiten an Grenzen stießen, nehme Euro Parfums mit Hilfe des Franchising-Konzepts nunmehr den deutschen Markt ins Visier. Trotz Discount-Praxis handele es sich bei den Geschäften keineswegs um Billigpräsentation. Den Umfang seiner Lieferungen an die Franchise-Partner schätzt Denz auf jährlich etwa *50 Mill. sfr.*

NAMEN

Dr. **Wilhelm Peter Engels**, Geschäftsführer der Gebr. Finger GmbH & Co. KG, Köln, wird am 29. November 65 Jahre und scheidet aus dem Unternehmen aus. Sein Nachfolger ist **Hans Willi Klein.**

Dr. **Leo Heinlein**, Geschäftsführer der Joh. A. Benckiser GmbH, Ludwigshafen, tritt zum Jahresende in den Ruhestand. Sein Nachfolger ist Dr. **Olaf Gempt**, der zum 1. März 1985 in die Geschäftsführung des Chemieunternehmens eintreten wird.

KONKURSE

Anschluß-Konkurs eröffnet: Freiburg i. Br.: Heinz Heyer, Inh. d. Heinz Heyer Ausrüstungen f. Technik u. Wissenschaft, Neuenburg.

Vergleich beantragt: Aachen: Christiane Mathar, Würselen; **Beckum:** Kronit-Werk Raestrup GmbH & Co. KG, Oelde; Raestrup Beteiligungsges. mbH, Oelde; **Berlin Charlottenburg:** Klaus-Dieter Klos Bauges. mbH; **Cloppenburg:** Hans Witte, Kaufm., Inh. d. Hans Witte Fleischgroßhandel, Essen i. O.; **Tübingen:** 1. E. Gehring GmbH u. Co., Bodelshausen; 2. Watex Verwaltungsges. mbH, Bodelshausen.

Aktien weiter aufwärts

Schwerpunkte im Chemie- und Elektrobereich

DW. – Unter dem Eindruck des festen Wochenschlusses in Wall Street, der in den deutschen Börsensälen zu Plusankündigungen bei einigen US-Aktien führte, hielten auch auf dem deutschen Markt die Meinungskäufe an. Die Kaufaufträge reichten aus, um für eine freundliche Tendenz zu sorgen. Anlageschwerpunkte lagen im Chemie- und Elektrobereich. Konjunkturelle Fakten sowie Renditegesichtspunkte wurden als Gründe angeführt. Die Titel der Großchemie nähern sich ihren bisherigen Jahreshöchstkursen.

Gesucht waren nicht nur BASF, Bayer und Hoechst, zu Kurssprüngen kam es bei Schering und Beiersdorf. Die Kaufwelle bei Schering steht im Zusammenhang mit der Vorstandsverlautbarung, wonach die Aktionäre für 1984 in „etwas Nettes" zu erwarten haben. Mit zweistelligen Kursgewinnen warteten erneut die PKI-Aktien auf. Großbanken traten mehr oder weniger auf der Stelle. Da aus der Commerbank-Pressekonferenz keine neuen Erkenntnisse aus der zu erwartenden Dividende zu gewinnen waren, spielten ihre übrigen Ergebnisse keine kursbeeinflussende Rolle. Gesucht zu steigenden Kursen waren die beiden bayrischen Großbanken. Verstärkt hat sich das Interesse für Veba, wie auch für die reinen Versorgungswerte, die sich mit Kursgewinnen jedoch immer noch recht schwertun. Zurückhaltung weiterhin gegenüber Maschinenbaupapieren, selbst die spekulativ interessanten IWKA-Aktien traten auf der Stelle.

Düsseldorf: Audi NSU befestigten sich um 13 DM, AEG Kabel zogen um 4 DM auf 284 DM an und Kochs Adler konnten sich um 3,50 DM auf 205,50 DM verbessern. DAT sanken um 4 DM auf 371 DM, Dahlbusch Va. verminderten sich um 5 DM auf 405 DM und Stolberger Zink büßten 10 DM ein.

Frankfurt: Adt zogen um 2 DM auf 72 DM an, Flachglas verbesserten sich um 7 DM auf 230 DM und Frankonia Rück. stiegen um 10 DM . Mainkraft wurden um 13 DM auf 485 DM niedriger taxiert und Cassella sanken um 26,50 DM auf 425,50 DM.

Hamburg: Beiersdorf stiegen um 10 DM auf 365 DM. HEW verbesserten sich um 1 DM, NWK St. zogen um 2 DM an und NWK Vz. wurden mit 170,50 DM plus 1,50 DM gehandelt. Für Nordcement wurden 142 DM plus 2 DM bezahlt.

München: Agrob St. stiegen um 7 DM auf 224 DM an. Audi NSU befestigten sich um 11 DM und Dywidag erhöhten sich um 3 DM auf 149 DM. Hutschenreuther fielen um 5 DM und Leonische Draht gaben um 1,50 DM auf 314,50 DM nach.

Berlin: Schering wurden um 8 DM, Berlinr Elektro, Berthold und Kempinski um je 5 DM, Scheidemandel um 4,50 DM und Rheinmetall um 4 DM heraufgesetzt. Herlitz St. verbesserten sich um 3 DM, Herlitz Vz. um 1,50 DM, Berliner Kindl und DUB-Schultheiss um je 1 DM.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex 159,9 (158,1)
WELT-Umsatzindex: 2115 (2240)

Optionshandel

Frankfurt: 26. 11. 84: 934 Optionen = 48 250 (54 750) Aktien, davon 154 Verkaufsoptionen = 8 550 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 1-110/5,5, 4-110/8,6, 4-120/5, 7-100/16,6, 7-110/10, 7-120/5,5, BASF 1-150/22,8, 1-160/14, 1-163/10,5, 1-170/6,45, 1-180/3, 4-170/12,9, 4-180/7,5, 7-170/18,5, 7-180/11,6, 7-190/8, 7-200/5, Bayer 1-160/25, 1-170/17, 1-180/8,35, 1-190/3,9, 1-193/2,2, 1-290/1,7, 4-160/28, 4-170/21,05, 4-180/14,85, 4-190/9, 4-200/5,5, 4-210/2,9, 7-170/26, 7-180/21, 7-190/13, 7-210/6,5, Bay. Hypo. 4-320/17, 4-330/10,5, 7-320/28, Bekula 4-110/2,4, Kommerzbank 1-160/16,2, 1-170/10,5, 1-1890/4, 1-190/2, 4-160/22,8, 4-180/9,8, 4-190/5,5, 4-200/3,8, 7-170/20,4, 7-180/15, 7-190/8,9, 7-200/6, Conti 1-120/3,5, 1-130/1,05, 4-120/8, 4-130/4, 7-130/7, Daimler 4-580/24,2, 4-600/9, Dt. Babcock St. 4-160/8, Deutsche Bank 1-380/12, 1-390/6,2, 4-400/13,6, 7-400/20, 7-430/10, Dresdner Bank 1-170/20,2, 1-190/6, 1-200/2,5, 4-150/44, 4-170/26, 4-180/19,4, 4-200/9, 4-210/4,4, 7-170/36, 7-200/11,6, 7-210/8,2, GHH St. 1-160/3,5, 4-16/7, Hoechst 1-180/6,7, 1-190/2,7, 4-160/27, 4-180/12,55, 4-190/6,55, 4-200/3,9, 7-180/18,1, 7-190/12, Hoesch 1-100/6,9, 1-110/2,5, 1-120/1,1, 4-110/7, 4-120/4, 7-110/10,6, Karstadt 1-240/12, Kaufhof 1-240/8, 7-240/7, Kloeckner 1-70/5, 4-70/8,35, 4-80/4,4, 4-90/1,5, 7-75/8,9, 7-80/7, 7-85/4,8, 7-90/3, Metallges. 1-230/8,7, 4-230/8, Mannesmann 1-140/12,5, 1-150/6, 4-150/12, 4-160/6,3, 4-170/2,2, 7-150/16,4, 7-160/9,6, 7-170/6,7, Preussag 4-290/5, RWE St. 1-170/3,4, 7-170/6, RWE VZ 1-170/2, Schering 4-40/14,4, Kali + Salz 1-230/7,6, 4-260/4,8, Siemens 1-410/54, 1-440/25,1, 1-460/12, 4-430/38, 4-470/19,7, 4-490/11, 7-460/36,5, Thyssen 4-80/9,5, 4-85/5,4, 7-80/12,4, 7-90/5,5, Veba 1-162,5/11, 4-170/7,5, 4-180/4, 7-170/12,4, 7-180/7,05, VEW 7-120/8, VW 1-180/18,8, 1-190/10,9, 1-200/6, 4-220/5,5, 7-190/23,8, 7-200/17,5, 7-210/12,5, 7-220/8,5, 7-230/5,5, Alcan 4-80/5,4, Chrysler 1-85/5,9, 1-90/4,9, General Motors 7-280/10, IBM 1-350/30, 1-380/20, 4-400/21, 4-410/18,5, 4-430/9, Philips 7-50/5,5, Xerox 7-120/11,4, **Verkaufsoptionen:** AEG 1-100/1,5, 4-95/1,6, 4-110/8, 7-100/3,9, BASF 4-170/1,5, 7-170/3,5, Bayer 1-180/1, 4-180/2,6, 7-180/4, Bay. Hypo 7-320/4, Bekula 4-100/3, BMW 1-36/2,5, 1-370/6,6, 4-370/10,5, 7-370/14,4, Commerzbank 1-170/1,15, Conti 7-120/6,9, Daimler 7-580/14,4, Deutsche Bank 4-370/7,6, 7-350/5, 7-370/9,4, Dresdner Bank 1-190/4,6, Hoechst 1-180/2,8, 4-180/3,5, 7-170/2,4, Hoesch 1-100/1,3, 7-100/3,1, Karstadt 4-240/6, Kloeckner 1-70/1, 7-70/3,35, Lufthansa St. 7-170/6,5, Mannesmann 1-150/2,5, 4-150/4,5, Schering 4-380/5,9, Siemens 1-430/2,4, 4-430/3,8, 4-440/5,8, 7-410/3,4, 7-420/6,2, 7-450/15,8, Thyssen 4-80/2, VW 1-190/2,1, 4-190/5, Chrysler 1-85/2,4, 1-90/5,5, 4-85/6, General Motors 4-230/12,4, 7-220/8,2, IBM 1-360/3,4, 4-370/15, 7-350/9,4, Litton 4-180/4,8, Sperry 1-110/1,5, 7-110/8,3. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 23. 11.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8¾– 9	5¼–5½	4½–4½
3 Monate	9⅛– 9⅜	5½–5¾	4⅞–5¼
6 Monate	9½– 9¾	5⅝–5⅞	4⅞–5¼
12 Monate	10 –10¼	5⅝–5⅞	4⅞–5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 26. November folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1460,00	1812,60
10 US-Dollar (Indian)**)	1185,00	1444,50
5 US-Dollar (Liberty)	485,00	644,10
1 £ Sovereign alt	235,00	290,70
1 £ Sovereign Elizabeth II.	231,00	285,14
20 belgische Franken	180,00	232,56
10 Rubel Tscherwonez	245,00	306,66
2 südafrikanische Rand	230,00	285,00
Krüger Rand, neu	1047,00	1233,48
Maple Leaf	1047,00	1233,48
Platin Noble Man	1013,60	1194,72
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	243,00	304,38
20 schweiz Franken „Vreneli"	187,00	237,12
20 franz. Franken „Napoléon"	187,00	237,12
100 österr. Kronen (Neuprägung)	967,00	1166,22
20 österr. Kronen (Neuprägung)	191,00	240,54
10 österr. Kronen (Neuprägung)	101,00	132,24
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	446,00	548,34
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	106,00	143,64

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

26. 11. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Ankfs.-Kurs[4])	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York[3])	3,0507	3,0687	3,0166	2,99	3,08
London[1])	3,672	3,686	3,645	3,62	3,77
Dublin[1])	3,101	3,115	3,042	2,19	2,29
Montreal[3])	2,3135	2,3215	2,2785	2,24	2,34
Amsterd.	88,580	88,780	88,620	87,50	89,50
Zürich	121,250	121,450	121,1804-	119,50	122,25
Brüssel	4,962	4,982	,906	4,85	5,05
Paris	32,560	32,720	32,165	31,75	33,50
Kopenh.	27,695	27,815	27,345	26,75	28,50
Oslo	34,436	34,555	33,770	33,25	35,00
Stockh.**)	34,970	35,130	34,415	34,00	35,75
Mailand[2]) **)	1,609	1,619	1,575	1,56	1,66
Wien	14,206	14,246	14,164	14,13	14,35
Madrid**)	1,780	1,790	1,749	1,71	1,83
Lissabon**)	1,849	1,889	1,762	1,45	2,25
Tokio	1,2430	1,2480	–	1,20	1,28
Helsinki	47,886	48,080	46,835	46,75	48,50
Buen. Air.	–	–	–	–	4,00
Rio	–	–	–	0,05	0,30
Athen*) **)	2,4090	2,4830	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5085	2,6185	–	2,54	2,64
Johannesbg.*)	1,6760	1,6950	–	1,60	1,85

Alles in Hundert; [1]) 1 Pfund; [2]) 1000 Lire; [3]) 1 Dollar;
[4]) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert.
**) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte vom 26. 11. 84

Die Aufwärtsentwicklung des US-Dollar hält am 26. 11. unverändert an. Weder der nicht in dieser Höhe erwartete Rückgang von M1 um 1,3 Mrd. Dollar noch die niedrigeren Dollar-Geldsätze (unter 9 Prozent) änderten etwas an der Einschätzung. Im Tagesverlauf zog der Dollar von 3,0325 bis auf 3,06 an. Eingriffe der Bundesbank gab es nicht. Lediglich zur Notiz verkaufte die Bundesbank 24,15 Mio. Dollar. Die seit Tagen anhaltende kommerzielle Nachfrage scheint in der zu Beginn des Monats vorherrschenden Einschätzung des Dollars begründet zu sein. Resistenter zeigte sich der Yen gegen Dollar, gegen DM gewann er 7,7 Promille auf 1,2445. Überdurchschnittlich notierten der Schweizer Franken, der canadische Dollar, die norwegische Krone, die schwedische Krone und der Escudo. US-Dollar in: Amsterdam 3,4500; Brüssel 61,57; Paris 9,3725; Mailand 1895,10; Wien 21,4150; Zürich 2,5173, Ir. Pfund/DM 3,106; Pfund/Dollar 1,2044.

Ostmarkkurs am 26. 11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Bei wenig geänderten Euro-Sätzen wurden die Termin-Abschläge am 26. November auf Vorwochenniveau gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,90/0,80	2,75/2,65	5,65/5,45
Pfund/Dollar	0,10/0,08	0,17/0,14	0,20/0,15
Pfund/DM	2,00/0,60	4,40/3,00	7,90/6,50
FF/DM	22/06	53/37	98/82

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 26. 11.: Tagesgeld 5,40–5,45 Prozent; Monatsgeld 5,45–5,55 Prozent; Dreimonatsgeld 5,70–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 26. 11.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 26. 11.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Oktober 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/9 (Typ A) 5,00 (5,00) – 7,00 (5,97) – 7,25 (6,37) – 7,75 (6,68) – 8,00 (6,91) – 8,50 (7,13): Ausgabe 1984/10 (Typ B) 5,00 (5,00) – 7,00 (6,00) – 7,25 (6,41) – 7,75 (6,79) – 8,00 (6,99) – 8,50 (7,24) – 8,50 (7,42) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,35, 2 Jahre 6,30. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 100,3, Rendite 6,90.

Warenpreise – Termine

Abschläge verzeichneten am Freitag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer gingen auch Kaffee und Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

	23. 11.	21. 11.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez.	352,00	361,50
März	360,75	360,75
Mai	353,50	353,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board ab.	23. 11.	21. 11.
St. Lawrence I CW	234,22	234,92
Amber Durum	249,47	252,02
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	143,60	144,80
März	150,50	151,40
Mai	164,70	155,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	124,00	124,90
März	127,30	127,90
Mai	128,70	129,00
Hafer Chicago (c/bush)	23. 11.	21. 11.
Dez.	184,75	185,75
März	180,25	181,75
Mai	178,25	179,25
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	270,25	273,50
März	280,25	282,50
Mai	288,00	285,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)	23. 11.	21. 11.
Dez.	137,20	138,10
März	137,40	137,00
Mai	137,90	137,90

Genußmittel

	23. 11.	21. 11.
Kaffee		
New York (c/lb)		
Terminkontr. Dez.	138,92	139,70
März	138,05	138,25
Mai	135,07	135,60
Kakao		
New York ($/t)	23. 11.	21. 11.
Terminkontr. Dez.	2235	2250
März	2090	2115
Mai	2085	2120
Umsatz	2906	4712
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	4,55	4,65
März	5,15	5,27
Mai	5,52	5,60
Juli	5,84	5,94
Sept.	6,08	6,17
Umsatz	6885	8277
Ika-Preis fob karib. Häfen (US-c/lb)	23. 11.	21. 11.
	geschl.	4,09
Kaffee		
London (£/t) Robusta-Kontrakt Nov.	23. 11.	21. 11.
	2355-2355	2400-2405
Jan.	2303-2310	2326-2329
März	2230-2232	2231-2233
Umsatz	2023	1838
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt März	1824-1825	1878-1879
Mai	1825	1832-1833
Juli	1825-1826	1831-1832
Umsatz	2906	4159
Zucker		
London ($/t), Nr. 6		
Dez.	126,00-127,00	127,20-128,00
März	142,00-142,20	144,80-145,00
Mai	149,60-150,00	151,80-152,00
Umsatz	–	–
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	23. 11.	21. 11.
schw. Sarawak spez.	422,50	422,50
weißer Sarawak	852,50	852,50
weißer Muntok	860,00	830,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	23. 11.	21. 11.
Jan.	172,00	171,15
März	172,50	171,00
Mai	172,30	171,90
Juli	172,00	171,00
Sept.	170,00	169,50
Umsatz	550	500

Öle, Fette, Tierprodukte

	23. 11.	21. 11.
Erdnußöl		
New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	geschl.	42,00
Maisöl		
New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	geschl.	33,75
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	27,68	27,85
Jan.	26,27	26,62
März	25,30	25,70
Mai	24,90	25,25
Juli	24,80	25,05
Aug.	24,50	24,50
Sept.	24,25	24,20
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	geschl.	31,00
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	geschl.	30,00
Choice white hog 4% fr. F	geschl.	22,25
Talg		
New York (c/lb)		
top white	geschl.	22,00
fancy	geschl.	21,75
bleichfähig	geschl.	20,00
yellow max. 10% fr. F	18,25	18,75
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Dez.	53,20	53,40
Febr.	53,30	53,47
April	49,40	50,50
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Febr.	73,65	74,60
März	73,80	74,40
Mai	74,90	75,35
Häute		
Chicago (c/lb)	23. 11.	21. 11.
Ochsen einh. schwere River Northern	geschl.	53,50
Kühe einh. schwere River Northern	geschl.	51,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Jan.	610,00	616,00
März	625,50	631,00
Mai	640,00	644,00
Juli	650,00	654,00
Aug.	651,00	654,00
Sept.	638,50	644,00
Nov.	639,00	642,50
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Dez.	150,80	151,50
Jan.	154,30	154,70
März	160,10	160,80
Mai	166,50	165,50
Juli	171,00	172,00
Aug.	173,00	173,50
Sep.	174,50	174,00
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	23. 11.	21. 11.
Dez.	355,80	356,30
März	369,00	369,50
Mai	377,10	377,60
Kokosöl		
New York (c/lb)	23. 11.	21. 11.
Westküste fob Werk	geschl.	46,00
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	26. 11.	23. 11.
jegl. Herk. cif	950,00	950,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	650,00	650,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	605,00	610,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) von Niederl. fob Werk	246,00	245,00
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1050,00	1050,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	300,00	298,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	23. 11.	21. 11.
Baumwolle		
New York (c/lb)	23. 11.	21. 11.
Kontrakt Nr. 2:		
Dez.	64,60	64,55
März	65,75	65,90
Mai	67,00	67,05
Juli	68,10	68,10
Okt.	68,06	68,06
Dez.	68,30	68,35
Kautschuk New York		
(c/lb), Händlerpreis loco RSS-I	geschl.	42,75
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2	23. 11.	22. 11.
Dez.	509-510	506-510
Jan.	505-510	506-513
März	512-514	514-515
Umsatz	73	83
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	23. 11.	22. 11.
Dez.	51,50	51,50
März	53,40	53,40
Mai	53,50	53,50
Juli	53,50	53,50
Umsatz	0	2250
		Tendenz: stetig
Wolle Sydney		
(austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle		
Standardtype	22. 11.	21. 11.
Dez.	565,0-562,0	563,0-566,0
März	582,5-584,0	581,5-584,0
Mai	591,5-593,5	595,5-598,0
Umsatz	64	39
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	23. 11.	22. 11.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	23. 11.	22. 11.
Nov.	geschlossen	13 206
Dez.	geschlossen	13 206
Kautschuk		
London (p/kg)	23. 11.	22. 11.
Nr. 1 RSS loco	60,00-61,00	60,00-62,00
Dez.	59,00-61,00	59,50-61,50
Jan.	60,00-62,00	60,50-62,50
Feb.	61,00-63,00	61,50-63,50
		Tendenz: ruhig
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	23. 11.	22. 11.
Dez.	192,75-193,00	193,00-193,25
Jan.	196,75-197,25	197,25-197,50
Nr. 2 RSS Dez.	185,50-186,50	185,50-186,50
Nr. 3 RSS Dez.	182,00-183,00	182,00-183,00
Nr. 4 RSS Dez.	175,00-176,00	175,00-176,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	23. 11.	22. 11.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 Troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R – 76 WD – (-); BTC – (-); BTD – (-)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	26. 11.	23. 11.
Aluminium: Sez. London		
laufend. Monat	350,54-350,72	338,37-338,55
drittfolg. Monat	359,39-359,57	346,69-347,05
Blei: Basis London		
laufend. Monat	133,25-133,43	135,64-135,83
drittfolg. Monat	127,54-127,90	128,81-128,99
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1054,13-1455,97	1422,86-1424,61
drittfolg. Monat	1484,72-1485,46	1454,01-1455,49
Zink: Basis London		
laufend. Monat	236,09-236,27	235,73-237,10
drittfolg. Monat	236,46-245,64	237,47-237,65
Produz.-Preis	275,28	271,62
Reinzinn 99,9%	4007-4047	3967-4006

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	26. 11.	23. 11.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	411,35-413,20	411,37-413,21
Blei in Kabeln	141,30-142,00	143,25-144,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00-458,00	455,30-458,50
Vorziehdraht	464,00-464,50	464,00-464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	26. 11.	23. 11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	392,00-393,00	391,00-392,00
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	433,00-435,00	433,00-435,00
MS 63	422,00-428,00	422,00-428,00

Zinn-Preis Penang

	23. 11.	22. 11.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	26. 11.	25. 11.
Leg. 225	385-390	385-390
Leg. 226	387-392	387-392
Leg. 231	420-422	420-422
Leg. 233	430-432	430-432

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	26. 11.	25. 11.
Platin (DM je g)	34,35	33,90
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 550	33 550
Rücknahmepr.	32 800	32 800
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 990	33 830
Rücknahmepr.	33 140	32 980
verarbeitet	35 660	35 480
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 370	33 100
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	750,90	748,20
Rücknahmepr.	728,90	726,20
verarbeitet	783,90	781,10

Internationale Edelmetalle

	26. 11.	25. 11.
Gold (US-$/Feinunze)		
London		
10.30	339,50	342,00
15.00	336,90	341,95
Zürich mittags	346,30-346,70	341,90-342,40
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	101 700	101 300
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	618,75	615,10
3 Monate	632,90	628,80
6 Monate	648,35	643,95
12 Monate	677,80	672,95
Platin (£-Feinunze)	23. 11.	22. 11.
London fr. Markt	267,55	266,30
Palladium (£-Feinunze)		
London Händlerpr.	119,20	118,10

New Yorker Preise	23. 11.	21. 11.
Gold H & H Ankauf	unerhaltl.	340,30
Silber H & H Ankauf	unerhaltl.	747,00
Platin fr. Händlerpr.	317,00-327,00	331,00-335,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	144,00-145,00	146,00-147,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Nov.	754,00	758,50
Dez.	754,50	759,00
Jan.	760,70	765,30
März	772,00	776,50
Mai	784,50	790,10
Juli	797,00	802,30
Sept.	810,70	816,0
Umsatz	11 000	21 500

New Yorker Metallbörse

	23. 11.	21. 11.
Kupfer (c/lb)		
Nov.	59,50	59,95
Dez.	59,60	60,00
Jan.	60,15	60,55
März	61,20	61,50
Mai	62,10	62,45
Juli	63,10	63,60
Sept.	64,05	64,65
Umsatz	11 000	15 500

Londoner Metallbörse

	26. 11.	23. 11.
Aluminium (£/t)		
Kasse	951,00-951,50	927,50-928,50
3 Monate	975,00-975,50	950,50-951,00
Blei (£/t) Kasse	361,50-362,00	362,50-363,50
3 Monate	346,00-347,00	346,50-347,00
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1103,0-1104,0	1100,5-1101,0
3 Monate	1125,0-1125,5	1117,0-1117,5
abends Kasse	–	1108,0-1109,0
3 Monate	–	1126,0-1127,0
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1112,0-1113,0	1115,0-1116,0
3 Monate	1130,0-1132,0	1131,0-1132,0
Zink (£/t) Kasse	640,50-641,00	637,00-637,50
3 Monate	641,50-642,00	640,00-640,50
Zinn (£/t) Kasse	9777-9780	9730-9740
3 Monate	9770-9775	9725-9730
Quecksilber ($/fl)	–	300-310
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	75-80

Knappheit am Rentenmarkt

Als Folge der in den USA in Gang gesetzten Zinssenkung nahm die Nachfrage nach festverzinslichen Papieren zu. Da weder von den Großanlegern noch von den Kreditinstituten nennenswerte Beträge bereitgestellt wurden, und die kurspflegenden Stellen der öffentlichen Hände offenbar nicht geneigt sind, sich von ihren letzten Beständen zu trennen, wurden die Kurse deutlich teilweise um mehr als einen halben Punkt heraufgesetzt. Gemäßigter fiel der Kursanstieg bei den Pfandbriefen aus, wo sich – gemessen an den Renditen – eine Kursreserve abzuzeichnen beginnt.

Bundesanleihen

		26. 11.	23. 11.
F 6½ Bund 79	1/85	100	100
9½ dgl. 73 I	3/85	100,7	100,7
7 dgl. 79	4/85	100,3	100,3
7¼ dgl. 79 II	6/85	100,6	100,6
7¾ dgl. 79 I	7/85	101	101
8 dgl. 76 IV	10/85	101,6G	101,6
5½ dgl. 78 II	3/86	99,45	99,45
5¼ dgl. 78	5/86	99	99G
7¼ dgl. 76 I	12/86	102,15	102,15
6½ dgl. 79	1/87	100,5G	100,5
7¼ dgl. 76 II	1/87	102	102
6¾ dgl. 77	4/87	101	101
6½ dgl. 77	7/87	100,55	100,5G
6 dgl. 77	10/87	99,55	99,4
6 dgl. 78 I	1/88	99,5	99,3
6½ dgl. 78 I	9/88	100,4	100,25G
6½ dgl. 78 II	12/88	100,55bG	100,25
6¾ dgl. 79	1/89	100,75bG	100,45
7¼ dgl. 79 I	4/89	101,8	101,55G
10 dgl. 81	4/89	111G	111bG
7½ dgl. 79 I	6/89	102,55bG	102,25
8 dgl. 79 I	7/89	104,35	104,05
8 dgl. 79 II	8/89	104,35bG	104,1
7½ dgl. 79 II	9/89	102,65bG	102,4
7¾ dgl. 79 II	11/89	103,85bG	103,6
7¾ dgl. 80 I	1/90	103,85	103,6
10 dgl. 80	4/90	112,55	112,3bG
5¾ dgl. 78	5/90	96,1	96,1
8¾ dgl. 80 I	7/90	105,6	105,3
8¾ dgl. 80 II	11/90	105,8	105,65bG
7¾ dgl. 82	11/90	104	103,65
9 dgl. 81	2/91	108,45	108,25
10¼ dgl. 81	7/91	114,75bG	114,55G
10¾ dgl. 81	9/91	117,6	117,4
10 dgl. 81 II	12/91	114,15	113,95
9¾ dgl. 82 I	1/92	112,8	112,55
9¾ dgl. 82 II	3/92	113bG	112,8
6 dgl. 78 II	3/93	96,2	95,8
9,5 dgl. 82	4/92	111,7	111,5bG
9 dgl. 82	5/92	109,2bG	108,8bG
8½ dgl. 82	6/92	106,7bG	106,45G
9 dgl. 82	8/92	109,35bG	109,05
8¾ dgl. 82	9/92	108,45bG	108,05bG
7¾ dgl. 82	12/92	103,7	103,15
7½ dgl. 83	1/93	102,55	101,95bG
7½ dgl. 83 II	3/93	102,65	101,95
7½ dgl. 83 III	6/91	102,6bG	102,2bG
8¼ dgl. 83	6/93	106,7bG	106,2bG
8 dgl. 83	7/93	104,75bG	104,35
8¾ dgl. 83 II	8/93	106,75bG	106,25
8½ dgl. 83 III	10/93	106,75	106,25bG
8¼ dgl. 83 IV	11/93	106,75bG	106,25bG
8¼ dgl. 83 V	12/93	105,8	106,3bG
8¼ dgl. 84	1/94	106,8bG	106,3bG
8¼ dgl. 84 II	2/94	106,95	106,3bG
8 dgl. 84	3/94	105,2	104,55bG
8¼ dgl. 84	6/94	107	106,3bG
8¼ dgl. 84 IV	7/94	107	106,3bG
8¼ dgl. 84 V	8/94	107,1	106,35
7½ dgl. 84	10/94	102,65bG	101,95
F 8 B.Obl. 80 S.2	2/85	100,35	100,35G
8¼ dgl. 80 S.3	2/85	100,4	100,4
9¾ dgl. 80 S.4	3/85	100,75	100,75
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	100,9	100,9
8¼ dgl. 80 S.6	5/85	100,95	100,95
8 dgl. 80 S.7	5/85	100,95	100,95
7½ dgl. 80 S.8	8/85	100,95	100,95
8¾ dgl. 80 S.9	10/85	101,8	101,8
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	102,8	102,8
9 dgl. 81 S.11	1/86	103,15	103,1
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	104,35G	104,35
10 dgl. 81 S.13	3/86	104,65	104,65
9½ dgl. 81 S.14	4/86	104,3G	104,25G
10 dgl. 81 S.15	4/86	104,95	104,9
10½ dgl. 81 S.16	5/86	106,2	106,15
11 dgl. 81 S.17	8/86	107,6bG	107,55
10½ dgl. 81 S.18	10/86	107,45	107,35
10 dgl. 81 S.19	10/86	106,6	106,5
9½ dgl. 81 S.20	11/86	105,95G	105,85G
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	107,25G	107,2
10 dgl. 81 S.22	11/86	106,8G	106,7
9½ dgl. 81 S.23	12/86	106,2	106,05
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	106,35	106,3
9½ dgl. 82 S.25	3/87	106,05	105,9
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	105,8	105,65
9 dgl. 82 S.27	4/87	105,25G	105,15
8½ dgl. 82 S.28	5/87	104,2	104,05
9¾ dgl. 82 S.29	7/87	106,75	106,7
9 dgl. 82 S.30	8/87	105,7	105,7
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	105,45	105,3
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	104,4bG	104,25bG
8 dgl. 82 S.33	11/87	103,9	103,7bG
7¾ dgl. 82 S.34	11/87	103,35	103,2
7½ dgl. 82 S.35	12/87	102,6	102,35
7¼ dgl. 83 S.36	1/88	102	101,85
6¾ dgl. 83 S.37	3/88	100,45bG	100,35bG
7 dgl. 83 S.38	5/88	101,15	101
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	101,8	101,75
7½ dgl. 83 S.40	6/88	102,55	102,4
8 dgl. 83 S.41	6/88	103,85	103,65bG
8 dgl. 83 S.42	9/88	104,05	103,9
8 dgl. 83 S.43	12/88	104,15	104
8¼ dgl. 83 S.44	12/88	105,05bG	104,9
8 dgl. 84 S.45	3/89	103,95bG	103,8bG
7½ dgl. 84 S.46	4/89	102,1	102
7¾ dgl. 84 S.47	7/89	103,2	103,05
7¾ dgl. 84 S.48	9/89	103	102,8bG
7½ dgl. 84 S.49	10/89	102,05	101,95bG
7¼ dgl. 84 S.50	11/89	101,15	101bG

Bundesbahn

6½ Bdbahn 79	2/85	100,1	100,1
8½ dgl. 73	2/85	100,45	100,45
7 dgl. 77	2/87	101,3G	101,3G
6 dgl. 77	9/87	99,45bG	99,25
6 dgl. 78 II	7/88	98,6	98,4G

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

	26. 11.	23. 11.
M 7 dgl. Pf 20	100G	99,75G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103G
7 dgl. Pf 31	101G	101G
6 dgl. Pf 34	97,5G	97,5G
6½ dgl. Pf 37	99	99G
8 dgl. Pf 51	100,15G	100,15G
Hn5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	94,75G	94,75G
7½ dgl. Pf 87	100G	100G
6 dgl. KS 29	85,75G	85,75G
7 dgl. KS 30	100,85G	100,85G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	119,5G	119,5G
5 dgl. Pf 54	116G	116G

	26. 11.	23. 11.
Hn8 dgl. Pf 10	100,7G	100,7G
9 dgl. KO 53	101,3bG	101,3bG
7½ dgl. IS 6	102G	102G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfälz Hypo. Pf 48	115G	115G
6 dgl. Pf 58	89,2G	89,2G
6 dgl. Pf 95	80G	80G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Sodencr. Pf C	128	126
5½ dgl. K	109,5G	109,5G
4 dgl. Pf 18	104G	104G
6 dgl. Pf 28	98G	97G
6½ dgl. Pf 67	88G	88G

	26. 11.	23. 11.
F 7½ dgl. RS 27	101,5G	101,5G
6½ dgl. RS 60	99,75G	99,75G
7 dgl. 94	100,6G	100,6G
7 dgl. 99	100,25	100,25G
8 dgl. 101	103,5G	103,5G
7½ dgl. 102	101,25G	101,25G
8½ dgl. 126	106,25G	106,25G
D 8 LAG TS 76	101,7	101,65G
6½ dgl. TS 77	100,2G	100,2
5½ dgl. 78	97,3	97,1
7 dgl. 79	101	100,85

Industrieanleihen

Optionsscheine

Sonderinstitute

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Optionsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Bleibt in der Kiste

Bth. – Diesmal ist Peter Ludwig, der Sammler und Mäzen, bestimmt nicht schuld, oder doch nur indirekt. In Köln gibt es Krach, nicht grün sind sich im Moment („auf rein sachlichem Gebiet" selbstredend) der Direktor des Wallraf-Richartz-Museums, Rainer Budde, und der kommissarische Direktor des neuen Museums Ludwig, Siegfried Gohr. Es geht um den demnächst bezugsfertigen Neubau für die beiden Museen unter einem Dach. Man keilt sich um den rechten Anteil am „Platzvolumen".

Zwar war ursprünglich einmal „definitiv" davon die Rede gewesen, daß den klassischen Sammlungen künftig ein Drittel, der modernen Sammlung alias Sammlung Ludwig zwei Drittel des Neubaus zur Verfügung stehen sollten. Aber das hat sich inzwischen durch die Anlage des Neubaus gleichsam automatisch korrigiert. Man war nämlich von den Etagen ausgegangen: Erdgeschoß und zweiter Stock für Ludwig, die erste Etage für Wallraf. Auf Quadratmeter Ausstellungsfläche gerechnet, brachte das aber im Endeffekt ein Verhältnis von 60 zu 40 zugunsten der klassischen Sammlung.

Nach einem neuen Nutzungsplan wurde das daraufhin herumgedreht. Einen großen Raum, einstmals gedacht vor allem für die Riesenformate von Rubens und Murillo, soll Budde nun noch an Gohr abtreten. Die Wallraf-Richartz-Kustoden sehen dadurch vor allem ihre Bestände des 19. Jahrhunderts, an die sich Kölns Museumsbesucher kaum mehr erinnern können, so lange liegen sie schon im Keller, erneut in die Depotkiste verwiesen: Monet, Cézanne, Gauguin, Liebermann, Munch – Werke mit einem bescheiden taxierten Versicherungswert von 60 Millionen Mark. Nach den neuen Überlegungen, so räsonniert Budde, sei das Wallraf-Richartz-Museum dann nur noch ein Forschungsinstitut.

Wer die Bestände der Sammlung Ludwig sichtet, der ist geneigt, Budde und den Seinen recht zu geben. Allzu viel davon ist in seinem Wert noch durchaus umstritten; es ist noch keineswegs klar, ob alles davon tatsächlich ins Museum gehört. So kann man sich eigentlich nur noch mit der Erkenntnis der Restauratoren trösten: Im vollklimatisierten Depot ist die Kunst am allerbesten aufgehoben.

München zeigt „Shogun" – Eine Japan-Ausstellung, die man dreimal sehen muß

Ein Schwan kam nach Edo

Ein prächtiger Helm liegt auf der goldenen Landmasse Japans. Mit diesem Symbol wirbt Münchens Haus der Kunst für die Ausstellung „Shogun". Es ist jedoch keine martialische Veranstaltung. Vielmehr werden „Kunstschätze und Lebensstil eines japanischen Fürsten der Shogun-Zeit" vorgeführt, wobei das „eines" im Untertitel der Gipfel des Understatements ist. Denn hier geht es um die Tokugawa, Japans mächtigste Familie zwischen 1603 und 1868.

Ursprünglich war der Shogun der vom Kaiser ernannte „Großmarschall zur Unterwerfung der Barbaren" im Norden des Inselreichs. Gegen Ende der Heian-Zeit (894–1192) trug diesen Titel dann der Statthalter des Kaisers, der die militärische und zivile Oberhoheit über ganz Japan ausübte. Unbeschränkte Herrscher waren allerdings erst die Tokugawa-Shogune, die nach langen Bürgerkriegszeiten und einer Dreißigjahresperiode ohne Shogun durch Tokugawa Ieyasu mit militärischen Erfolgen über konkurrierende Familien, aber auch durch geschicktes Taktieren und Paktieren die Macht gewannen.

Obwohl das Shogunat im Prinzip eine Militärdiktatur war, die sich auf den eigenen Clan und auf einen abgestuften Kreis von Vasallen stützte, bescherten die Tokugawa Japan immerhin 265 Jahre des Friedens. Dazu trug eine strenge Gliederung der Gesellschaft mit Privilegien, die der Shogun jederzeit entziehen konnte, ebenso bei, wie das Verbot, Waffen zu tragen. Davon waren nur die Samurai ausgenommen, die zwar ihrem Lehnsherren, dem Daimyo, Loyalität schuldeten, aber über die der Shogun die höchste Befehlsgewalt hatte.

Die Ausstellung zeigt Besitztümer der Owari-Linie. Das war eine der drei Familien der Tokugawa, aus denen der Shogun gewählt worden wäre, wenn die Hauptlinie keinen männlichen Erben gehabt hätte. Diese Kunstwerke gehören heute der Owari-Tokugawa-Stiftung in Tokyo, die Teile davon in einem Museum zeigt, das 1935 auf einem Landsitz in Nagoya, dem Mittelpunkt des Owari-Lehens, errichtet wurde. Die Sammlung beschränkt sich jedoch nicht nur auf Kunstwerke, die während des Tokugawa-Shogunats entstanden, sondern umfaßt auch ältere Arbeiten.

So stehen in einer Vitrine eine Teeschale, die wahrscheinlich im 16. Jahrhundert in Korea entstand, eine Weihrauchdose aus dem China des 17. Jahrhunderts und ein Weihrauchgefäß in Form eines Schwans, das im 18. oder 19. Jahrhundert in Holland gefertigt wurde, einträchtig nebeneinander. Die Holländer waren nämlich die einzigen Europäer, die auf der 1634 im Hafen von Nagasaki künstlich aufgeschütteten Insel Dejima eine Handelsniederlassung unterhalten durften. Für Ausländer war Japan sonst gesperrt.

Die Ausstellung unterscheidet, wie das seinerzeit in Japan üblich war, zwischen „Dingen zum offiziellen Gebrauch" und „Dingen zum privaten Gebrauch". In der ersten Kategorie spielen Waffen und Rüstungen eine besondere Rolle. So findet man hier sehr attraktiv auf weißen Tüchern arrangierte Schwertklingen, auf denen nur bei genauer Betrachtung ein paar Gravuren oder Schriftzeichen zu entdecken sind. Das mag den Besucher befremden, der nicht weiß, daß es sich um hochberühmte Stücke aus dem 13. Jahrhundert handelt, die jeweils einen eigenen Namen tragen. Denn das Schmieden solcher Klingen war eine fast kultische Handlung, die nur wenige Meister beherrschten.

Ihnen stehen freilich die reichverzierten Schwerter und der Schwertschmuck in den anderen Vitrinen kaum nach. Das Schwert war das edelste Geschenk, das der Kaiser dem Shogun oder der Shogun einem Daimyo überreichen konnte. Dabei handelte es sich allerdings nur um eine Repräsentationswaffe. Im Kampf wurden Lanzen und Bogen bevorzugt und – seit der Schlacht von Nagashino (1575), mit der Ieyasus Aufstieg begann, und deren Verlauf auf zwei Wandschirmen in der Ausstellung geschildert wird – Feuerwaffen. So hatten auch die Rüstungen und der Helm, der das Plakat ziert, vorwiegend zeremoniellen Charakter.

Da es der Münchner Ausstellung – anders als 1981/82 der großen Japan-Ausstellung über die Edo-Zeit in London – weniger um die Präsentation einzigartiger Kunstwerke geht als um einen Eindruck vom öffentlichen und privaten Leben, wurden die einzelnen Arbeiten zu Ensembles zusammengefaßt. So hängen in einer Nische, wie sie zu jedem repräsentativen Raum gehörte, die drei berühmten chinesischen Rollbilder von Wuzhun Shifan aus dem 13. Jahrhundert, die schildern, wie ein Mönch den Zen-Buddhismus nach China brachte, gerahmt von zwei chinesischen Bronzevasen und Weihrauchgefäßen. In einer anderen Vitrine werden ungewöhnliche Kimonos und die Masken für das No-Theater gezeigt, über die jede Residenz verfügen mußte, weil Aufführungen des No-Theaters zu den Ehrungen gehörten, die einem Gast gebührten.

Besonders reizvoll sind in München die Zusammenstellungen der „Dinge zum privaten Gebrauch". Da sieht man Frisierkästen, Spiegelständer und viele Dosen und Döschen mit herrlichem Lackdekor. Da werden die verschiedenen Spiele gezeigt, mit denen man sich im Haus vergnügte, die Bretter und Steine für Go und Shogi, die Schläger der Ballspiele Hagoita (eine Art Federball) oder Gitcho (eine Polo-Variante) oder die verschiedenen Gerätschaften des Weihrauchspiels.

Die Intentionen dieser Ausstellung faßt praktisch die letzte Vitrine mit einem Puppenpaar und der Ausstattung für das Mädchenfest, dem Besitz einer Frau en miniature, noch einmal zusammen. Das reicht von kunstvollen kleinen Regalen über die lackverzierten Tragekisten für Kleidung bis zu Kimonos und Spielbrettern, die nebenan in Originalgröße stehen.

Obwohl „Shogun" den kulturgeschichtlichen Aspekt besonders betont, mangelt es nicht an herausragenden Kunstwerken. Prachtvoll die Wandschirme, die Sesshu Toyo und Kano Sanraku zugschrieben werden, die Gemälde der Kano- und Tosa-Schule, die berühmte Ausgabe der „Geschichten vom Prinzen Genji" mit den Bildern von Tosa Mitsunari oder die Teeschale „Weißes Temmoku" (vor 1555), die als eines der ersten beiden erhaltenen Beispiele für eine eigenständige, von chinesischen Vorbildern unabhängige Teekeramik gilt.

Da es sich bei den Hänge- und Querrollen, den Textilien und den Lackarbeiten um sehr empfindliche Kunstwerke handelt, sind nicht alle 273 Stücke, die der Katalog verzeichnet, gleichzeitig ausgestellt. Sie werden nach jeweils vier Wochen ausgetauscht (leider wurde nicht, wie 1981 in London, im Katalog markiert, was wann zu sehen ist).

Auf alle Fälle ist das ein Anreiz, diese Ausstellung mehrfach zu besuchen (was das Haus der Kunst mit einer verbilligten Eintrittskarte für die drei Teile unterstützt). Denn hier kann man eindrucksvoll erleben, auf welch hohem Niveau sich in Japan die Kunst mit den Zeremonien des Alltags verband und wie in Jahrhunderten des Friedens selbst das Militärische vom Sinn für die Schönheit gefangengenommen wurde. (Bis 3. Februar; Katalog 42 Mark.)

PETER DITTMAR



No-Theater, um den Gast zu ehren: Maske des Kojo, eines vornehmen alten Mannes (18. Jhd.)



Als Konfuzius nach Japan kam: Statuette des konfuzianischen Weisen Fu Xi, aus der Münchner Ausstellung „Shogun" FOTOS: KATALOG

Düsseldorf: „Sommernachtstraum" unter J. Schaaf

Kleider machen Leute

Die Wirklichkeit: Eine goldene Treppe führt direkt in den Bühnenhimmel. Der Traum: Ein Kunststoff-Dschungel dreht und wendet sich zu silbern funkelnden Metall-Kaskaden. Shakespeares „Sommernachtstraum" wurde von Zero-Künstler Heinz Mack bereits per Bühnenbild nach Hollywood überführt.

Nachdem Botho Strauß den schönen, bitteren Shakespeare in dieser Theatersaison schon so oft in den geheimnislosen „Park" der Gegenwart geschleift hatte, zeigte nun auch Johannes Schaaf in seiner Düsseldorfer Inszenierung des Original-Shakespeare, daß der Stoff, aus dem die heurigen Theaterträume sind, offenbar doch eher aus Simmelschem Geiste stammt. Viel Pomp, viel Plunder, wenig Liebe.

Schaafs Düsseldorfer Shakespeare ist eine Bestätigung für Botho Strauß – freilich eine unfreiwillige: Leidenschaft scheint ein Fremdwort geworden zu sein; und was bei Shakespeare am Rande der Tragik siedelt, trollt sich zumindest in Düsseldorf höchstens am Rande des Schicki-Micki entlang. Da kniet Hippolyta (Marianne Hoika), von Theseus (Daniel Friedrich) per Krieg als Braut erbeutet, vor besagter güldener Treppe gefesselt an einem Opferstein. Das sieht bereits optisch wie große Oper aus. Und dann? Sie wird ihrer Kleider entledigt, der Perücke beraubt – und schon ist aus der Barbarin eine angepaßte Dame der Zivilsation geworden.

Und auch die weitere Verwandlung von Theseus in den Elfenkönig Oberon und Hippolytas in Titania geschieht nach dem Motto: Kleider machen Leute. Anderes Gewand, anderer Mensch. Aber eben nur äußerlich. Titania ist im Zauberreich der Elfen im Wesen genauso steifleinen wie als Braut des weltlichen Herrscherbräutigams. Und wenn sie dann, vom Duft der Wunderblume betört, den eselsköpfigen Weber Zettel (Alois Strempel) liebt, sieht das aus, als schmuste sie mit ihrem Teddy-Bären. Von Leidenschaft, von grotesker Sinnverwirrung keine Spur.

Klar, daß da auch der Esel-Weber keine Identitätsprobleme hat. Er spielt eine Rolle als Tierchen aus der Sesamstraße. Und die Liebespaare? Austauschbar! Hermia (Franziska Weber) ist ein wenig pummeliger als Helena (Suzanne von Borsody), Lysander (Volker Matzen) ein bißchen rundwüchsiger als Demetrius (Arpád Kraupa). Na, und? Ihre Liebe und ihre Irrungen-Wirrungen zeigen sich bestenfalls in ein paar sportiven Übungen. Man rennt und balgt, es kracht und knallt. Man wälzt sich am Boden und springt in die Höh'. Ist das schon sinnverwirrende Leidenschaft? Bestenfalls Tarzan in Hollywoods Kulissenurwald.

Da kann auch der Puck (Hans Schulze) kaum noch seine magisch-doppelbödigen Kräfte entfalten. Schulze hat schöne Ansätze: Mit bösem Lächeln sieht er dem Verwirrspiel zu, das er angerichtet hat. Aber er darf das Ambivalente in seiner Figur nicht entfalten. Ein treuer, etwas tollpatschiger Diener seines Herrn – mehr ist für ihn nicht drin.

In diesem glamourös veräußerlichten Konzept wirkt natürlich auch das Theaterspiel der Handwerker bei der Hochzeitsfeier unverständlich und aufgesetzt. Man sieht eine hilflose Klamotte, kein schmerzhaftes Scheitern. Die blasierten Gäste einer Ausstellungs-Eröffnung machen sich über Laien-Kunst lustig. Das ist kein Shakespeare – das ist wieder bloß *Botho Strauß. Und der Schluß ist wieder Oper: Die Paare verteilen sich* – mit sportiven Klimmzügen – auf der Gold-Treppe, baden in farbigem Licht. War Zero früher vielleicht auch nur schönes Kunstgewerbe? Beifall für die Akteure, Buhs für Schaaf und Mack.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH



Marianne Hoika, Suzanne von Borsody und Alois Strempel in der Düsseldorfer Aufführung FOTO: LORE BERMBACH

Verlegersein in Israel: Ritt über den Bodensee

Holzfrei ist Glückssache

Ausländische Verleger fragen sich oftmals, wie ihre israelischen Kollegen imstande sind, Bücher in einem Land mit einer derart kleinen Bevölkerung (insgesamt vier Millionen) und einem zwar interessierten, aber in seinen Lesegewohnheiten ungemein heterogenem Publikum herauszugeben. In Israel arbeiten etwa 150 Verlage, ein Gutteil von ihnen ist älter als der 36jährige Staat, so etwa der „Massada"-Verlag, der heuer sein 50jähriges Jubiläum feiert. Wie diese Verlage alle existieren können, erscheint rätselhaft.

Nun, ein wichtiger Anreiz zum Kauf neuer Bücher ist die traditionelle Bücherwoche im Spätsommer, bei der alle größeren Verlage allabendlich auf öffentlichen Plätzen ihre gesamte Jahresproduktion zu reduzierten Preisen anbieten. Dabei sieht man die Israelis mit Kind und Kegel zwischen den Bücherständen schlendern und schmökern – auch die Kinder, denn naturgemäß werden bei dieser Gelegenheit auch die neuesten Kinder- und Jugendbücher angeboten und verkauft.

Doch das Verhältnis von Verlegern und Autoren ist in Israel noch gespannter als anderswo. Wegen der knappen Kalkulation zahlen die Bücherhäuser den Autoren nur sehr geringe Tantiemen. Nur etwa ein gutes Dutzend Autoren kann sich allein von seiner schriftstellerischen Tätigkeit ernähren. Wegen der geringen Zahl der Leser bleiben die meisten Auflagen notgedrungen niedrig und verteuern so den Buchpreis. Man versucht daher, die Kosten durch eine sparsame Machart soweit wie möglich zu drücken. *Hard Covers* und holzfreies Glanzpapier sind eine seltene Ausnahme.

Manche Verlage haben ihre Abnehmer in einer Art Lesering organisiert, einem überschaubaren und eingetragenen Personenkreis, der sich verpflichtet, eine bestimmte Anzahl Bücher, oftmals die gesamte Jahresproduktion, abzunehmen. Der Leser fährt dabei auch nicht schlecht, denn er unterläuft so einen Teil der Inflationskosten. Einer der wichtigsten Verlage, die mit diesem System arbeiten, ist „Am Oved" (Arbeitendes Volk) mit einem festen Leserkreis von 25 000 Abonnenten.

Die stark auseinandergehenden Interessen der israelischen Leserschaft erklären sich nicht nur aus sprachlichen, sondern auch aus ideologischen Gründen. So gibt es beispielsweise drei Verlage der Kibbuz-Bewegung. Obgleich in den Kibbuzim nur rund drei Prozent leben, geben diese Verlage im Lande sogar den Ton an. 80 Prozent der israelischen Buchproduktion werden von „Am Oved", „Sifria Politit" (Politische Bücherei) und dem „Kibbuz Hameuchad" verlegt.

Eine Reihe israelischer Verlage konzentrieren sich ganz oder teilweise auf den verhältnismäßig lukrativen Markt der jüdischen Diaspora. So liefert beispielsweise der „I. L. Perez"-Verlag, der fast ausschließlich in Jiddisch produziert, 90 Prozent seiner Bücher ins Ausland. Auf diese Weise stehen dem Verlag genügend Devisen zur Verfügung, um auch unlukrative Buchprojekte in Hebräisch und Jiddisch zu realisieren.

Einen der größten Zeitschriften- und Bücherverlage unterhält die israelische Armee. Vor allem die Soldatenzeitung „Bamachane" ist im Lande sehr populär – kein Wunder, denn jeder israelische Mann wird bis zum 50. Lebensjahr zu regelmäßigen, wochen- oder monatelangen Wehrübungen herangezogen. Mit den Einnahmen aus „Bamachane" und Zuschüssen des Verteidigungsministeriums finanziert der Armeeverlag die Zeitschrift „Ma arachot" (Die Schlachtordnung), die auch im internationalen Vergleich ein hervorragendes Niveau besitzt, sowie eine Bücherreihe, in der namhafte Autoren über nationale und internationale Sicherheitsfragen schreiben.

Die Konkurrenz der elektronischen Medien und Billigzeitschriften setzt den kommerziellen Verlagen auch in Israel zu. Dov Gorfink, der Generaldirektor des „Am-Oved"-Verlages, befürchtet, daß die kommerziellen Verlage ohne staatliche Subventionen ihr Buchprogramm in Zukunft drastisch werden kürzen müssen. „Wir müssen nach neuen Wegen suchen, um dennoch ein möglichst breites Buchprogramm publizieren zu können, sonst verlieren wir unseren Ruf als Volk des Buches", sagt Gorfink. Ein Weg hierzu dürfte die enge Zusammenarbeit mit ausländischen, vor allem amerikanischen, englischen und deutschen Verlagen sein. Optimistisch stimmt Gorfink und seine Kollegen die Tatsache, daß die Zahl der israelischen Leser, trotz der ständig steigenden Buchpreise, kontinuierlich zunimmt.

Den meisten israelischen Verlagen ist es im letzten halben Jahrhundert trotz zahlreicher Schwierigkeiten gelungen, zu überleben und sogar zu expandieren. Es ist anzunehmen, daß ihnen dies auch in Zukunft gelingen wird, denn sie haben ein entscheidendes Kapital: die sprichwörtliche, ungebrochene Leselust des „Volkes des Buches".

RUTH SELIGMANN

Verstockt, süßlich? – Bonner „Tage Neuer Musik"

Rihm als Wurmfortsatz

Die Attraktion der Bonner „Tage Neuer Musik" sollte ein Streitgespräch zwischen Heinz-Klaus Metzger und Wolfgang Rihm werden: der Alt-Avantgardist gegen einen der prominentesten Vertreter der neuen Welle oder auch der „Neuen Süßlichkeit", wie die Altverstockten sie hämisch kommentieren. Da wäre Musik drin gewesen. Aber dann zog das Schicksal die Zündschnüre aus dem Sprengsatz und Rihms Wurmfortsatz aus dem Verkehr. Mit akuter Blinddarmentzündung war der Komponist am Abend vorher ins Krankenhaus gekommen.

Dabei hatte just zu diesem Zeitpunkt Metzger schon die ersten Minen gelegt, als er, demonstrativ entnervt, die Aufführung von Rihms Klaviertrio „Fremde Szenen" mittendrin verließ. An den Interpreten kann es kaum gelegen haben: Immerhin waren es Saschko Gawriloff, Siegfried Palm und Bruno Canino, die in Rihms neuer alter Expressivität die *halbe Spätromantik fröhliche Urständ feiern ließen. Natürlich* auf erstklassigem Niveau.

Um neue alte und alte neue Musik ging es auch sonst in der von Josef Anton Riedl konzipierten traditionsreichen Veranstaltungsreihe, die freilich nach manch finanziellem Engpaß erst jetzt wieder Tritt zu fassen beginnt. Aus Metzgers Truppe bot ihr „Sprengmeister", Rainer Riehn, eine Vierspurversion mit dem Untertitel „Gegen die Süße der Zeit", sozusagen als Antwort auf Rihms Ausfälle gegen das elektro-akustische Tonmaterial überhaupt dieses Jahr in Metz. Daß nichts unterhaltsamer sei als ein handfester Streit, das gilt in diesem Falle allerdings nur bedingt. „Das Publikum bleibt ratlos zurück", heißt es an einer Stelle bei Riehn; das fiel auf ihn selbst zurück.

Riedls Neue-Musik-Tage probierten insofern auch ein neues Konzept, als sie die Veranstaltung in die lokale Szene einzubetten versuchten. „Neue Bonner Musik-Initiativen" hieß das Motto, und es wäre voreilig, das als Substanzverlust zu interpretieren. Vielleicht ist Riedls Rezept überhaupt *das* Rezept, den reisenden Neue-Musik-Zirkus mit den ewig gleichen Akteuren ein paar bescheidene Wurzeln auch abseits seiner Hauptplätze ziehen zu lassen, auch hinsichtlich der Akzeptanz durch ein größeres Liebhaberpublikum.

Die Bonner Akteure waren Musikwissenschaftler und Studenten, die von Morton Feldman handelten und spielten (freilich bejahrte Dinge), ein Quartett mit frühem Cage, auch Schüler von Musikschulen und gymnasialen Leistungskursen. Aber auch das Ensemble für experimentelle Musik München mit der Uraufführung von Stephan Wunderlichs „Musik für Ensemble I", das verschiedene Klangmaterialien in verschiedenen Ebenen anordnete, oder das trio basso Köln mit einer ermüdend sterilen Uraufführung („Gamelan-Sound Silence") des aus der Fluxus-Bewegung kommenden Philip Corner. Ernstalbrecht Stieblers „Sequenz II (U)" setzte Live-Cello in Interaktion mit zwei Celli vom Tonband, was dann Steve Reichs „Vermont Conterpoint" (DE) mit seinen vertrauten Rhythmusmodellen und einer Flöte gegen zehn spielend überbot.

Zu den wichtigeren Ereignissen zählten der hochvirtuose Harald Lillmeyer mit Giacinto Scelsis indisch inspiriertem „KO-THA" und einer Gitarre, die Sitar und Tabla in einem war, und Dieter Schnebel mit seinen „Rede-Übungen". Computergraphik und Live-Elektronik und Florian Tielebier-Langenscheidts Filmbilder von der Musikszene New York komplettierten ein Unternehmen, dessen Ergiebigkeit noch zu steigern sein dürfte.

DIETER SCHÜREN

KULTURNOTIZEN

Eine große Edgar-Degas-Schau präsentiert die National Art Gallery New York bis zum 10. März.

Joseph Vicenc Foix, 91jähriger katalanischer Lyriker, ist in Madrid mit dem „Nationalpreis spanischer Literatur" geehrt worden.

Leopold Sedar Senghor ist neuer Vorsitzender der Internationalen Vereinigung von Autoren- und Komponistenorganisationen.

„Worte und Autos" heißt ein neues Werk des französischen Komponisten Nicolas Frize, das auf der Grundlage der Geräuschkulisse der Renault-Werke entstand und am 29. November in Billancourt uraufgeführt werden wird.

Emil Noldes Zeichnungen und Aquarelle zeigt die römische Nationalgalerie für moderne Kunst (bis 20. Januar).

Den Kelten in der Lombardei gilt eine Ausstellung im Pariser Museum von La Villette (bis 19. Dezember).

Johannes Grützke erhält den mit 3000 Mark dotierten Düsseldorfer „Kunstpreis der Künstler".

JOURNAL

Die vollständigste Strauss-Sammlung

dpa. **München**

Über die vollständigste Richard-Strauss-Sammlung mit Erstausgaben, Notendrucken und Literatur kann jetzt ein neu gegründetes, nach dem Komponisten benanntes Münchner Institut verfügen. Es besitzt eine 3000 Einheiten umfassende Werkkollektion, die der Sammler Hans Schneider aus Tutzing am Starnberger See innerhalb von drei Jahrzehnten zusammengetragen hat. Die Münchner Richard-Strauss-Gesellschaft erwarb die Sammlung zusammen mit anderen Spendern für das Institut. Schneider war mit dem Preis von ursprünglich 200 000 Mark auf 160 000 Mark zurückgegangen. Das Richard-Strauss-Institut kann damit nach der Unterzeichnung der Schenkungsurkunde sämtliche Werke des Münchner Komponisten auswerten.

Schwarzafrikanische Filmwoche in Berlin

dpa. **Berlin**

Eine „Woche des schwarzafrikanischen Films" veranstaltet derzeit das Berliner Kino Arsenal. Vorgestellt werden 20 Filme, die zwischen 1968 und 1983 gedreht wurden. Die Reihe zeigt sowohl Werke der ersten Regisseure wie Ousmane Sembene und Paulin Soumanou Vieyra als auch Arbeiten junger Filmautoren wie Safi Faye und Souleyman Cisse. Anlaß für diese Retrospektive ist der 100. Jahrestag der Kongo-Konferenz in Berlin.

Senefelder-Preis für fünf Künstler

dpa. **Offenbach**

Der internationale Senefelder-Preis im Gesamtwert von 20 000 Mark ist in Offenbach an sechs Persönlichkeiten für herausragende Leistungen auf dem Gebiet des Steindrucks verliehen worden. Jeweils 3000 Mark erhielten Josef Walter Hermann, Sascha Juritz, Pierre Kröger, der Schweizer Ernst Hanke und der Belgier Bard Verbaenden. Der Münchner Fachautor Gerhard Werner nahm die mit 5000 Mark verbundene Auszeichnung entgegen. Damit wurde erstmals seit der Gründung der Stiftung im Jahr 1971 ein Preis auch für wissenschaftliche Arbeiten verliehen.

„Märkisches Stipendium" 1985 wurde vergeben

dpa. **Altena**

Die Lyrikerin Ulla Hahn, der Geiger Christian Tetzlaff und der Bildhauer Erwin Herbst sind die Stipendiaten der „Märkischen Kulturkonferenz" für 1985. Das jährlich vergebene „Märkische Stipendium" ist mit 72 000 Mark einer der höchstdotierten Kulturpreise in der Bundesrepublik. Seit 1979 fördert der Märkische Kreis arrivierte Künstler und künstlerischen Nachwuchs gleichermaßen mit je 24 000 Mark in den Bereichen Bildende Kunst, Literatur und Musik.

2500 Jahre alter Brief gefunden

AFP. **Athen**

Einen vor 2500 Jahren aus dem antiken Griechenland in eine Stadt auf der heutigen Halbinsel Krim geschickten Brief haben Archäologen bei Ausgrabungen im alten Kerkinitida gefunden. Die acht Zeilen lange Botschaft in ionischem Dialekt fand sich auf einer Amphoren-Scherbe und war an einen gewissen Apatori Nevmeniu gerichtet. Die Archäologen schließen aus dem Fund, daß Kerkinitida seinerzeit eine ionische Kolonie war.

Auftragswerke zum Orchester-Jubiläum

DW. **Hannover**

Das Niedersächsische Staatsorchester Hannover feiert 1986 sein 350jähriges Jubiläum und ist damit nach München, Dresden, Mannheim und Leipzig das fünftälteste Orchester in Deutschland. Zu seiner Jubiläumssaison hat es Kompositionsaufträge vergeben an Milko Kelemen, Udo Zimmermann, Wolfgang Rihm, Aribert Reimann und Alfred Koerppen.

Der Bart der Sphinx

he. **London**

Ganze 166 Jahre mußte die 4000 Jahre alte Sphinx von Giseh warten, bis sie nun ihren Bart wiedererhält, den ein italienischer Marinekapitän aus dem Wüstensand ausgegraben und dem Londoner British Museum geschenkt hatte. London und Kairo haben eine langfristige Leihgabenübereinkunft getroffen. Die Ägypter erhalten den heißbegehrten Bart zurück, und die Briten bekommen im Gegenzug den Körper des ägyptischen Totengottes Anubis, dessen Kopf das British Museum bereits besitzt. Dieser Leihgaben-Austausch wird in Museumskreisen als Indiz für einen vernünftigen Weg zur Lösung der „Wiedergutmachungsfrage" angesehen, die durch die Forderung von Ländern besonders der Dritten Welt nach „Rückgabe" von Museumsschätzen entstand.

Versuch einer Befreiung aus dem Gericht

AP, Duisburg

Eine 24jährige Frau aus Krefeld hat gestern morgen im Duisburger Landgericht bei dem Versuch, ihren wegen Bankraubes angeklagten Freund zu befreien, einen Justizwachtmeister niedergeschossen. Wie die Staatsanwaltschaft mitteilte, konnte die Pistolenschützin entkommen, während der von ihr mit Waffengewalt befreite Freund noch im Gerichtsgebäude überwältigt wurde.

Nach Darstellung der Staatsanwaltschaft war die 24jährige am Eingang des Zuhörerraums wie alle anderen Besucher mit einer Metallsonde auf Waffen durchsucht worden. Daraufhin hatte sie ihre Pistole gezogen und einem 22jährigen Justizwachtmeister in den Oberarm geschossen. Dann drang die Frau in den Gerichtssaal ein, bedrohte die dort anwesenden Personen mit ihrer Waffe und warf ihrem auf der Anklagebank sitzenden Lebensgefährten eine Handfeuerwaffe zu.

Die Freundin entkam

„Komm hau ab", soll die Frau Augenzeugenberichten zufolge ihrem 39jährigen Freund zugerufen haben. Danach seien beide aus dem Gerichtssaal gestürmt. Während der als Gewalttäter einschlägig vorbestrafte Angeklagte jedoch noch im Gerichtsgebäude von Justizbeamten überwältigt werden konnte, gelang es seiner Freundin, vermutlich mit einem bereitstehenden Fluchtfahrzeug zu entkommen.

Gemeinsam mit zwei Komplizen mußte sich der 39jährige von gestern an vor der Ersten Großen Strafkammer des Duisburger Landgerichts wegen eines Überfalls auf die Duisburger Volksbank Mitte vergangenen Jahres verantworten. Die Anklage wirft den drei Männern vor, mit Waffengewalt in der Bank rund 170 000 Mark und verschiedene Schmuckstücke erbeutet zu haben.

Wie ein Sprecher der Staatsanwaltschaft mitteilte, war der 39jährige bereits in der Vergangenheit wegen zahlreicher Gewaltverbrechen zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden. Den Überfall auf die Duisburger Bank soll er diesen Angaben zufolge während seines letzten Hafturlaubs verübt haben.

Außer Lebensgefahr

Die für Bankraubprozesse „durchaus ungewöhnliche" Durchsuchung der Gerichtsbesucher auf Waffen sei vom Vorsitzenden der Strafkammer offensichtlich wegen der Gefährlichkeit des Angeklagten-Trios verfügt worden, erklärte die Staatsanwaltschaft. Konkrete Hinweise auf eine Gefangenenbefreiung hätten dem Gericht aber nicht vorgelegen.

Der von der 24jährigen niedergeschossene Justizbeamte befindet sich nach Angaben der Staatsanwaltschaft außer Lebensgefahr. Zwar sei die Pistolenkugel von dem Oberarm in den oberen Brustbereich des Wachtmeisters eingedrungen, ohne jedoch lebenswichtige innere Organe zu verletzen.

Was in der Tasse Assam vom Gift geblieben ist

Teehandel und Bundesämter sprechen von Panikmache

T. W. KRAUEL, Bonn

Soll der Tee in den Aufguß oder Abguß, erregten sich gestern Deutschlands Teetrinker. Potentiell giftige Reste von Pflanzenschutzmitteln im Tee ortete die Münchner Zeitschrift „Natur" in ihrer gestern erschienen Ausgabe, und vehement gingen am gleichen Tage Teehändler und Tee-Importeure zum Gegenangriff über. Ihre Hauptvorwürfe an die Adresse des Umweltmagazins lauten: Die von „Natur" publizierten Zahlen bezögen sich auf Trockentee und nicht auf den Aufguß, und das tatsächliche Größenverhältnis der gemessenen Pestizidspuren zu den erlaubten Höchstmengen werde durch die Darstellungsform der Zeitschrift eher verschleiert als verdeutlicht.

Nur geringe Teilmengen der Pestizidspuren seien überhaupt im trinkfertigen Tee enthalten, argumentieren übereinstimmend das Berliner Bundesgesundheitsamt, der Hamburger Verband des Tee-Einfuhr- und Fachgroßhandels und betroffene Firmen wie „Teekanne" in Düsseldorf. Beim Pestizid „Lindan" betrage, so Renate Hans vom Bundesgesundheitsamt, dieser Lösungssatz etwa 25 Prozent des im Blatt enthaltenen Rückstandes, bei „DDT" etwa fünf Prozent. Schon hier ergaben sich Differenzen zum Artikel des Umweltmagazins, der von etwa 50 Prozent Löslichkeit ausgegangen war.

Wichtiger aber sei, so Dieter Ekkert, Leiter der Abteilung Verbraucherschutz im Bundesministerium für Familie, Gesundheit und Soziales, daß von 29 gemessenen Proben lediglich zwei Teesorten Pestizide enthielten, die geringfügig über den erlaubten Höchstgrenzen liegen. Diese wurden festgesetzt in der Pflanzenschutzmittelverordnung vom Juni 1982. Alle anderen Teeproben liegen, so Eckert, überwiegend weit unter der Höchstgrenze. Die Zahlen von „Natur" bestätigen diese Einschätzung: Der "Ostfriesen-Teefix" der Firma Teekanne beispielsweise enthält zehn Mikrogramm Lindan pro Kilogramm Trockentee - nicht einmal ein Fünfzigstel der amtlich erlaubten Höchstmenge. Ähnlich gering ist der Anteil der Lindan-Abfallprodukte alpha- und beta-HCH im „Orange-Pekoe"-Tee von Lanka Vasa: elf Mikrogramm pro Kilogramm, etwa ein sechzehntel der erlaubten Menge. Gisela Panzer vom Tee-Einfuhrverband betonte, im Falle der Höchstmengenüberschreitung handele es sich zwar um „DDT", doch sei es noch bis vor kurzem von der Weltgesundheitsorganisation WHO als Malariabekämpfungsmittel empfohlen worden.

Übereinstimmend wurde bestätigt, die Höchstmengen selbst seien die täglich duldbare Dosis an Pestizidbeimischungen im Tee. Die Höchstbegrenzung selbst wiederum sei eng gezogen und enthalte einen erheblichen Sicherheitsfaktor. Gerd Schuster, für den Beitrag im Magazin „Natur" verantwortlicher Redakteur, wollte sich gestern damit nichtz zufrieden geben. Er berief sich auf Aussagen bekannter deutscher Toxikologen, die von ihm in der selben Zeitschrift vor Jahresfrist publiziert worden seien. Ihnen zufolge könnten auch Pestizidspuren weit unterhalb der amtlichen Sicherheitsgrenzen zu Ermüdungserscheinungen oder Körperschwäche führen. Doch darüber fehlten noch gesicherte Erkenntnisse.

Dieser Ansicht war auch das mit der technischen Analyse beauftragte Bremer Umweltinstitut. Gegenüber dem Verband des Tee-Einfuhrhandels gaben an der Analyse Beteiligte zu, das Institut habe die gemessenen Werte für gesundheitsunschädlich gehalten und sei für die redaktionelle Verarbeitung durch „Natur" nicht verantwortlich.



Nach der Operation: Chirurg De Vries beugt sich über Herzempfänger William J. Schroeder FOTO: UPI

„Jarvik-7" und die Geldfrage

Kunstherz-Projekt wird durch private Gesellschaft und Krankenhauskette getragen

SAD/AP, Louisville

Der 52jährige Amerikaner William J. Schroeder, der seit Sonntag abend als zweiter Mensch mit einem künstlichen Herzen lebt, hat erste Komplikationen gut überstanden. Nur wenige Stunden nach der Einpflanzung des Apparates im „Humana Hospital Audubon" in Louisville (Kentucky) mußten in einer zweiten Operation „exzessive Blutungen" bei Schroeder zum Stillstand gebracht werden.

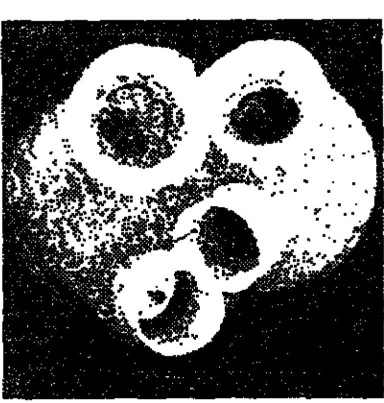
Bevor der Patient gegen acht Uhr abends wieder auf den Operationstisch mußte, war er nach Aussage Dr. Lansings, der dem Chirurgenteam unter der Leitung von Dr. De Vries angehörte, bei vollem Bewußtsein und wollte sogar aus dem Bett steigen.

Schroeder, Qualitätsprüfer in einer Munitionsfabrik, hätte ohne Operation wegen unheilbarer Herzmuskelschwäche nur noch wenige Tage zu leben gehabt. Da er an Zuckerkrankheit leidet, kam er für eine Herztransplantation nicht in Frage. Wenn alles gutgeht, kann er laut Kunstherzkonstrukteur Robert Jarvik mindestens ein bis zwei Jahre mit dem Plastikherz leben, das die technischen Voraussetzungen für eine Funktionsdauer von drei bis fünf Jahren besitzt. Das künstliche Herz „Jarvik-7" ist etwa so groß wie ein natürliches Herz, sieht aber völlig anders aus. Es wiegt etwa 300 Gramm und kostet 15 500 Dollar (rund 46 000 Mark).

Die Funktionen der zwei Herzkammern nehmen bei dem Kunstherzen zwei trichterförmige Plastikpumpen aus Polyurethan wahr. Die Pumpen sind mit durchsichtigen Plastikschläuchen an einen Kompressor angeschlossen und werden zusammen zwischen den beiden Lungenflügeln angebracht; dort werden sie zunächst mit einem Nylonhalter befestigt. Nach etwa einer Woche hat der Körper genug Narbengewebe gebildet, um das Herz festzuhalten.

Die Mündung jeder der zwei trichterförmigen Pumpen ist mit einer Aluminiumplatte verschlossen, hinter der sich je ein Plastiksack befindet. In diese Säcke wird durch den Kompressor Luft gepumpt, wodurch der Herzschlag imitiert wird. Jede „Herzkammer" hat ein Eingangs- und ein Ausgangsventil, von denen jedes, um Schwachstellen zu vermeiden, aus Titanium hergestellt ist. Das verbrauchte Blut fließt durch die Venen in die rechte Pumpe, die es zu den Lungen pumpt, wo es mit Sauerstoff angereichert wird. Danach wird das sauerstoffreiche Blut durch die linke „Herzkammer" in die Arterien gepumpt.

Das Herz soll während seiner auf drei bis fünf Jahre berechneten Lebenszeit jährlich rund 40 Millionen Mal schlagen. Von den Fortschritten, die der Patient nach dem schweren Eingriff macht, wird es abhängen, ob er schon bald stundenweise an einen tragbaren, nur elf Pfund schweren Kompressor angeschlossen werden kann, der seit der ersten Kunstherzoperation vor zwei Jahren von dem deutschen Mediziner Dr. Peter Heimes entwickelt wurde. Die Hoffnungen der Chirurgen, daß solche Operationen schon bald lebensverlängernde Routineeingriffe werden, gründen sich vor allem auf dieses Gerät und andere Verbesserungen der Kunstherz-Technik.



Das Kunstherz aus Aluminium und Plastik mit Ventilen aus hochfestem Titanium FOTO: UPI

Die Operation wird von Dr. Jarviks Symbion Inc. getragen, einem kommerziellen Unternehmen, dessen Anteile an der Börse gehandelt werden und an dem Dr. de Vries und die „Humana"-Krankenhauskette bis vor kurzem beteiligt waren. Beide trennten sich jedoch von ihren Anteilen. Die „Humana"-Krankenhauskette, die 91 Hospitäler in vier Ländern betreibt und nach wie vor mit Dr. Jarviks Gesellschaft zusammenarbeitet, hat sich jedoch verpflichtet, die Kosten der ersten hundert Kunstherz-Operationen zu übernehmen. Sie werden auf 25 bis 35 Millionen Dollar, umgerechnet etwa 75 bis 105 Millionen Mark, geschätzt.

Die zukünftige Kommerzialisierung der lebensverlängernden Kunstherz-Einpflanzung blieb nicht ohne Kritik aus den Reihen amerikanischer Mediziner. Sie bedauern besonders, daß die mit Steuergeldern subventionierte Kunstherz-Technik jetzt von einer Privatgruppe und nicht mehr in der Universitätsklinik von Utah angewandt wird.

Auch Kulturschaffende?

Polens Probleme mit Aktmodellen und Nackttänzerinnen

J. G. GÖRLICH, Köln

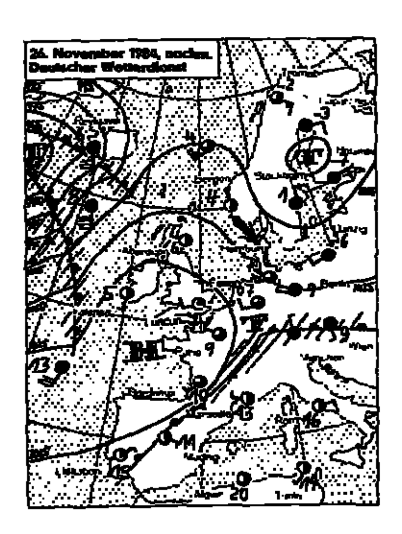
Wenn man dem polnischen Kulturministerium Glauben schenken darf, so hat es in den letzten Wochen zwei wichtige Maßnahmen getroffen. Nach eingehender „Verifizierung" wurde jetzt in einem ministeriellen Rundschreiben festgestellt, welche polnische Stripteasetänzerin sich das Prädikat „Künstlerin" umhängen darf und welche sich als „gastronomische" Stripteasetänzerin bezeichnen darf. Dementsprechend sind dann auch die Gagen.

Nach wochenlangem Tauziehen zwischen dem Kultur- und Kunstministerium sowie dem Finanzministerium einerseits und der entsprechenden Gewerkschaft andererseits erstritten jetzt die weiblichen Aktmodelle an den polnischen staatlichen Kunstakademien und Kunstgymnasien eine mehr als 33prozentige Gagenerhöhung. Die streitbaren Damen konnten – wie die KP-Presse versichert – den Ministerialbeamten nachweisen, daß ihre Branche sowohl aus pekuniären als auch aus anderen Gründen – gemeint sind wohl religiöse – großen Nachwuchsmangel habe. Das Durchschnittsalter der vom Staat engagierten Aktmodelle beträgt nämlich gegenwärtig nicht weniger als 50 Jahre. Junge Mädchen wollen da lieber gleich zum Striptease oder zur Fotografie umsteigen, wo bedeutend mehr gezahlt werde, heißt es. Oder sie lassen sich gleich ins westliche Ausland vermitteln.

Übrigens: Sowohl die staatlichen Aktmodelle als auch die Stripteasetänzerinnen mit dem Prädikat „Künstlerin" dürfen in Polen dem Gewerkschaftsverband für bildende Künstler beitreten und damit auch Funktionärskarriere machen, sind also diesen gleichgestellt. Aktmodelle brauchen keine Vorbildung nachzuweisen. Die „Künstlerinnen" unter den Stripteasetänzerinnen müssen hingegen das Abiturzeugnis eines Ballett-Lyzeums vorlegen.

WETTER: Meist trocken

Wetterlage: Ein Hochdruckkeil wandert über Deutschland hinweg ostwärts, dem in der Nacht zu Mittwoch atlantische Regenfronten folgen.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C, ● bedeckt, still, ≡ Nebel, ● Sprühregen, ● Regen, ✱ Schneefall, ▼ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: ⇒ warm, ⇒ kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm)

Vorhersage für Dienstag:
Im gesamten Bundesgebiet teils wolkig-aufgeheitert, teils neblig-trüb. Weitgehend niederschlagsfrei. Im Laufe des Nachmittags im Westen und Nordwesten Eintrübung und nachfolgend Regen. Höchsttemperaturen zwischen 5 Grad im Süden und 11 Grad im Westen. Nachts im Westen bei 6, im Südosten um null Grad. Nachmittags auffrischender Wind aus südlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:
Regnerisch, stürmisch und mild.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	9°	Kairo	23°
Bonn	9°	Kopenh.	8°
Dresden	9°	Las Palmas	21°
Essen	7°	London	7°
Frankfurt	10°	Madrid	11°
Hamburg	7°	Mailand	10°
List/Sylt	6°	Mallorca	15°
München	7°	Moskau	-1°
Stuttgart	7°	Nizza	15°
Algier	20°	Oslo	0°
Amsterdam	10°	Paris	9°
Athen	19°	Prag	9°
Barcelona	14°	Rom	16°
Brüssel	7°	Stockholm	1°
Budapest	8°	Tel Aviv	22°
Bukarest	13°	Tunis	19°
Helsinki	-7°	Wien	9°
Istanbul	17°	Zürich	8°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch**: 8.00 Uhr, Untergang: 16.19 Uhr; **Mondaufgang**: 13.07 Uhr, Untergang: 21.41 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

War der treue Hund von Shibuya nur gefräßig?

HEINER KLINGE, Tokio

Aus dem U-Bahnschacht quellen unaufhörlich Tausende von Japanern hervor. Und ebensoviele kommen ihnen aus der Bahnhofshalle entgegen. Wo sich die Menschenströme treffen, bietet sich ein seltsamer Anblick: Als ruhender Pol verharrt hier ein Mönch in stillem Gebet. Wem gilt die fromme Geste des Buddha-Jüngers im schlichten dunklen Gewand? – Dem treuen Hund von Shibuya.

Das Gebiet um den Bahnhof von Shibuya ist eines der größten Einkaufs- und Vergnügungsviertel der Acht-Millionen-Stadt Tokio. Man muß in diesem Menschengewühl schon genau hinsehen, um neben dem Mönch die schlichte Statue zu entdecken, die dem treuen Hatschiko errichtet wurde, einem nicht allzu schönen, eher dicklichen Hund mit Stehohren und Ringelschwanz.

Treue über den Tod hinaus ist die Tugend, die Shibuyas Einwohner vor 50 Jahren – noch zu Lebzeiten Hatschikos – ehren wollten, als sie dem Hund ein Bronze-Standbild errichteten. Da aber im Zweiten Weltkrieg die Statue für die Rüstungsindustrie eingeschmolzen wurde, gründeten die Bürger, als wieder Frieden herrschte, eine Gesellschaft zur Wiedererrichtung des Denkmals: 1948 bauten sie es wieder auf, diesmal vorsichtshalber aus Stein.

Das hätte sich der Agrar-Professor Eisaburo Uyeno nicht träumen lassen, als er Hatschiko jeden Morgen zum Bahnhof von Shibuya mitnahm, von wo aus der Gelehrte mit der Eisenbahn zur Kaiserlichen Universität fuhr. Weil ein Hund dort nichts zu suchen hatte, mußte Hatschiko jedesmal allein nach Hause trotten. Doch erschien er Abend für Abend pünktlich wieder am Bahnhof, um Herrchen abzuholen.

Als Professor Uyeno 1925 starb, geschah das Wunder von Shibuya: Zehn Jahre lang konnten die Leute Abend für Abend Hatschiko am Bahnhof sitzen sehen. Das letzte Jahr saß der Hund sogar neben seiner eigenen Bronze-Statue, um auf seinen Herrn zu warten. An dieser Stelle tat Hatschiko auch seinen letzten Atemzug.

Heute ist der fromme Mönch, der des einzigartigen Hundes gedenkt und mit der Kraft seines Gebets der treuen Freundschaft auch unter den Menschen wieder mehr Geltung verschaffen möchte, durchaus nicht der einzige, der seine Schritte immer wieder zu diesem Denkmal lenkt. Denn es ist inzwischen zu einem der beliebtesten Treffpunkte für Tokios Liebespaare geworden. Hier finden sich die jungen Leute zusammen, die der häuslichen Enge und den zudringlichen Blicken von Verwandten und Nachbarn entfliehen wollen, um – eingebettet in eine unübersehbare Masse fremder Menschen – endlich einmal ungestört zu sein.

Arm in Arm bummeln die Pärchen durch die Straßen und Gassen. Ihre Blicke fallen in ein Meer bunt gleißender Lichtreklamen, auf die Auslagen riesiger Warenhäuser, eleganter Boutiquen, vornehmer und billiger Restaurants. Fast für jeden Geschmack findet sich hier etwas.

Aussuchen kann man sich einen kleinen Imbiß oder eine größere Mahlzeit schon im Schaufenster: wie kleine Kunstwerke, wie bunte Ikebana-Arrangements locken Menüs aus Reis, Gemüse, Fisch, Fleisch und Krabben die Esser an. Vom Nudeltopf für fünf Mark bis zur Speisenfolge aus Fleischklößchen in Nudelteig, Räucheraalstücken und grellbunten Desserts aus süßem Sojabohnenquark für 25 Mark oder mehr wird alles Eßbare hinter Glas mit großen Preisschildern angepriesen. Neben den japanischen Restaurants bieten hunderte Filialen amerikanischer Fast-Food-Ketten ihre Big Macs, Fishburgers und Hähnchen den Japanern mit wachsendem Erfolg an.

In einem der vielen kleinen japanischen Restaurants, die vom Fast-Food-Fieber noch verschont geblieben sind, kommt die Rede auch immer wieder auf den treuen Hund von Shibuya. Während dem Gast aus Europa, der sich doch eigentlich vor dem von den Japanern so geschätzten rohen Fisch gefürchtet hatte, eine um mildwürzigen Reis gewickelte Scheibe „Sushi" auf der Zunge zergeht, lobt er den guten Hatschiko in den höchsten Tönen. Lächelnd entgegnet ihm der japanische Gastgeber: „Hat Ihnen denn niemand erzählt, daß damals am Bahnhof von Shibuya ein Bauchladenhändler zu stehen pflegte, der köstliches saftiges Hühnerfleisch an die hungrigen Passanten verkaufte? Ihn rührte die Treue des Hundes so sehr, daß er ihm jeden Abend ein paar Stückchen Hühnerfleisch zu fressen gab."

War also Hatschiko nur treu oder nur gefräßig? Oder war er treu und gefräßig?

Kinos nach Bombenalarm geräumt

AP, Frankfurt

Die Frankfurter Polizei hat gestern nachmittag an der Kaiserstraße im Bahnhofsviertel drei Kinos und einige Sexshops geräumt und nach Bomben durchsucht. Anlaß war nach Mitteilung eines Polizeisprechers ein anonymer Anruf, wonach „in einem Kino" dieser Straße eine Bombe hochgehen werde. Daraufhin habe man sich entschlossen, auch Sexshops einzubeziehen, in denen Filme vorgeführt werden. Die Polizei nahm die Warnung schon deshalb sehr ernst, weil genau eine Woche zuvor bei einem Bombenanschlag auf ein Sexkino in Düsseldorf zwei Menschen getötet und neun weitere schwer verletzt wurden.

Hotel wird Filmzentrum

AP, Berlin

Die einstige Nobelherberge für den preußischen Adel, das traditionsreiche Berliner Hotel „Esplanade" am Potsdamer Platz, soll in ein Filmzentrum umgewandelt werden. Bei einer Besichtigung des im Zweiten Weltkrieg fast vollständig zerstörten und in den fünfziger Jahren nur notdürftig instandgesetzten Gebäudes erklärte Kultursenator Volker Hassemer gestern, der Film müsse wieder eine Adresse in Berlin erhalten.

Tapfere Hausfrau

dpa, Darmstadt

Mit einem Sprint über 800 Meter hat eine 35jährige Darmstädterin den Raub ihrer Haushaltskasse verhindert. Die Frau gewann gestern morgen ein Rennen über diese Distanz gegen einen etwa 20 Jahre alten, bisher unbekannten Mann, der ihr die Einkaufstasche mit mehr als 1000 Mark vor einem Bäckerlasen entrissen hatte und zu Fuß flüchtete.

Falschgeld sichergestellt

AP, München

Zwei Holländer im Alter von 24 und 31 Jahren sind von Beamten des bayerischen Landeskriminalamtes beim Versuch festgenommen worden, in einer Gaststätte im Münchner Westen falsche 100-Dollar-Noten im Wert von 120 000 Dollar, umgerechent rund 360 000 Mark, an den Mann zu bringen. Wie das Amt gestern mitteilte, wurden außerdem drei Deutsche, zwei Männer im Alter von 55 und 34 Jahren, und eine 30jährige Frau, festgenommen, die im Verdacht stehen, mit den Holländern zusammengearbeitet zu haben.

Singen für Äthiopien

SAD, London

Rock- und Pop-Stars in England haben sich für die Äthiopienhilfe zusammengetan, unter ihnen Paul McCartney und David Bowie, Boy George und Sting, Duran Duran und Spandau Ballet. Gemeinsam spielen sie eine Weihnachtssingle ein und verzichten auf die Gage. Geschätzter Erlös: Sieben Millionen Mark.

Ausblick ins Jahr 2030

dpa, Wiesbaden

Bis zum Jahr 2030 wird es nach Voraussagen von Bevölkerungswissenschaftlern und Statistikern in der Bundesrepublik Deutschland voraussichtlich nur noch 45,7 Millionen Einwohner geben. Im Vergleich zu 1982 würde damit die Bevölkerungszahl um 26 Prozent sinken. Diesen demographischen Ausblick gaben das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung und das Statistische Bundesamt gestern in Wiesbaden.

Schwere Sturmschäden

dpa, Frankfurt/Koblenz

Die orkanartigen Stürme vom Wochenende haben in den Wäldern schwere Schäden hinterlassen. In Hessen berichteten die Behörden von Baumschäden im Umfang von 2,4 Millionen Festmetern Holz. Verwüstungen dieses Ausmaßes habe es zuletzt 1976 gegeben. In Rheinland-Pfalz belaufen sich die Schäden nach Angaben der Waldbesitzer auf 1,4 Millionen Festmeter Sturmholz – das ist die Hälfte der gesamten Jahres-Einschlagsmenge.

ZU GUTER LETZT

Wegen nicht erwiesener „Überschreitung einer aus einem täglichen Arbeitsverhältnis erwachsenen gewissen Vertrautheit" hat ein französisches Berufungsgericht in Besançon jetzt einen Wirt freigesprochen, der seine Serviererin ständig mit Kniffen bestrafte.